

# Preussische Allgemeine



Nr. 2 · 13. Januar 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

## Abschied von Bismarck?

Das Auswärtige Amt tilgt an prominenter Stelle die Erinnerung an seinen Gründer. Dabei könnte es gerade heute einiges von ihm lernen **Seite 3**



**Porträt** Die zwei Leben des DDR-Geheimdienstchefs Markus Wolf **Seite 10**



**Königsberg** Die Skulptur „Kämpfende Wisente“ vor dem Amtsgericht **Seite 23**

FOTOS: BPK; PA; A. SAVIN/WIKI COMMONS

### AUFGEFALLEN

## Terrorismus ist keine Ansichtssache

Das „Unwort des Jahres“ 2022 lautet „Klimaterroristen“. Dies verkündete am Dienstag die „Sprachkritische Aktion Unwort des Jahres“. „Mit dem Ausdruck *Klimaterroristen*“, so die Jury, werde „pauschal Bezug auf Akteur:innen genommen, die sich für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen... einsetzen. Der Ausdruck wurde im öffentlichen Diskurs gebraucht, um Aktivist:innen und deren Protest zu diskreditieren. Die Jury kritisiert die Verwendung des Ausdrucks, weil Klimaaktivist:innen mit Terrorist:innen gleichgesetzt und dadurch kriminalisiert und diffamiert werden.“

Damit offenbart die Jury sowohl ein zweifelhaftes Politik- als auch Rechtsverständnis. Denn der Begriff „Klimaterroristen“ wird gemeinhin nicht auf friedliche Demonstranten angewendet, sondern auf Akteure, die mit Vorsatz schwere Straftaten vom Landfriedensbruch bis hin zur Zerstörung von Kunstwerken begehen – und vorgeben, aufgrund eines höheren Zieles dazu im Recht zu sein.

Kämen sie damit durch – wie nun bei der „Unwort“-Jury –, wäre dies freilich das Ende des Rechtsstaats. Es ist ja geradezu ein Wesensmerkmal aller Terroristen zu beanspruchen, gültige Normen übertreten zu dürfen. Doch ein solches über dem Recht stehendes Sonderrecht gibt es nicht.

Die Frage, ob „Aktivisten“ mit Terrorismus gleichgesetzt werden können oder nicht, hängt allein von der Qualität ihrer Taten ab – nicht von ihren postulierten Zielen. *neh*

### POLITIK

## Der Ampelkoalition steht ein Jahr voller Konflikte bevor

Zum Auftakt des Jahres wird einmal mehr deutlich, dass in der Regierung Partner zusammengefunden haben, die inhaltlich kaum zusammenpassen

VON RENÉ NEHRING

**E**in neues Jahr mit guten Vorsätzen zu beginnen – diesen Brauch pflegen auch die Parteien der Bundesregierung. Während die FDP am 6. Januar zu ihrem traditionellen Dreikönigstreffen in Stuttgart zusammenkam, trafen sich die Spitzen von SPD und Grünen jeweils in Berlin zu Klausursitzungen. Die gemeinsame Erkenntnis aller Parteien ist, dass die Ampelkoalition dringend einen Neustart braucht – doch sieht es schon jetzt danach aus, dass die Partner keineswegs in die gleiche Richtung aufbrechen wollen.

So wollen die Grünen laut ihrer Vorsitzenden Ricarda Lang die kommenden zwölf Monate zu einem „Jahr des Klimaschutzes“ machen. Dazu gehören der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien, ein vorgezogener Kohleausstieg auch im Osten der Republik sowie das „Aufholen von Rückständen beim Klimaschutz im Verkehrsbereich“.

Damit stehen die Grünen freilich konträr zum Koalitionspartner FDP. Seit ihrem Einstieg in die Bundesregierung haben die Liberalen massiv an Zustimmung verloren. Zu viele Kompromisse, zu wenig eigenständiges Profil, lauten die Vorwürfe der überwiegend bürgerlichen Wähler, die mit Erschrecken zusehen müssen, wie die Regierung immer neue „Rettingpakete“ für alles mögliche durchwinkt und Sozial-

leistungen wie die „Grundsicherung“ beschließt – und dabei diejenigen vernachlässigt, von deren Steuern und Abgaben all die Wohltaten finanziert werden. Das Problem, das zeigte die Rede von Parteichef Lindner in Stuttgart, scheint erkannt, doch hat er derzeit kaum mehr zu bieten als die Ankündigung, dass 2023 ein liberales „Gestaltungsjahr“ werden soll.

Mit sich zufrieden geben sich hingegen die Sozialdemokraten. Damit meinen sie jedoch vor allem die Freude darüber, dass ihr eigener, in den letzten Jahren oft zerstrittener „Laden“ im Regierungsalltag nicht auseinandergefallen ist. Für das kommende Jahr fordert die SPD unter anderem eine schnellere Modernisierung der Infrastruktur und – wieder einmal – die Einführung einer Reichensteuer als Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

### Unüberwindbare Gräben

Die Steuer ist zwar ein Reizthema für den liberalen Koalitionspartner, doch bei Weitem nicht das größte Problem der Koalition. Viel größeren Sprengstoff birgt die Energiepolitik, insbesondere die Frage, ob mit dem 15. April 2023 die letzten deutschen Atomkraftwerke – deren Laufzeit im Herbst durch ein „Machtwort“ von Scholz über den Winter verlängert worden war – tatsächlich vom Netz gehen. Während Grüne und SPD bislang jedes noch so kleine Gespräch darüber ablehnen, plädiert die FDP inzwischen mehr

oder weniger offen für einen Weiterbetrieb. Eine Lösung ist nicht nur nicht in Sicht, sondern scheint angesichts der Bedeutung, die das Thema für alle Beteiligten hat, auch schwer vorstellbar.

Ähnlich beim Verkehr. Während FDP-Minister Matthias Wissing einen Ausbau der Autobahnen und Bundesstraßen fordert, lehnt dies die grüne Umweltministerin Steffi Lemke kategorisch ab. Mehrere Sollbruchstellen bergen auch die Pläne für die Erneuerung der deutschen Industrie. Hier stehen sich liberale (Rest-)Vorstellungen von sozialer Marktwirtschaft und grüne Grundüberzeugen, dass sich im Zweifel die Wirklichkeit der Parteideologie zu beugen habe, konträr gegenüber.

Zum großen Streitthema dürften sich auch die Finanzen entwickeln. FDP-Chef Lindner erklärte in Stuttgart, ein Land, das im Standortwettbewerb wieder in die Offensive kommen wolle, erhöhe nicht die Steuerlast, sondern „ein solches Land reduziert die Steuerlast“. Damit freilich steht er im vollständigen Gegensatz zu seinen Koalitionspartnern, die keineswegs vorhaben, von ihren kostspieligen Plänen abzuweichen.

So fällt es schwer, sich vorzustellen, dass der von der Regierung angestrebte Neustart auch tatsächlich gelingt. Wenn die Kräfte eines Organismus in verschiedene Richtungen ziehen, hat dies in der Regel keine Stärkung, sondern ein Auseinanderfallen des Organismus zur Folge.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Nach den Silvesterkrawallen weichen Berlins Politiker den eigentlichen Problemen aus **Seite 5**

#### Kultur

Eine ARD-Produktion blickt auf die Arbeit der Geheimdienste in der Adenauerzeit **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Das südliche Ostpreußen ringt mit Grippe- und grippeähnlichen Erkrankungen **Seite 13**

#### Lebensstil

Verfallene Areale und Ruinen in Brandenburg locken eine spezielle „Kundschaft“ an **Seite 21**



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](https://paz.de)



4 191814 303909 03  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



# Brüssel außer Kontrolle

Der Ukrainekrieg hat nicht nur die europäische Sicherheitspolitik verändert, sondern auch die Gewichte innerhalb der EU. Während die Bundesregierung Geld gibt und schweigt, überschreitet die Europäische Kommission ständig ihre Kompetenzen

VON MARKUS C. KERBER

**D**as Jahr 2022 wird in die Geschichtsbücher als Beginn der Desillusionierung der Deutschen eingehen. Alle – sogar die unpolitischen Deutschen – haben verstanden: „L'Europe vit sous l'oeil des Russes.“ (Europa lebt unter den Blicken Russlands). Das flächenmäßig größte Land der Erde – Russland – führt Krieg gegen die Ukraine, will dessen Regierung vertreiben, hört nicht auf, eroberte Gebiete der Ukraine zu annektieren und rechtfertigt diesen Krieg mit seinen „Sicherheitsinteressen“. Deutschland – vom BDI bis zur SPD-Russland-Connection einschließlich Frau Merkel – wollte es zu lange nicht wahrhaben: Der Kreml ist bereit, wie bereits 2014 bei der Krim-Besetzung praktiziert und zuvor in Georgien veranschaulicht, einen Landkrieg vom Zaun zu brechen, der blitzschnell zu einer indirekten militärischen Konfrontation mit dem Westen geworden ist.

## Taktische und strategische Fragen

Eine solche Zäsur bleibt naturgemäß nicht ohne Konsequenzen. Während zum Beispiel die Regierung in Kiew ihre Differenzen verbirgt und sie ihre Botschafter in Deutschland zur Erpressungspropaganda gegen unser Land ermächtigt, sucht die EU vor allem nach einer taktischen Antwort.

Über die strategische Antwort auf die militärische Aggression Russlands wird kaum diskutiert. Sie ist komplex und doch unverzichtbar: Gibt es eine Kohabitation mit einem Land, in dem die Macht zwischen KGB und Oligarchen geteilt wird und nicht einmal Spurenelemente von Rechtsstaatlichkeit existieren? Diese Frage müssten sich auch die Empörungspolitiker bei den Grünen in Deutschland und die rechtsnationalistischen Kreise in Polen stellen. Denn Russland – mit oder ohne Putin – wird bleiben. Und zwar als Atommacht, also als ein internationaler Akteur, der *eo ipso* nicht kapituliert, weil er andernfalls sich selbst aufgeben würde. Diese Feststellung hat nichts, absolut nichts, mit „Putin-Verständnis“, sondern nur mit Realismus zu tun. Sie könnte auch von Henry Alfred Kissinger kommen, wäre dann allerdings eleganter formuliert und fände gewiss ein respektvolles Echo.

Die taktische Frage, verkürzt auf die Lösung: „Putin darf den Krieg gegen die Ukraine nicht gewinnen!“, wird in fast allen Ländern der EU unterschiedlich beantwortet. In den baltischen Staaten, wo Balten und Russen friedlich kohabitierten, ist die Angst größer als die taktische Intelligenz. Angesichts der historischen Erfahrungen und der erdrückenden Übermacht des russischen Nachbarn beziehungsweise der beschränkten Größe der baltischen Staaten ist diese Haltung verständlich. Auch Finnland und Schweden erinnern sich der reibungsvollen Geschichte mit Russland und präferieren dieselbe Taktik wie das Baltikum – den NATO-Beitritt.

In Polen hingegen scheint der Verstand ausgesetzt zu haben. Obschon selbst an versuchten Großraumbildungen beteiligt – 1934 mit Hitler-Deutschland anfänglich durch einen Vertrag und 1938 durch den Einmarsch in der „Rest-Tschechei“ gemeinsam mit der Wehrmacht (und nachfolgender Annexion von Teschen) verbunden sowie angesichts nie aufgegebener territorialer Interessen an der Westukraine – ruft, ja schreit man nach dem „All out war“ gegen den altbösen Feind Russland und zeigt – nicht unbegründet – mit dem Finger auf die wirtschaftliche Kooperation Deutschlands mit Putins Russland bis zum 24. Februar 2022.

## Betreibt die EU deutsche Außenpolitik?

Währenddessen unternimmt die EU-Kommission das, was sie nicht darf, aber ungehindert bei jeder Krise praktiziert: Sie über-



Hinter „Brüssel“ in Deckung: Bundeskanzler Olaf Scholz

Foto: imago / Christian Spicker

schreitet ihre Kompetenzen. Nachdem der Hohe Beauftragte für die gemeinsame Sicherheitspolitik der EU, Josep Borrell, vor dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nichts unversucht gelassen hat, um an den Verhandlungstisch mit den Großen der Welt zu gelangen, um die behauptete Existenz einer europäischen Sicherheitspolitik zur Geltung zu bringen, beeilte er sich am 27. Februar 2022 – nach Einsicht in die Untauglichkeit seiner Bemühungen –, der ukrainischen Armee mit europäischen Geldern unter die Arme zu greifen. Er schlug dem Rat der EU-Außenminister die Aktivierung der sogenannten Friedensfazilität vor.

Dieses am 22. März 2021 beschlossene Instrument sieht eine außerbudgetäre Finanzierung der Unterstützung von verteidigungspolitischen Maßnahmen der EU im Rahmen der gemeinsamen Sicherheitspolitik vor. Niemand hätte beim Beschluss dieses Instruments vor rund 20 Monaten daran gedacht, dass der Hohe Beauftragte triumphierend verkünden würde, an die Ukraine Waffen zu liefern und zu behaupten: „Sie zielen darauf, die Lieferung tödlicher Ausrüstung an die heroische ukrainische Armee zu finanzieren, die mit entschlossenem Widerstand gegen die russischen Invasoren kämpft, und sie wird sie mit dringend benötigten, nicht-tödlichen Lieferungen, wie Kraftstoff, ausstatten.“

Diese Ausführungen werfen nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die intellektuellen Defizite des EU-Beauftragten für Sicherheitspolitik, und dies in einem brandgefährlichen Moment der Sicherheitslage in Europa, in dem es gilt, dem Gebaren der russischen Atommacht koordiniert entgegenzutreten. Vielmehr belegen sie auch, dass das Brüsseler Regime außer Kontrolle geraten ist. Niemand in Deutschland – entgegen der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Integrationsverantwortung, also der „Monitoring“-Pflicht gegenüber dem Brüsseler Gewaltkonglomerat – ist bereit gewesen, über den am 22. März 2021 getroffenen Beschluss, die „Friedensfazilität“, auch nur ein kritisches Wort zu verlieren. So konnte – als ob dies alles nichts wäre – die Europäische Union sich einen Sonderetat in Höhe von 5,7 Milliarden Euro bis 2027 genehmigen, aus dem heraus sie das Recht in Anspruch nimmt, an die Ukraine – einen Drittstaat – Waffen zu liefern.

Wir wissen bis heute nicht, welche Waffen zu welchem Preis bei welchen Herstellern von der EU beschafft wurden. Fast fühlt man

sich an die zentrale Vakzin-Beschaffung durch die EU-Kommissionspräsidentin erinnert. Alles bleibt umhüllt vom Brüsseler Nebel, begleitet von der EU-Generaldirektion Kommunikation, die geltend macht, die EU-Kommission handele stets im Interesse Europas. Die Heranziehung der „Friedensfazilität“ ist indes nichts anderes als eine Selbstermächtigung der EU-Kommission, Drittstaaten wie die Ukraine, von denen die Damen und Herren in Brüssel der Meinung sind, dass sie die militärische Unterstützung der EU verdienen, zu völlig intransparenten Bedingungen mit Militärgütern zu beliefern.

## Berlin ist blind und untätig

Dass die deutsche Politik diese Kompetenzüberschreitungen der EU nicht einmal diskutiert, veranschaulicht die politische Blindheit des deutschen Polit-Personals gegenüber der Brüsseler Machtmaschine. Es scheint, als ob die Ampelkoalition – allen voran der Kanzler – darüber erleichtert sei, dass Brüssel – fast im Windschatten der deutschen Öffentlichkeit – Waffen an die Ukraine liefert und ukrainische Soldaten demnächst trainieren will. Das erspart Kanzler Scholz und seinen Ampel-Gefährten, die Notwendigkeit von Waffenlieferungen vor dem Bundestag zu rechtfertigen. Die Berliner Bequemlichkeit, der Exodus der Deutschen aus dem Politischen, scheint sich fortzusetzen, wenn man die grünen Konvertiten und ihren kurzfristigen Sinneswandel bei Waffenexporten nur als Konjunkturausschlag ansieht.

„Kein Wille zur Macht“, scheint weiterhin der Slogan des deutschen Politik-Establishments zu sein. Diese Haltung mag für Luxemburg, dessen „Außenminister“ ohne Unterlass in deutschen Medien seine Dummheiten zu Europa von sich gibt, noch vertretbar sein. Für Deutschland, die Macht in der Mitte Europas, das Land mit den meisten Nachbarn, die größte Volkswirtschaft und somit ein unweigerlicher Machtfaktor in der EU und in Europa, ist diese Haltung schlechthin unverträglich.

Es ist bezeichnend, dass die Folgen dieses erloschenen Machtwillens der Deutschen von einem aus Mitteldeutschland stammenden Schriftsteller, Friedrich Dieckmann, der über jeden Verdacht, rechts zu stehen, erhaben ist, wiederholt und eindringlich formuliert wurde, unter anderem in „Was ist deutsch? Eine Nationalerkundung“ von 2003.

In der Krise um die Ukraine wird der Abstieg Deutschlands zum bloßen Finanzier

Die EU hat kein Recht und glücklicherweise noch nicht die Macht, für Deutschland außenpolitisch zu handeln. Mehr noch: Die Krise um die Ukraine gibt Gelegenheit, das selbstherrliche Gebaren in Brüssel endlich unter die demokratische Lupe zu nehmen

● Prof. Dr. Markus C. Kerber ist außerplanmäßiger Professor für öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin. 1998 gründete er den interdisziplinären Thinktank Euro-polis, um an der Neuausrichtung der europäischen Ordnungspolitik mitzuarbeiten. [www.europolisonline.org](http://www.europolisonline.org)

überdeutlich. Es ist der französische Präsident Macron, der sich in Washington von US-Präsident Biden feiern lässt, während Kanzler Scholz gleich zu Beginn seines Antrittsbesuchs beim US-Präsidenten sich artig dafür bedankte, vorgelassen zu werden. Auch die Zahlung von 19 Milliarden Euro, die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen der Ukraine für 2023 aus der EU-Kasse versprochen hat, rufen beim größten Nettozahler der EU keine Reaktionen hervor. Warum ist der Umfang dieses (verlorenen) Kredits an die Ukraine angesichts eines EU-Jahresbudgets von ca. 170 Milliarden Euro nicht der Erörterung wert, zumal Deutschland der größte EU-Nettozahler ist?

Selbst auf diesem fiskalischen Gebiet versagen die Reflexe der Bundesregierung. Ganz zu schweigen von einer eigenständigen deutschen Initiative, den Kreml-Herrn mit dem Werte-Imperativ deutscher Politik zu konfrontieren. Warum sendet Scholz keinen Brief an Putin mit dem berühmten Marx-Engels-Zitat, das von Lenin übernommen wurde: „Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, ist nicht frei.“? Deutsche Kriegsgefangene durften diese Worte auf Banderolen nach 1945 allzeit in russischen Lagern zur Kenntnis nehmen. Dieses historische Monitum, an den russischen Präsidenten von einem deutschen Kanzler adressiert, würde seine moralische Wirkung in der Welt nicht verfehlen.

Warum überlässt Scholz das Sondieren dem französischen Präsidenten und die TV-Auftritte in Kiew der Kommissionspräsidentin? Warum liefert Deutschland dann Waffen, wenn die anderen NATO-Partner es auch tun, statt eine eigene deutsche Position zu definieren, um nicht die Lieferung von Kampfpanzern von der Stimme des Pentagon abhängig zu machen?

## Fragen der Souveränität

Die EU hat kein Recht und glücklicherweise noch nicht die Macht, für Deutschland außenpolitisch zu handeln. Mehr noch: Die Krise um die Ukraine gibt Gelegenheit, das selbstherrliche Gebaren in Brüssel endlich unter die demokratische Lupe zu nehmen. Der jüngste Bestechungskandal im Europäischen „Parlament“ ist ein weiterer Anlass dazu.

Auch wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk das Publikum sedieren wollte, indem er anfänglich von einem „Korruptionsverdacht“ gegen eine griechische „EP-Abgeordnete“ sprach, lässt sich das Ausmaß der Verfehlungen durch die bisherige EP-Vizepräsidentin Eva Kaili und ihre Mittäter – unabhängig von der strafrechtlichen Würdigung – nicht mehr beschönigen. Die Öffentlichkeit erfüllt ungläubiges Staunen angesichts der Käuflichkeit von aktuellen und ehemaligen Mitgliedern des Europäischen „Parlaments“ und ihrer Mitarbeiter durch Mächte außerhalb der Europäischen Union. Nun wird deutlich, welches parlamentarisch dekorierte Sumpfbild sich in Brüssel über Jahre herausgebildet hat. Eigentlich sollte das Europäische Parlament die EU-Kommission kontrollieren. Das Europäische Parlament sieht sich gleichwohl weiterhin als Vorreiter der europäischen Integration, ist aber nichts mehr als das Vorzimmer der Europäischen Kommission.

Deutschland, will es ein souveränes Land sein, darf das Schicksal Europas in diesen kriegerischen Zeiten nicht dem Brüsseler Komplott, das sich EU nennt, überlassen und sich in die NATO als Musterschüler einreihen. Borrell, Kaili, von der Leyen sind Synonyme eines Machtwillens, der sich auf keinerlei demokratische Legitimität berufen kann, gegenüber den USA peinlich wirkt und nur deshalb fortbesteht, weil Deutschland ihn hinnimmt.

Doch wie lange noch? Die Frage, wann und wie Deutschland von seiner Souveränität Gebrauch macht, ist für Europa und den Ukraine-Konflikt entscheidend.



# Erinnerung, Orientierung, Maßstab

Auf Beschluss von Ministerin Baerbock wurde das Bismarck-Zimmer im Auswärtigen Amt umbenannt und ein Porträt des Kanzlers abgehängt. Der Reichsgründer passe nicht mehr in die Zeit, heißt es. Dabei könnte das heutige Deutschland einiges von ihm lernen

VON HERFRIED MÜNKLER

**O**tto v. Bismarck war ein Mensch voller Widersprüche: Er konnte äußerst liebenswürdig sein und Menschen, die er brauchte und die für ihn wichtig waren, für sich einnehmen. Aber er ließ auch Personen, mit denen er über Jahre vertrauensvoll zusammengearbeitet hatte, von heute auf morgen fallen, wenn sie ihm nicht mehr ins Konzept passten. Man kann ihm schwerlich attestieren, er habe ein Charisma gehabt, mit dem er die Massen für sich eingenommen habe, denn in seiner Zeit als preußischer Ministerpräsident und Kanzler des Deutschen Reichs ist er nie vor den Massen aufgetreten, um sie für seine Politik zu mobilisieren. Und doch haben einige seiner Äußerungen eine Massenwirksamkeit gehabt wie bei sonst keinem deutschen Politiker – etwa die, dass die großen Fragen der Zeit durch „Blut und Eisen“ entschieden würden, und nicht durch Reden und Debatten, oder jene, wonach es im Verhältnis des Reichs zur Kurie in Rom keinen zweiten Canossagang geben werde.

## Licht und Schatten eines Großen

Bismarck verstand es, die kollektiven Empfindungen der Deutschen zu bespielen, den Stolz wie das Ressentiment. Einige, die ihn gut kannten, haben vom Dämonischen gesprochen, das ihm eigen sei. Die preußische Königin und nachmalige Kaiserin Augusta, Gemahlin Wilhelm I., dem Bismarck diene, hat ihren Mann immer wieder vor Bismarck gewarnt: Sich ihm anzuvertrauen bedeute, einen Teufelspakt zu schließen. Theodor Fontane, der Romancier der Bismarckära, nannte Bismarck den „Schwefelgelben“, vordergründig bezogen auf die Uniform der Halberstädter Kürassiere, die der Kanzler mitunter trug, aber auch in der hintersinnigen Anspielung auf den Geruch des Satanischen. So verbanden sich Schauder und Bewunderung für den Mann, der die politisch beherrschende Gestalt in Europa der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war.

Bismarck war nicht nur ein Politiker, dem alles zu gelingen schien, sondern auch ein begnadeter Autor und Schriftsteller. Er wusste, dass es nicht nur auf das ankam, was man tat, sondern auch darauf, wie es wahrgenommen wurde. Weil er den Historikern misstraute, griff er selbst zur Feder. Von den Politikern der jüngeren Zeit ist ihm darin nur Winston Churchill vergleichbar. Im Übrigen schrieben beide ihre Bücher selbst und bedienten sich keiner Ghostwriter wie die meisten heutigen Politiker. Friedrich Nietzsche, der Bismarcks Meisterwerk, die Gründung des Deutschen Reichs, nach anfänglicher Begeisterung mit Skepsis betrachtete, weil er befürchtete, die deutsche Kultur werde infolge der Beschäftigung mit Politik vernachlässigt, notierte dann aber doch in der „Götzen-Dämmerung“: „Gibt es deutsche Philosophen? gibt es deutsche Dichter? gibt es gute deutsche Bücher?“ – fragt man mich im Ausland. Ich erröte; aber mit der Tapferkeit, die mir auch in verzweifelten Fällen zu eigen ist, antworte ich: „Ja, Bismarck!“ – Ein ambivalentes Lob, und doch eine Respektbekundung von dem Mann, der sich selbst als Bismarcks größten Antipoden gesehen hat.

Der Politiker Bismarck und die Erinnerung an ihn standen immer im Streit, selbst in den Zeiten, als man in Deutschland aus Bismarck einen Mythos gemacht hatte: als Schmied des Reichs, als unbeugsamem Roland, wie ihn das Hamburger Denkmal zeigt, oder auch bloß als Namenspatron vieler Straßen. Auch wenn es das von Bismarck geschaffene Reich heute nicht mehr gibt und der Staat Preußen, den er verkörperte, 1947 durch Beschluss des Alliierten Kontrollrats aufgelöst wurde, ist Bismarck



Stein des Anstoßes: Das – nun umbenannte – Bismarck-Zimmer im Auswärtigen Amt in Berlin. An der Wand das Porträt des Kanzlers von Franz von Lenbach Foto: pa

im kollektiven Gedächtnis der Deutschen präsent geblieben. Daran wird auch die Entfernung seines Porträts aus dem nach ihm benannten Zimmer im Auswärtigen Amt mit samt der Umbenennung dieses Zimmers nichts ändern. Die meisten, denen Bismarck wohl bekannt ist, werden nicht einmal gewusst haben, dass es ein solches Zimmer im Ministerium gab; erst durch die Umbenennung dürften sie es erfahren haben.

## Die Auslöschung eines Erinnerungsorts – ein typisch deutscher Sonderweg

Was also soll die *damnatio memoriae*, in diesem Fall als „Auslöschung eines Erinnerungsorts“ zu übersetzen, durch die amtierende Ministerin bewirken? Die Präsenz Bismarcks im kollektiven Gedächtnis wird sie so nicht zum Verschwinden bringen: nicht in Deutschland, nicht in Europa, nicht in der internationalen Historiographie.

Zu derselben Zeit, da die Regierung ständig vor „deutschen Alleingängen“ bei der Unterstützung der Ukraine warnt und auch sonst „deutsche Sonderwege“ mit Warnschildern versehen sind, inszeniert Annalena Baerbock einen solchen deutschen Sonderweg. Weder in Rom noch in Paris oder in London wäre man auf die Idee gekommen, den Erinnerungsort an einen der großen Politiker des Landes zu demolieren. Und das auch noch in der Institution, die durch ihn geschaffen worden ist, dem deutschen Außenministerium.

Zugegeben: Bismarck war kein Demokrat, auch wenn er das allgemeine (Männer-) Wahlrecht im Norddeutschen Bund und im Deutschen Reich installiert hat; und er war auch kein Anhänger unbedingter Verfassungstreue, wie er im preußischen Verfassungskonflikt an den Tag legte, sondern ein opportunistischer Machtpolitiker, der wie kein anderer die sich bietenden Gelegenheiten zur Erreichung seiner politischen Ziele zu nutzen verstand. Die amtierende Ministerin vertritt mit ihrer Betonung einer wertebundenen Außenpolitik da zweifellos eine entgegengesetzte Linie. Ob sie damit Erfolg haben wird, muss sich freilich erst noch zeigen, ebenso wie sich noch zeigen muss, ob sie diese Linie überhaupt durchhalten kann. Womöglich wollte sie die Präsenz des großen

Machtopportunisten im Ministerium beenden, um nicht an ihm gemessen zu werden. Mit Angst gepaarte Eitelkeit als Motiv für die Entfernung eines Maßstabs?

Der Historiker Lothar Gall hat Bismarck als „weißen Revolutionär“ bezeichnet, als einen, der sich immer wieder revolutionärer Mittel bediente, um die revolutionäre Veränderung zu verhindern und den Gang der Geschichte nicht den Revolutionären zu überlassen. So hat Bismarck mehr Herrscherhäuser in Deutschland entmachtet als bis dahin die Revolutionäre. Er hat die „Revolution von oben“ praktiziert, um den Revolutionären von unten das Wasser abzugraben. Das ist ihm bei der Reichsgründung gelungen; bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie hat er damit Schiffbruch erlitten. Das Mittel, dessen er sich bei der Reichsgründung bediente, war das preußische Heer, aber Bismarck war kein Bellizist, der Kriege bis zur völligen Niederwerfung des Gegners führte. Er hat die von ihm gewollten Kriege in einer Art „Blitzfrieden“ beendet, gegenüber Österreich ebenso wie gegenüber Frankreich, was zu erheblichen Konflikten mit den Militärs führte.

## Ideologiefreie Realpolitik

Bismarcks Erfolge resultierten daraus, dass er kein Prinzipienreiter war, weder als Bellizist noch als Pazifist. An der Sicherung des Friedens in Europa war ihm aber sehr wohl gelegen, und seit der Reichsgründung war der europäische Frieden die Leitlinie seiner Regierungskunst. Er ahnte, dass ein neuerlicher Krieg Deutschland keine Vorteile verschaffen würde. Demgemäß erklärte er das Reich für saturiert. Das sah die nationallistische Rechte ganz anders; sie wollte „Weltpolitik“ betreiben, woran Bismarck sie hinderte. Mit dem Regierungsantritt Wilhelm II. setzten sich die „Weltpolitiker“ durch; Bismarck wurde gestürzt. Die „Weltpolitik“ des jungen Kaisers führte ins Verderben. Ließe sich hierin von Bismarck lernen? Wäre er in dieser Frage gerade jetzt eine Orientierung?

In einem von ihm redigierten Artikel unter der Überschrift „Für den Frieden“ wandte sich Bismarck im Oktober 1879 an Russland mit der Feststellung, „daß es mit erobrender Politik sich selbst am meisten schadet und

Als „Macht in der Mitte“ sollte man auf Herausforderungen und Chancen schnell und mit sicherem Instinkt reagieren. Sonst wird man den Aufgaben nicht gewachsen sein. Da ist und bleibt Bismarck Orientierung und Maßstab. Daran vermag auch die Umbenennung eines Zimmers nichts zu ändern

daß es den Mächten zu Dank verpflichtet ist, welche es tatsächlich an der Entwicklung solcher Tendenzen verhindern, ohne ihrerseits seinem Besitzstand zu nahe zu treten“. Das war die Einladung an den Zaren, dem deutsch-österreichischen Bündnis beizutreten und es zu einer *Entente à trois* zu machen – also Sicherheit nicht *gegen*, sondern *mit* Russland zu organisieren, wie man heute sagen würde. Gleichzeitig setzte Bismarck auf ein gutes Einvernehmen mit den Westmächten England und Frankreich und wollte das von ihm geschaffene „Dreikaiserbündnis“ nicht als eine Allianz gegen den Westen verstanden wissen. Zugegeben: Im Augenblick ist europäische Sicherheit nur gegen und nicht mit Russland möglich. Aber das muss nicht so bleiben, wenn es in Russland zu einer Nach-Putin-Ära kommt.

## Orientierung für die Gegenwart

Als Orientierung, sicherlich nicht als Blaupause, ist Bismarcks Politik nach wie vor bedenkenswert, zumal dann, wenn Deutschland, wie von vielen gefordert, eine europäische Führungsrolle spielen soll und dabei als „Macht in der Mitte“ agieren muss. Es könnte sein, dass dann Lenbachs Bismarckporträt im Auswärtigen Amt wieder aufgehängt wird.

Als „Macht in der Mitte“ nämlich sollte man Prinzipien haben, aber man kann nicht prinzipialistisch agieren, sondern muss auf Herausforderungen und Chancen schnell und mit sicherem Instinkt reagieren. Sonst wird man den Aufgaben nicht gewachsen sein. Da ist und bleibt Bismarck Orientierung und Maßstab. Daran vermag auch die Umbenennung eines Zimmers nichts zu ändern. Sie ist eher peinlich, weil sie ein Ressentiment offenbart, wo Gelassenheit und Nervenstärke am Platz wären.

● Prof. Dr. Herfried Münkler war bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Büchern gehören „Die Deutschen und ihre Mythen“ (2008), „Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918“ (2013) und „Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma“ (2017, jeweils Rowohlt). [www.rowohlt.de](http://www.rowohlt.de)



## ● MELDUNGEN

## Wahlrecht für Ausländer?

Berlin – Das Engagement der in Berlin regierenden rot-grün-roten Koalition für ein Wahlrecht von Ausländern bei Landtagswahlen stößt bei Parlamentsjuristen auf erhebliche Bedenken. Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Berliner Abgeordnetenhauses räumt entsprechenden Plänen nur geringe Chancen ein. In dem von der AfD-Fraktion in Auftrag gegebenen Gutachten des Parlamentsdienstes schlussfolgern die Juristen, dass das Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene deutschen Staatsbürgern vorbehalten bleiben muss. Eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes würde nach Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern. In ihrem Koalitionsvertrag hatten Berlins SPD, Grüne und Linkspartei vereinbart, sich für ein aktives Ausländerwahlrecht auf Bezirks- und Landesebene einzusetzen. H.M.

## Pädagogen fehlen massiv

Berlin – Nach einer Schätzung des Deutschen Lehrerverbands fehlen derzeit rund 40.000 Pädagogen in Deutschland. Die Unterrichtsversorgung habe sich in allen Bundesländern verschlechtert, sagte Verbandspräsident Heinz-Peter Meidinger der Deutschen Presse-Agentur. Der OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher forderte daher Reformen im deutschen Schulsystem, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Finanzielle Aspekte spielen dabei keine Rolle. „Geld verdienen die Lehrer in Deutschland genug. Finanziell ist der Beruf hier sehr attraktiv, auch und gerade im internationalen Vergleich.“ Schleicher kritisierte, die Rahmenbedingungen stimmten für viele Lehrer nicht. „Der Lehrerberuf ist in Deutschland intellektuell zu unattraktiv, und die Lehrer haben viel zu wenig die Gelegenheit, das zu tun, wofür sie eigentlich in den Beruf gegangen sind: nämlich jungen Menschen zu helfen, ihren Weg zu finden, und sie auf diesem Weg zu begleiten“, sagte er. P.E.

## Sünden der Vergangenheit

Berlin – Laut dem Geschäftsführer der Autobahn GmbH des Bundes, Stephan Krenz, existieren derzeit 552 größere Baustellen auf deutschen Autobahnen. Von denen sind rund neun Prozent des Autobahnnetzes betroffen. 5,4 Milliarden Euro flossen vergangenes Jahr in die deutschen Autobahnen. Das ist eine Rekordsumme, die um eine halbe Milliarde Euro über den Aufwendungen im Jahre 2021 liegt. Mehr Baustellen könne der Verkehr derzeit schwerlich verkraften, meint Krenz. Aber weniger werde es auf absehbare Zeit auch nicht geben, denn es bestehe ein gewaltiger Sanierungsstau. „In den Erhalt der Infrastruktur wurde in der Vergangenheit zu wenig investiert. Das Autobahnnetz ist an vielen Stellen an der Belastungsgrenze“, denn es „übernimmt die Hauptlast des Verkehrs im Land“, so Krenz. Die Sanierung zahlreicher Autobahnbrücken, deren Restnutzungsdauer demnächst abläuft, steht noch in den Sternen. W.K.



Die Anerkennung der Vaterschaft als Geschäftsmodell: Das Antragsformular wird häufig bewusst falsch ausgefüllt

## SCHEINVATERSCHAFTEN

## Geschäftsmodell Sozialbetrug

Geld gegen unbeschränktes Aufenthaltsrecht – Regierung setzt kaum Grenzen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Von Vermittlern arrangierte Scheinehen mit Bundesbürgern waren lange das probateste Mittel, um Frauen aus Afrika, Asien sowie Ost- und Südosteuropa ein dauerhaftes Bleiberecht hierzulande zu verschaffen.

Neben dieses „Geschäftsmodell“ ist jedoch seit geraumer Zeit ein weiteres getreten, das den deutschen Staat deutlich mehr Geld kostet: Deutsche Männer mit einem dauerhaft niedrigen Einkommen, das sie praktisch von der Unterhaltspflicht entbindet, geben gegen die Zahlung von 5000 bis zu 20.000 Euro Schwarzgeld fälschlicherweise vor, der Vater des Kindes einer ausländischen Mutter zu sein. Dadurch erhält der Sprössling die deutsche Staatsbürgerschaft, was wiederum der Mutter eine langfristige Aufenthaltserlaubnis und Zugang zu Sozialleistungen aller Art verschafft.

20.000

Euro Schwarzgeld kann ein dauerhaft geringverdienender Deutscher für die Anerkennung der Vaterschaft für das Kind einer ausländischen Mutter erhalten. In der Regel unterliegt er keiner Unterhaltspflicht, dafür kommt der Staat für das Kind auf

Manche Männer betreiben dies in Kooperation mit Kriminellen auf quasi gewerbsmäßige Art und Weise. So schildert der frühere Richter am Bundesverwaltungsgericht, Harald Dörig, den Fall eines Berliners, der 19 Kinder mit 17 Ausländerinnen gezeugt haben will. Diese Art Sozialbetrug kostete den deutschen Steuerzahler bislang wohl einige hundert Milli-

onen Euro, wenn nicht gar mehr. Dennoch versäumte es der Gesetzgeber bis heute, in nachhaltig wirksamer Form gegen den Missbrauch des Paragraphen 1592 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorzugehen, der unter anderem besagt: „Vater eines Kindes ist der Mann, ... der die Vaterschaft anerkannt hat.“

Zwar beschloss die Innenministerkonferenz 2002 angesichts zunehmender Berichte über Scheinvaterschaften, sich mit dieser Art von Sozialmissbrauch zu befassen, freilich ohne Ergebnis. Dem folgten 2005 erste parlamentarische Diskussionen über das Thema. An deren Ende stand am 15. September 2008 die Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörde zur Anfechtung der Vaterschaft. Damit wurde es den Ämtern möglich, auf der Grundlage des Paragraphen 1600 BGB Einspruch gegen offenkundig falsche Vaterschaftserklärungen einzulegen. Allerdings kassierte das Bundesverfassungsgericht diese Regelung am 17. Dezember 2013 wieder. Die Begrün-

dung lautete damals: Die staatliche Anfechtung einer Vaterschaft sei verfassungswidrig, weil sie das Kindeswohl in unzumutbarer Weise gefährde. Denn sie könne dazu führen, dass das Kind staatenlos werde – mit allen nachteiligen Folgen für seine Person.

Daraufhin versuchte die Bundesregierung einen neuen Anlauf, an dessen Ende am 17. Mai 2017 das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht stand, mit dem in das Bürgerliche Gesetzbuch der Paragraph 1597a, Verbot der missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft, eingefügt wurde. Dadurch sollten Behörden und Notare künftig in der Pflicht stehen, die Ausstellung von Abstammungsurkunden zu verweigern, wenn „konkrete Anhaltspunkte“ für eine Täuschung vorliegen.

Gleichzeitig hieß es im Absatz 5 des neuen Paragraphen aber auch: „Eine Anerkennung der Vaterschaft kann nicht missbräuchlich sein, wenn der Anerkennende der leibliche Vater des anzuerkennenden Kindes ist.“ Und dieser Passus wurde dann sehr schnell so interpretiert, dass es den Urkundsstellen nach wie vor nicht obliege, zu prüfen, ob der Mann, welcher sich explizit zu einer Vaterschaft bekenne, auch tatsächlich der Erzeuger des Kindes sei. Dadurch entfaltete das Gesetz keinerlei praktische Wirkung.

Dieser absurde Zustand besteht bis heute, obwohl die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern immer wieder entsprechende Vorstöße unternahmen, um zumindest eine bindende Verpflichtung für Notare zu erreichen, Verdachtsfälle an die Ausländerbehörden zu melden. Denn auch die derzeitige Bundesregierung sieht keinen akuten gesetzgeberischen Handlungsbedarf – so die kürzliche Verlautbarung von Justizminister Marco Buschmann (FDP).

Typisch für die Haltung der Ampel sind Äußerungen, wie sie sich in den Antworten der Bundesregierung vom 8. April 2022 auf eine Kleine Anfrage der AfD zum Thema „Missbräuchliche Anerkennung von Vaterschaften“ finden: Nein, die Bundesregierung wisse nichts über die Anzahl der Betrugsfälle, aber sie lasse nun Daten erheben, „um in Ermangelung einer statistischen Erfassung ... eine ... belastbare Grundlage“ für etwaige „gesetzliche Anpassungen“ zu erhalten. Sicher aber sei, dass die Bundesregierung weiterhin nicht auf einem DNA-Test bestehen werde, denn die „Anerkennung der Vaterschaft wurde ... bewusst voraussetzungsarm ausgestaltet“, und dabei solle es auch bleiben. Zumal ein negativer Abstammungstest der Beurkundung einer Anerkennungserklärung sowieso nicht entgegenstehe.

## WOHNUNGSMARKT

## Der Druck auf die Mieter wächst

Baukosten steigen, Kredite werden teurer – Immer mehr Menschen ringen um bezahlbaren Wohnraum

Während Branchenexperten mit sinkenden Kaufpreisen für Häuser und Wohnungen rechnen, werden Mieter mit steigenden Belastungen rechnen müssen. Wie aus einer Analyse der DZ Bank hervorgeht, könnten die Preise für Wohnimmobilien wegen höherer Zinsen im Jahr 2023 um bis zu sechs Prozent zurückgehen. Aus Sicht der Bank stellen die womöglich noch steigenden Hypothekenzinsen insbesondere für Kaufinteressierten mit geringem Eigenkapital ein Problem da.

Für immer mehr Deutsche wird der Bau eines Eigenheims zunehmend unbezahlbar. Neben den Zinsen sind auch die Preise für viele Baustoffe und Bauleistungen zum Teil so drastisch gestiegen, dass bisherige Kalkulationen und Finanzierungspläne nicht mehr aufgehen. Mit dieser Entwicklung droht auch Mietern

eine Verschlechterung ihrer Lage. Mit den Menschen, die den Plan vom Kauf oder Bau eines Hauses aufgeben, steigt nämlich auch der Druck auf dem Markt für Mietwohnungen.

## Bauziel für 2022 nicht erreicht

Allein schon der starke Zuzug von Ausländern nach Deutschland sorgt dafür, dass die Nachfrage nach Mietwohnungen extrem hoch bleibt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts erfassten die Meldeämter im vergangenen Jahr allein von Februar bis August 952.000 Zuzüge aus der Ukraine nach Deutschland. Zudem wurden im Jahr 2022 in Deutschland auch wieder mehr als 210.000 neue Asylantträge gestellt. Zusammen mit dem Zuzug aus dem EU-Ausland sorgt die Einwanderung für einen massiven Zusatzbedarf an neuen Wohnungen. Paral-

lel dazu stockt aber der Bau neuer Wohnungen erheblich.

Die Bundesregierung hat ihr Wohnungsbauziel für das Jahr 2022 deutlich verfehlt. Als die Ampel-Koalition vor über einem Jahr ihre Arbeit aufnahm, hatte sie als Ziel ausgeben, dass jedes Jahr etwa 400.000 Wohnungen gebaut werden sollen, davon sollten 100.000 Sozialwohnungen sein.

Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft geht allerdings von insgesamt nur etwa 250.000 Wohnungen aus, die im vergangenen Jahr fertiggestellt wurden. In diesem Jahr könnte die Zahl neu geschaffener Wohnungen sogar auf 200.000 absinken. „Wir sind in Deutschland aktuell nicht mehr in der Lage, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, warnt Axel Gedaschko, der Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat zum Jahresanfang bei seinem Ausblick 2023 auf eine weitere dramatische Entwicklung hingewiesen. Nach Angaben des Städtebundes fallen im sozialen Wohnungsbau jährlich etwa 60.000 Wohnungen aus der Preisbindung heraus, während „nahezu nichts dazu kommt“. Die 100.000 vorgegebenen neuen Sozialwohnungen pro Jahr werden wie die sonstigen notwendigen Wohnungen nur dann entstehen, wenn sich Bundesregierung und auch die Länder zu einem umfangreichen Maßnahmenbündel durchringen, so der Städte- und Gemeindebund. Der Verband nennt neben allgemeinen Preiseffekten auch überbordende Standards, die den Wohnungsbau verteuern und damit auch die Möglichkeit zur Schaffung von Wohneigentum oder Mietwohnungen.

Hermann Müller



## INNERE SICHERHEIT

## Linke Flucht in Scheindebatten

Nach den Silvesterkrawallen: Wie Politiker versuchen, dem eigentlichen Problem auszuweichen

VON HERMANN MÜLLER

Wenige Wochen, bevor die Berliner am 12. Februar erneut über das Landesparlament abstimmen sollen, haben die Regierungsparteien SPD, Grüne und Linkspartei ein Problem: Im Kurzwahlkampf diskutiert Berlin nun statt über Themen wie Klimawandel oder Fahrradwege über Kriminalität von Ausländern und über die Frage, inwieweit die bisherige Integrationspolitik gescheitert ist.

Anlass sind die bürgerkriegsähnlichen Szenen, die sich zum Jahreswechsel auf Berlins Straßen abgespielt haben. Offensichtlich mehrheitlich ausländische Jugendliche hatten in der Silvesternacht Polizisten und Feuerwehrleute mit Böllern, Raketen und Schreckschusspistolen attackiert. Bei einem dieser Angriffe in der Berliner Gropiusstadt traf eine Rakete einen Polizeibeamten unter dem Visier seines Helms. Der Beamte musste mit schweren Verbrennungen im Gesicht und am Hals ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Verbrennungen werden das Gesicht des Beamten für den Rest seines Lebens zeichnen.

## „Plumpes Ablenkungsmanöver“

Unmittelbar nach den Gewaltexzessen waren Versuche zu beobachten, die Diskussion in eine bestimmte Richtung zu lenken. Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey regte noch am Neujahrstag eine bundesweite Regelung zur Ausweitung von Böllerverbotzonen an. Die Reaktionen aus anderen Bundesländern fielen verhalten bis ablehnend aus. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann wies darauf hin, dass eine Diskussion um Feuerwerks-Verbotzonen oder ein generelles Verkaufsverbot für Böller das eigentliche Problem nicht löse. Dieses sieht der CSU-Politiker in einer zunehmenden Verrohung von Krawallmachern und einem schwindenden Respekt vor Einsatzkräften. Die Rückendeckung für die Einsatzkräfte fehlt aus Hermanns Sicht vor allem bei Linken und Grünen: „Jetzt den Eindruck zu erwecken, Pyrotechnik sei das eigentliche Problem, ist für mich ein plumpes Ablenkungsmanöver.“

Wenige Tage später rückten dann auch in Berlin die Gewalttäter der Silvester-



Täter waren vor allem Ausländer: Berlin-Neukölln in der Silvesternacht

Foto: Ullstein

nacht in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Bei einem gemeinsamen Termin mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser in einer Berliner Feuerwache sagte Giffey am 6. Januar mit Bezug auf die massiven Gewaltausbrüche in der Silvesternacht, das „Ende der Geduld“ sei überschritten. Faeser forderte nicht nur eine rasche Bestrafung der Täter, sie sprach gegenüber der Funke-Mediengruppe auch von einem großen Problem in deutschen Großstädten „mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werden“.

Bettina Jarasch, die Spitzenkandidatin der Berliner Grünen, warnte dagegen vor einer Verengung der Debatte auf den Migrationshintergrund der allermeisten Tatverdächtigen. Auch die Linkspartei-Bundeschefin Janine Wissler warnte vor „rassistischen“ Tönen in der Debatte.

Scharf formulierte Rassismus-Vorwürfe hat unterdessen bereits der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Frak-

tion, Frank Balzer, kassiert. Der Unionspolitiker hatte zu den Gewaltvorfällen im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses einen Katalog mit Dutzenden Fragen vorgelegt. Mit dabei war auch eine Frage nach den Vornamen der festgenommenen Jugendlichen, die eine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Balzer begründete sein Informationsbedürfnis mit dem Wunsch nach Transparenz. Man wolle wissen, so Balzer, ob es bei Verdächtigen mit deutschem Pass einen Migrationshintergrund gebe.

## Rassismusvorwurf an die CDU

Die Berliner Polizei hatte zuvor bereits öffentlich gemacht, dass sich unter den 145 festgenommenen Tatverdächtigen 45 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit befänden. Zudem hat die Polizei Personen mit 17 weiteren Nationalitäten festgenommen, darunter 27 Afghanen und 21 Syrer. Die akribische Aufschlüsselung der einzelnen Nationalitäten durch die Ermittler ist geeignet, den Blick auf einen sehr eindeutigen Befund

zu verstellen: Bei der großen Mehrheit der Tatverdächtigen handelt es sich um Personen ohne deutschen Pass, also um Ausländer.

Die Frage der CDU-Abgeordnetenhausfraktion nach den Vornamen der festgenommenen Tatverdächtigen kommentierte der Grünen-Politiker Vasili Franco als „eine Verbreitung von rassistischen Ressentiments“. Der SPD-Innenpolitiker Tom Schreiber schimpfte gar, die CDU lasse „ihre rechtspopulistische Maske fallen“.

Auch in der Union gab es Kritik am innenpolitischen Sprecher der Berliner CDU-Fraktion. Danny Freymark, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion, sprach sich per Twitter dafür aus, die Fragen nach den Vornamen zurückzuziehen. Der frühere Bundesgeneralsekretär der CDU, Ruprecht Polenz, stellte in Richtung der Berliner Parteifreunde wiederum die Frage: „Warum ist es so schwer, sich auf die sozialen Gründe für die Ausschreitungen zu konzentrieren: schwache Bildung, prekäre Beschäftigung.“

## KULTURPOLITIK

## Noch eine fragwürdige „Rückgabe“-Forderung

Senatorin will, dass Berlin den Pergamonaltar und die Büste der Nofretete verliert

Die Berliner Staatssekretärin für Vielfalt und Antidiskriminierung, Saraya Gomis (parteilos auf Vorschlag der Linkspartei), will die Nofretete-Büste und den Pergamonaltar „zurückgeben“. Die Türkei und Ägypten kämen dafür in Frage. Dabei geht Gomis aber noch weiter: „Aus einer Antidiskriminierungsperspektive muss man sagen: All die Kulturgüter aus anderen Weltregionen gehören nicht uns, sie sind unrechtmäßig hier.“ Ägypten hat tatsächlich bereits Anspruch auf die Nofretete-Büste erhoben. Gleiches gilt in Sachen Pergamonaltar für türkische Politiker. Die Nofretete ist das bekannteste Kunstwerk, das das Neue Museum zeigt, der Pergamonaltar gibt dem Museum überhaupt erst seinen Namen.

In Gang kamen die nun an vielen Stellen vornehmlich von Grünen- und Linkspartei-Politikern vorgebrachten Forde-

rungen nach „Rückgabe“ von Kulturschätzen aus deutschen Museen nach der umstrittenen Übergabe der Benin-Statuen an Nigeria. Das Königreich Benin betrieb und verdiente am Sklavenhandel. Die Nachkommen der Opfer in den USA sind empört. Die Restitution Study Group: „Das Königreich Benin würde, durch Nigeria, durch die Rückführung dieser Relikte, ungerechtfertigt bereichert. Schwarze Menschen unterstützen Sklavenhändler-Erben nicht, nur weil sie schwarz sind. Nigeria und das Königreich Benin haben sich nie für die Versklavung unserer Vorfahren entschuldigt.“

Das Verbringen der Statuen nach Nigeria führe dazu, dass die Bronzen in den Palästen der Nachkommen der ehemaligen Sklavenhändler und von Profiteuren des Sklavenhandels verschwinden. Die Benin-Skulpturen wurden ursprünglich

von Großbritannien erworben, Deutschland hatte zu keinem Zeitpunkt in Nigeria eine Kolonie.

## Der Altar ist kein türkisches Erbe

Die Nofretete-Büste und der Pergamonaltar wurden von deutschen Forschern entdeckt und ausgegraben. Ihre Exkursion wurde von deutschen Mäzenen finanziert. Die Funde wurden seinerzeit aufgeteilt, das heißt ein Teil kam nach Deutschland, der Rest blieb in der Türkei beziehungsweise Ägypten und wurde dort in Museen ausgestellt. Der Irrtum besteht darin, dass man nicht etwas zurückgibt, sondern nur staatliches deutsches Eigentum weggibt. Im Falle der Nofretete-Büste ist zu bedenken, dass der deutsche Kaufmann und Mäzen jüdischen Glaubens James Simon die Ägyptenexpedition seiner Zeit bezahlte und er 1920 aus sei-

nem Eigentum die Büste und andere Stücke der Stadt Berlin schenkte.

Gomis schmätzt mit ihrer Forderung das Wirken eines deutschen Patrioten jüdischen Glaubens. Simon wäre wohl posthum empört, wenn sein großzügiges Geschenk an die Stadt Berlin nun verschleudert werden würde. Im Falle des Pergamonaltars könnte der Berliner Senat überdies Griechenland verärgern, denn Kleinasien gehörte in der fraglichen Zeit zum griechischen Kulturraum, während die Vorfahren der heutigen Türken noch als Nomaden in den Weiten Zentralasiens lebten. Gut möglich, dass durch Gomis Aktivitäten zwischenstaatliche Differenzen mit Griechenland entstehen. In Großbritannien, wo die meisten Benin-Skulpturen ausgestellt werden, denkt man indessen nicht an die „Rückgabe“ dieser Kunstschätze. Frank Bücker

## KOLUMNE

## Durchsichtig

VON THEO MAASS

Am 12. Februar soll die Berliner Skandalwahl wiederholt werden. SPD, Linkspartei und FDP haben dabei Stimmenverluste zu erwarten. So wundert es nicht, dass acht Abgeordnete der SPD-, FDP- und Linksparteifraktion des Abgeordnetenhauses und 15 Bezirksverordnete gegen die Wahl vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind. Der Berliner FDP, die in den vergangenen 14 Monaten im Verdacht stand, dass sie gern in Giffeys Kabinett die Senatorenposten der Linkspartei übernehmen würde, droht sogar der parlamentarische Garaus, nachdem sie bei der jüngsten Umfrage Mitte Dezember gerade noch auf sechs Prozent kam.

Die Linken kämen nach (für Berliner Verhältnisse) ohnehin bescheidenen 14,1 Prozent bei der Skandalwahl im September 2021 nur noch auf zwölf Prozent. Und bei einer schwarz-grünen Koalition käme noch der Verlust der Senatorenposten hinzu.

CDU, AfD und auch Grüne können sich wahrscheinlich über Zugewinne freuen. CDU-Landesgeneralsekretär Stefan Evers charakterisierte die Klärgemeinschaft von SPD, Linkspartei und FDP als „spannende Verhinderungscoalition“, welche die Wiederholungswahlen stoppen wolle, und wirft der Regierenden Bürgermeisterin und SPD-Landeschefin Franziska Giffey vor, sie halte sich nicht an ihr Wort, dass sie das Urteil akzeptieren wolle.

Lichtenbergs SPD-Stadtrat für Stadtentwicklung, Kevin Hönicke, hält dagegen: „Da in Lichtenberg die Wahl 2021 gut funktioniert hat, kann ich nicht nachvollziehen, dass die Wahl in allen Bezirken komplett wiederholt werden soll.“

Am Ende könnten die möglichen beiden Wiederholungswahlgewinner CDU und Grüne eine Zweierkoalition bilden. Bei der bekannten „Standfestigkeit“ der CDU wäre das aber vielleicht eine noch grünere Landesregierung als jetzt, denn egal was man über Giffey und ihre Partei sagen kann, sie bremste die grünen Senatoren. Damit könnte es dann ab Februar vorbei sein.

## MELDUNG

## Brandbrief an den Senat

Berlin – Berlins Sozialsenatorin Katja Kipping (Linkspartei) hat Vorwürfe von Sozialstadträten gegen den rot-grün-roten Senat zurückgewiesen. In einem Brandbrief an die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hatten die Sozialstadträte der Bezirke im Dezember eine Überlastung der Sozialämter durch Zusatzaufgaben kritisiert. Nach Angaben der Bezirkspolitiker arbeiten die Ämter „an der absoluten Kapazitätsgrenze“. Wie aus einer Antwort des Senats auf eine Grünen-Anfrage hervorgeht, waren Ende vergangenen Jahres in den Sozialämtern der Hauptstadt 227 Stellen unbesetzt. Gleichzeitig sind die Ämter aber unter anderem für die Grundschüler im Alter, für Obdachlosenhilfe und für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständig. Seit Anfang Januar haben die Sozialämter zusätzlich noch die Ausgabe übertragen bekommen, an Bezieher von Sozialleistungen den sogenannten „Berlinpass“ auszugeben. H.M.



## ● MELDUNGEN

## Abkühlung in der Antarktis

London – Klimaaktivisten verweisen immer wieder darauf, dass es in der Arktis in den letzten 40 Jahren drei Grad wärmer geworden sei. Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass in der Antarktis im östlichen Teil sowie in weiteren zwei Dritteln der Antarktis die Temperaturen seit 1982 um 2,8 Grad und in der Westantarktis immerhin noch um 1,7 Grad gesunken sind. Dies geht aus den Daten des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) im britischen Reading hervor, die auf zahlreichen Messergebnissen von Satelliten oder Bodenstationen zur Wetterbeobachtung beruhen. Verantwortlich für die Abkühlung ist eine verstärkte Kaltluftzufuhr aus dem Osten und die spürbare Verkleinerung des Ozonlochs über dem Südpol. Damit erweisen sich sämtliche Prognosen bezüglich des Abschmelzens der Gletscher in der Antarktis und dadurch verursachter Überflutungen als hinfällig. W.K.

## Gerichtshof hat zugestimmt

Miami – Der Oberste Gerichtshof des US-Bundesstaates Florida hat zugestimmt, eine Grand Jury unter dem Vorsitz des Richters Ronald Ficarrotta einzusetzen, die entscheiden soll, ob ein formelles gerichtliches Verfahren gegen jene Personen eröffnet wird, die dafür verantwortlich sind, dass die Corona-Vakzine von BioNTech/Pfizer und Moderna in Florida verimpft wurden. Dazu zählen neben den Führungskräften der beiden Pharmakonzernen auch die maßgeblich Beteiligten an der Entwicklung, Erprobung, Vermarktung, Kennzeichnung und Verabreichung der Impfstoffe. Die Einberufung des Geschworenenkollektivs hatte der Gouverneur des Sunshine State, Ronald DeSantis, beantragt. Der Republikaner verwies darauf, dass sich bei einer Untersuchung des Gesundheitsministeriums seines Bundesstaates ein signifikanter Anstieg herzbedingter Todesfälle nach Verabreichung der Corona-Impfstoffe herausgestellt hat. W.K.

## Pilgern ohne Beschränkung

Mekka – Nach drei Pilgerfahrten unter strengen Corona-Auflagen dürfen in diesem Jahr erstmals wieder alle muslimischen Gläubigen ohne Auflagen am Hadsch, der großen Pilgerfahrt, die jeder fromme Moslem einmal im Leben unternommen haben sollte, teilnehmen. Dies teilte der Minister für Hadsch und Umrah, Tawfik al-Rabiah, Journalisten in Riad mit. In diesem Jahr findet das Ereignis an fünf Tagen im Juni statt. Es werden so viele Teilnehmer erwartet wie vor der Pandemie. 2019 waren 2,5 Millionen Muslime aus aller Welt nach Mekka aufgebrochen, 2020 waren jedoch nur 10.000 Gläubige zugelassen. 2021 durften 60.000 Gläubige teilnehmen, allerdings unter strengen Auflagen, etwa, wenn sie ihren Wohnsitz in Saudi-Arabien hatten und zwischen 18 und 65 Jahren alt waren. Im vergangenen Jahr waren schon 900.000 Pilger unter 65 Jahren zugelassen. Sie mussten geimpft sein und einen negativen Corona-Test vorweisen können. MRK

## ASERBAIDSCHAN

## Auf Distanz zu Teheran und Moskau

Wegen der Unruhen im Iran und des Ukrainekriegs wagt Präsident Ilham Alijew die Konfrontation

VON BODO BOST

Den Krieg in der Ukraine und die Proteste im Iran hat der aserbaidschanische Präsident Ilham Alijew genutzt, um sich sowohl gegen die Russische Föderation als auch gegen deren Verbündeten Iran neu zu positionieren.

Am 23. Oktober ließ Alijew das staatliche Fernsehen drohen, dass sich die aserbaidschanisch besiedelten Landesteile im Nordwesten des Iran angesichts der Unterdrückung der Proteste spalten könnten. Solche Töne gegenüber dem mächtigen südlichen Nachbarn sind in der Geschichte der ehemaligen Sowjetrepublik neu. Bislang hatte umgekehrt der Iran damit gedroht, dass es auf Aserbaidschan Anspruch erhebt. Offenkundig sieht Alijew das Mullah-Regime in Teheran bereits straucheln.

Einen Tag später legte Alijew nach, diesmal gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin, der Alijew noch zwei Tage vor dem Beginn des Ukrainekrieges an seinen langen Tisch zitiert und gedemütigt hatte. Wiederum im Staatsfernsehen ließ Alijew Russland als „Aggressor und Besatzer“ beschimpfen. Mehr noch: Das Fernsehen bezeichnete Putin als Verbrecher in der Ukraine. So deutlich war eine Kritik an Putin von einer Ex-Sowjetrepublik – ausgenommen den baltischen Staaten, die NATO-Mitglieder sind – bislang noch nicht zu hören gewesen.

## Alijew wittert Morgenluft

Zuletzt hatte Alijew während des Treffens der von Russland dominierten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in der Hauptstadt des benachbarten Eriwan über Russland gespottet und behauptet, dass Aserbaid-

schan in dieser Staatengemeinschaft mehr Freunde habe als Russland, obwohl es kein Mitglied dort ist. Gemeint waren die Länder Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Diese Ex-Sowjetrepubliken will Aserbaidschan nun auf seine Seite ziehen, um gegen den Iran und Russland vorzugehen. Auch Erdoğan liebäugelt mit diesen Ländern für sein Projekt Turan, der Vereinigung aller turksprachigen Länder Asiens.

Die Ansage Alijews galt auch den muslimischen Bewohnern Russlands, vor allem denen in Dagestan. Die zur Russischen Föderation gehörende Republik grenzt nördlich an Aserbaidschan und ihre Bewohner wollen sich zunehmend der Beteiligung am Ukrainekrieg entziehen. Der Kaukasus, das weiß Alijew, ist seit dem Zerfall der Sowjetunion nie zur Ruhe gekommen. Der Ukrainekrieg und die dadurch bedingte Schwächung Russ-

lands bietet den anderen muslimischen Kaukasusvölkern die Chance, sich von Moskau zu lösen. Alijew hat gemerkt, dass die immer engere Zusammenarbeit zwischen Moskau und Teheran langfristig ihm in die Hände spielt, vor allem, wenn eine oder beide Regierungen stürzen sollten.

## Gemeinsamkeiten mit Erdoğan

Ähnlich denkt offenbar der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Erdoğan, der Aserbaidschan als Bruder-volk bezeichnet, strebt auf Kosten Armeniens zunächst eine türkisch-aserbaidschanische Konföderation an. Diese könnte Armenien zerschlagen, denn Russland und der Iran sind die einzigen Garantemächte für den Bestand Armeniens. Sie könnten aber auch den ungeliebten kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen ein Ende bereiten.

Die Kurden sind Erdoğan Hauptfeinde, weswegen er sogar mit den Terroristen des Islamischen Staates gegen sie gemeinsame Sache gemacht hat. Erdoğan möchte die 20 Prozent Kurden in der Türkei isolieren und seine Südgrenze von den Kurden ethnisch säubern.

Es kann Erdoğan nicht gefallen, wenn als Ergebnis des Aufstandes im Iran ein autonomes Iranisch-Kurdistan herauskommen sollte. Erste Komitees eines befreiten Kurdistan im Iran existieren schon. Die Kurden im Iran könnten sich mit denen im Irak und Syrien vereinen. Der neue kurdische Staat wäre größer als Syrien.

Erdoğan blickt bereits nach Süden auf das vermeintlich zu verteilende Staatsgebiet Syriens. Dort hat er eigene Verwaltungszonen eingerichtet, in die irgendwann einmal die syrischen Immigranten aus der Türkei abgeschoben werden sollen. Dann gibt es an der Grenze Syriens zur Türkei keine kurdische Bevölkerungsmehrheit mehr, sondern eine arabische mit Sympathien für die Türkei.

Die Kontrolle über das 2018 widerrechtlich besetzte kurdisch verwaltete autonome Gebiet Afrin in Syrien hat Erdoğan vor Kurzem an die Terrorgruppe Hayat Tahrir al Sham (HTS), einem ehemaligen Al-Kaida-Ableger, übergeben. Die bauen dort im Sinne der Ideologie der Muslimbrüder einen eigenen islamischen Staat auf.



Präsidenten zweier Turkstaaten mit ähnlichen Feinden: Der Türke Tayyip Erdoğan und der Aserbaidschaner Ilham Alijew (v.l.)

## SCHWEIZ

## Einwanderungsbegrenzung für den Naturschutz

Mit ihrer neuen ökologischen Argumentation könnte die SVP bei den nächsten Parlamentswahlen punkten

Die Schweizer Volkspartei (SVP) greift mit einer „Nachhaltigkeitsinitiative“ einen Punkt auf, der in der Diskussion um Zuwanderung bislang selten thematisiert wird: die Auswirkungen der steigenden Bevölkerungszahl auf Landwirtschaft und Naturschutz.

Wie in der Bundesrepublik ist auch in der Schweiz die Bevölkerungszahl durch eine starke Zuwanderung aus dem Ausland stark angestiegen. Das Schweizer Bundesamt für Statistik hatte für das Land ursprünglich erst für in zwei Jahren eine Einwohnerzahl von neun Millionen prognostiziert. Inzwischen rechnen Demographen damit, dass diese Zahl bereits im Laufe dieses Jahres erreicht wird.

Zum Vergleich: Um 1900 lebten in der Schweiz lediglich etwas mehr als drei Millionen Einwohner. Derzeit sind in der Eidgenossenschaft gut 8,7 Millionen Perso-

nen gemeldet. Allein innerhalb der letzten 30 Jahre ist die Schweizer Einwohnerzahl um mehr als ein Viertel gewachsen.

In diesem Wachstum steckt ein beträchtlicher gesellschaftlicher Zündstoff. Speziell in den großen Städten der Schweiz ist die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen groß. Extrem hohe Baulandpreise haben dazu geführt, dass der Wohnungsneubau nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten kann. In einer Studie warnte die Raiffeisen Schweiz bereits, den Mietern stünden „harte Zeiten“ bevor. Demnach müssen sich die Mieter in der Schweiz auf Mieterhöhungen um bis zu einem Zehntel bis 2024 gefasst machen.

Ähnlich ernüchternd wie die Zahlen zum Wohnungsbestand sind auch die zur Produktivität. Laut einer Untersuchung der Zürcher Kantonalbank hat das Brutto-

inlandsprodukt pro Kopf in der Schweiz in den letzten 30 Jahren nur um 29 Prozent zugelegt. Die Bundesrepublik kam immerhin noch auf 36 Prozent.

Zum vergleichsweise geringen Anstieg der Wirtschaftsleistung pro Einwohner in der Schweiz sagte der Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann gegenüber der Schweizer „SonntagsZeitung“: „Wir haben zwar Vollbeschäftigung, eine stabile Wirtschaft und Wachstum, aber der Wohlstand pro Kopf wächst nur langsam und kommt längst nicht allen zugute.“

Dem Argument, dass Einwanderung ein Mittel sei gegen den Fachkräftemangel, hält er entgegen, dass die Zuwanderung die Nachfrage nach Infrastruktur und Dienstleistungen erhöhe und damit auch den Bedarf an Fachkräften.

Bereits im Jahr 2014 hatte die SVP mit ihrer Volksinitiative „Gegen Massenein-

wanderung“ einen Erfolg errungen. Seinerzeit stimmte eine knappe Mehrheit der Schweizer Wähler für eine Begrenzung der Zuwanderung. Trotz des Votums sorgte die Personenfreizügigkeit mit der EU dafür, dass sich die starke Zuwanderung in die Schweiz fortsetzte. Als die SVP im September 2020 über eine „Begrenzungsinitiative“ versuchte, das Ergebnis des Volksbegehrens von 2014 durchzusetzen, fand sie dafür keine Mehrheit mehr.

Mittlerweile könnte sich die Stimmung abermals gedreht haben. Kommentatoren in der Schweiz bescheinigen der SVP durchaus Chancen, bei der Parlamentswahl am 22. Oktober einen Erfolg einzufahren, wenn sie im Wahlkampf mit ihrer „Nachhaltigkeitsinitiative“ die Zuwanderung zum zentralen Thema macht. Hermann Müller



VON BODO BOST

Der von den USA und ihren Verbündeten, darunter die Bundesrepublik, unterstützte ehemalige Präsident der Nationalversammlung von Venezuela Juan Guaidó, der sich 2019 selbst zum „Interimspräsidenten“ ernannt hatte, ist nun von seinem eigenen Lager fallengelassen worden. Die Oppositionellen haben die „Übergangsregierung“ beendet. Trotz der aktiven Unterstützung Washingtons ist es Guaidó nicht gelungen, Präsident Nicolas Maduro zu schwächen. Dieser wurde 2013 gewählt, 2018 in einer umstrittenen Wahl wiedergewählt und steht nun kurz davor, sein zehnjähriges Amtsjubiläum zu feiern. Die Führer der Opposition sind gespalten: Je mehr sie konzentrieren ihre Ambitionen auf die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2024.

Mitverantwortlich für die Abwahl Guaidós, der schon als Barack Obama Venezuelas gehandelt worden war, ist die neue internationale Konstellation, die durch den Ukrainekrieg geschaffen worden ist. Schon direkt nach Kriegsbeginn am 24. Februar hatten sich wegen des Öls geheime Gespräche zwischen den USA und Venezuela im Wochenrhythmus ergeben. Auf dem Weltklimagipfel in Ägypten hatte Maduro seinen ersten internationalen Auftritt, nachdem er jahrelang isoliert und von 50 Staaten nicht mehr als Präsident von Venezuela anerkannt worden war. In Ägypten kam es zu ersten Gesprächen zwischen dem venezolanischen Präsidenten sowie seinen französischen und US-amerikanischen Amtskollegen Emmanuel Macron und Joe Biden. Der nächste Schritt erfolgte am 10. November in Paris, als der kolumbianische Präsident Gustavo Petro mit Macron die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der venezolanischen Regierung vereinbarte.

#### Juan Guaidó wurde fallengelassen

Hinter all diesen internationalen Aktivitäten steht das Erdöl, von dem Venezuela die größten Lagerstätten weltweit besitzt. Die französische EU-Ratspräsidentschaft rief am 27. Juni während des G7-Gipfels in Deutschland dazu auf, „die Ölversorgungsquellen zu diversifizieren“ und dabei vor allem die venezolanische Produktion zu berücksichtigen. Maduro antwortete sofort, dass Venezuela „bereit“ sei, französische Ölfirmen zu empfangen.

Bevor das Öl fließt, besteht Maduro allerdings darauf, dass die internationale Gemeinschaft alle Sanktionen gegen seine Regierung aufhebt. Für Biden und Macron sind vor allem ihre Ölgesellschaften wichtig: Chevron und Total. Ihre Präsenz



Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen PVDSA und Chevron: Abschluss des neuen Öl-Deals Anfang Dezember in Caracas

ERDÖL

## Venezuela ist zurück auf der internationalen Bühne

Der Ukrainekrieg macht Maduro wieder gesellschaftsfähig. Besonders eifrig dabei sind die Heimatländer von Chevron Corporation und TotalEnergies

und Positionierung bei der Umstrukturierung der venezolanischen Ölindustrie, die in Kürze beginnen soll, ist entscheidend sowie die vorherige Begleichung der Milliardenschulden des staatlichen venezolanischen Ölkonzerns PDVSA.

Das jüngste Signal kam am 25. November nach einem Treffen zwischen der venezolanischen Regierung und der Opposition in Mexiko. Es wurde angekündigt, dass Chevron und Total mit einer sechsmonatigen Lizenz ihre Tätigkeit in Venezuela wieder aufnehmen können.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass nun mehr venezolanisches Öl auf die Märkte gelangt. Bevor Chevron Öl pumpen kann, muss das Unternehmen Schulden eintreiben, seine Belegschaft aufstocken und milliardenschwere Investitionen tätigen. Das dann geförderte Rohöl

darf nur in die Vereinigten Staaten gelangen und dient dazu, die Schulden des venezolanischen Staates bei dem Unternehmen in Höhe von vier Milliarden US-Dollar abzubauen und in die Versorgung zu investieren.

#### Das vermeintlich kleinere Übel

Nach Investitionen in einer Größenordnung von 50 Milliarden Dollar wird Chevron in der Lage sein, seine Produktion in Venezuela wieder anzufahren, kurzfristig jedoch nur um 30.000 Barrel pro Tag, was kaum Auswirkungen auf den Weltmarkt hätte. Chevron brauche mindestens ein Jahr, um die Ölförderung um 200.000 Barrel pro Tag zu steigern, berichtet das „Wall Street Journal“.

Total war um die Jahrtausendwende einer der wichtigsten Erdölproduzenten

in Venezuela. Es war im Orinoco-Gürtel tätig, wo über 271 Millionen Barrel extrahiertes Rohöl lagern, etwa ein Viertel der Reserven aller Länder der OPEC. Nach 30 Jahren, am 28. Juli letzten Jahres, hatte Total seine Anteile an PDVSA übertragen. Kurzfristig wird höchstwahrscheinlich das venezolanische Öl nicht genügen, um den Öl-Markt auszugleichen und die Preise zu stabilisieren. Die Ölproduktion Venezuelas ist nach Angaben der OPEC von 3,2 Millionen Barrel pro Tag vor 13 Jahren auf 723.000 Barrel heute zurückgegangen.

Venezuela ist zwar nicht plötzlich zur Demokratie geworden, aber der Sozialist Maduro erscheint im Vergleich zu muslimischen Autokraten in Katar, Aserbaidschan oder dem Iran als das kleinere Übel.

#### PLATTFORMEN-STEUTRANSPARENZGESETZ

## Neuer Schlag gegen den Datenschutz

Seit Jahresbeginn ist das PStTG in Kraft – Betroffen sind alle Verkäufer auf Internetplattformen

Seit Beginn dieses Jahres können neben gewerblichen Händlern nun ebenso sämtliche Privatpersonen, die auf Internetplattformen wie Amazon oder Ebay Verkäufe vornehmen, zur Zahlung von Einkommens- und Umsatzsteuern herangezogen werden. Bereits am 22. März 2021 verabschiedete hierzu die Europäische Union die Richtlinie 2021/514 zur Änderung der Richtlinie 2011/16 „über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Modernisierung des Steuerverfahrensrechts“. Diese Vorgabe aus Brüssel wurde seitens der Bundesrepublik mit dem Gesetz über die Meldepflicht und den automatisierten Austausch von Informationen meldender Plattformbetreiber in Steuer-sachen (Plattformen-Steuertransparenzgesetz – PStTG) vom 25. November 2022

umgesetzt. Letzteres trat nach der eilends noch kurz vor dem Jahreswechsel erteilten Zustimmung des Bundesrates zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft – ganz so, wie von der EU gefordert.

Privatpersonen, die weniger als 30 Transaktionen pro Jahr tätigen und damit weniger als 2000 Euro einnehmen, sind zwar ausgenommen. Allerdings tangiert die neue Regelung auch die Gelegenheitsverkäufer, welche diese Freigrenzen nicht überschreiten. Die EU-Richtlinie beziehungsweise das PStTG schreibt nämlich darüber hinaus vor, dass die Plattformbetreiber von allen Verkäufern etliche persönliche Daten erheben müssen, um eine eventuelle Besteuerung zu ermöglichen. Zu diesen Daten gehören neben Namen, Wohnanschrift und Geburtsdatum auch die individuelle Steuer-

identifikationsnummer und die Nummer des eigenen Bankkontos.

Es ist davon auszugehen, dass derlei Informationen keineswegs nur an das heimische Finanzamt gehen, wenn die Verkäufe ein bestimmtes Ausmaß annehmen, sondern ebenso an diverse andere Behörden in den EU-Mitgliedstaaten und den sogenannten qualifizierten Drittstaaten außerhalb der EU, die in steuerlichen Belangen mit der EU kooperieren. Die gewonnenen Daten sollen nämlich unbedingt automatisch über Ländergrenzen austauschbar sein. Garantien, dass die zwangsweise von den Verkäufern eingeholten Angaben davor geschützt sind, anders als zu dem offiziell angegebenen Zweck verwendet zu werden, gibt es keine.

Somit führen die EU-Richtlinie 2021/514 und das daraus resultierende

deutsche PStTG nicht nur zu einer noch höheren Steuerbelastung der Bürger, sondern überdies zur weiteren drastischen Aufweichung des Schutzes persönlicher Daten von Privatpersonen. Wer Letzteres nicht will, dem bleibt nur die Möglichkeit der Abmeldung bei Internetplattformen wie Amazon oder Ebay sowie die Verlagerung der Verkaufsaktivitäten in die analoge Welt außerhalb des Internets.

Dahingegen lässt sich das Zahlen von Steuern durch die gleichzeitige Präsenz auf mehreren Online-Marktplätzen vermeiden. Das geht aus Paragraph 4 Absatz 5 Nr. 4 des PStTG hervor. Das besagt nämlich, dass die Freigrenzen jeweils pro Plattform gelten. Wie lange dieses Schlupfloch offenbleibt, ist unbekannt.

Wolfgang Kaufmann

#### ● MELDUNGEN

## Zu wenig Erdöl für Leuna

**Magdeburg** – Die Total-Energies Raffinerie in Leuna erhält nach dem Verzicht auf russisches Rohöl von den neuen Lieferanten weniger Öl als benötigt. Wie eine Sprecherin des Unternehmens gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) erklärte, lässt sich mit den vertraglich zugesicherten Rohölmengen die durchschnittliche Auslastung der Raffinerie der letzten Jahre nicht erreichen. Derzeit wird die Raffinerie in Mitteldeutschland über den Danziger Hafen versorgt. Nach Unternehmensangaben muss sich Leuna die Leitungskapazitäten ab Danzig allerdings mit Wettbewerbern teilen. Noch vor einigen Wochen hatte Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) beteuert, der Raffineriestandort Leuna sei auf das Embargo gegen russisches Erdöl vorbereitet. Zu den nun bekannt gewordenen Lieferschwierigkeiten sagte der Minister, er gehe nicht davon aus, dass es zu einem Benzinengpass in Mitteldeutschland komme. Möglich sei aber ein Anstieg der Preise. *H.M.*

## Teure Zertifikate

**Berlin** – Die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) hat vergangenes Jahr aus dem Verkauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten im Rahmen des Emissionsrechtshandels einen Erlös von 13,2 Milliarden Euro erzielt. 6,8 Milliarden davon stammen aus dem europäischen und 6,4 Milliarden aus dem nationalen Emissionshandel. Das ist eine Rekordsumme, die den bisherigen Höchstwert von 12,5 Milliarden Euro des vorausgegangenen Jahres 2021 noch übersteigt. Das Einnahmehausen resultiert vor allem daraus, dass die Preise für die europaweit versteigerten Zertifikate in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Wurden 2020 knapp 25 Euro pro Tonne Kohlendioxid fällig, waren es 2022 bereits 80 Euro. Dahingegen gelten für die national ausgegebenen Zertifikate derzeit noch relativ niedrige Festpreise. 30 Euro kostete vergangenes Jahr die Tonne. *W.K.*

## Atom-Wende in Japan

**Tokio** – Trotz der Nuklearkatastrophe im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi im März 2011 infolge eines Erdbebens mit anschließendem Tsunami will Japan zur Erreichung seiner Klimaziele künftig erneut auf Atomkraft setzen. Nach der zeitweisen Stilllegung aller Reaktoren im Lande sind nun zehn der Meiler wieder ans Netz gegangen. Sieben weitere werden demnächst folgen. Klagen dagegen waren erfolglos geblieben. Darüber hinaus hat die Regierung die Laufzeit der Reaktorblöcke, welche die aktuellen Sicherheitsauflagen erfüllen, auf 70 Jahre verlängert. Dergleichen sollen neue Atomkraftwerke entstehen. Japan plant, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Lande bis 2050 auf Null zu reduzieren. Dazu ist es in den Augen der Regierung nötig, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung mittelfristig auf 20 bis 22 Prozent zu steigern. Die Nuklearkatastrophe von Fukushima war der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel Anlass, den Atomausstieg in der Bundesrepublik massiv zu beschleunigen. *W.K.*



## KOMMENTARE

## Alte neue Gefahr

HANS HECKEL

Es war nicht nur der Wegfall von Corona-Beschränkungen, der den Deutschen zur Weihnachtszeit wieder ein wohliges Gefühl von Normalität und Vertrautheit zurückgab. In Hamburg etwa fehlten erstmals seit ihrer Erstaufstellung 2016 auch die Betonsperren an den Weihnachtsmärkten. Alles war wieder offen wie eh und je.

Das konnte den Verdacht nähren, dass auch das Problem der flächendeckenden Bedrohung durch den radikal-islamischen Terror gebannt sei. Sicher, die Terroristen und ihre düsteren Netzwerke dürfte es noch geben. Aber offenkundig wird die akute Gefahr von den Sicherheitskräften (wieder) als so überschaubar angesehen, dass man auf die Betonwürfel verzichten zu können meinte.

Das Auffliegen des mutmaßlichen Terror-Duos von Castrop-Rauxel hat dem sicheren Gefühl einen wuchtigen Dämpfer verpasst. Mit hochgiftigen Kampfstoffen aus der biologischen Kriegführung wollten die iranischen

Brüder womöglich schon zur Jahreswende zuschlagen, heißt es aus Sicherheitskreisen. Genauer war zu dem Zeitpunkt, als diese Zeilen entstanden, noch nicht bekannt. Auch nicht, inwieweit wir es mit isoliert agierenden Terroristen zu tun haben oder mit nur einer Zelle eines viel größeren Netzwerks.

In den 15 Jahren vom Anschlag auf die New Yorker Zwillingtürme über die Massenschlächtereien von London, Madrid, Paris, Nizza und schließlich Berlin war die radikal-islamische Terrorbedrohung in Gedanken allgegenwärtig. Danach schien die Gefahr abzuflauen. Auch Corona dürfte zur Einhegung jedenfalls dieser Gefahr beigetragen haben. Wo nur noch wenige Menschen beieinander sein durften, waren auch die Ziele für religiös motivierten Massenmord rar. Jüngste Anschläge auf jüdische Einrichtungen erinnerten uns daran, das da immer noch etwas ist. Nun aber ist auch der Groß-Terror zurück.

Der 32-jährige Monir J. kam übrigens 2015 nach Deutschland – als „Geflüchteter“. Jenes Jahr wirft einen langen Schatten.

## Xis Null-Covid-Wende

BODO BOST

Seit November kommt China nicht zur Ruhe. Die anfangs zaghaften Proteste gegen die Null-Covid-Politik der kommunistischen Regierung entwickelten sich schnell zu den größten Demonstrationen seit 33 Jahren. Sogar der Ruf „Xi Jinping, treten Sie zurück!“ erschall.

Doch die daraufhin erfolgte Rücknahme aller Corona-Maßnahmen führte das Land erst recht ins Chaos. Laut einer durchgesickerten Erklärung des stellvertretenden Direktors der chinesischen Seuchenschutzbehörde, Sun Yang, infizierten sich allein in den ersten zwanzig Tagen des Dezembers landesweit etwa 250 Millionen Chinesen, von denen Zehntausende starben. Die Menschen, die drei Jahre lang harte Beschränkungen ertragen hatten, fragten sich, was dies gebracht hat.

Erst in seiner Silvesterrede brach Xi sein Schweigen – allerdings nur in nichtssagenden Phrasen und nur indi-

rekt am Beginn seiner Rede: „Wir sind jetzt in eine neue Phase der Reaktion auf Covid eingetreten, in der es weiterhin große Herausforderungen zu meistern gilt. Das Licht der Hoffnung liegt direkt vor uns.“ Nur wenige Tage später hieß es dann sogar in den Staatsmedien, dass Chinas medizinische Einrichtungen vor ihrer „dunkelsten Stunde“ stehen.

Hilfreich zur Seite stehen dürften dem System allein die staatlichen Statistiker. Diese haben nicht nur die Opferzahlen der Kulturrevolution von bis zu 20 Millionen auf wenige Hunderttausende herunterretuschiert, sondern auch sonst zuverlässige Arbeit beim Kaschieren von Missständen geleistet.

Doch können auch sie nichts daran ändern, dass in den sozialen Netzwerken etliche Videos kursieren, die das Elend in den überfüllten Krankenhäusern und Krematorien zeigen. So erscheint es fragwürdig, dass es dem kommunistischen Regime schnell gelingen wird, die gewohnte Ruhe einzuziehen zu lassen.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023:

Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Flexibler Umgang mit dem Grundgesetz: Der Deutsche Bundestag

Foto: Stepro

## KOLUMNE

## Verfassung und Wirklichkeit

FLORIAN STUMFALL

Eine Verfassung, oder am deutschen Beispiel: das Grundgesetz, legt fest, was für das Zusammenleben in einem Staat rechtlich unabdingbar und unumstritten ist. Diesem Anspruch folgt auch der erhöhte Schutz aller verfassungsrechtlichen Festlegungen, die nur mit einer qualifizierten Mehrheit geändert oder abgeschafft werden können. So entzieht sich eine Verfassung dem täglichen Streit der Parteien, die in ihr eine gemeinsame Grundlage finden, eine verbindliche Bezugsgröße und die Richtschnur für jede Argumentation.

Umso mehr muss es erstaunen, dass, um beim deutschen Beispiel zu bleiben, diese Parteien in ihrer Gesamtheit und in einer sonst niemals gezeigten Einigkeit sich über Regelungen des Grundgesetzes erheben, so, als stünde dieses zu ihrer beliebigen Disposition. Kein Mahner aus der politischen Klasse steht auf, keiner klagt den Verfassungsbruch an, ja, es scheint so, als wären sich die meisten der Akteure gar nicht bewusst, auf welcher schändlich Weise sie mit dem Grundgesetz umgehen. Dieser Vorwurf bedarf der Erhärtung durch geeignete Beispiele, damit er in seiner ganzen erschreckenden Größe aufrechterhalten werden kann.

So legt der Artikel 20 Grundgesetz die Art und Weise fest, wie der Wille des Souveräns, somit des Volkes, ausgeführt wird, nämlich „durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung“. Damit ist das Prinzip der Gewaltenteilung angesprochen, das im Abendland seit Aristoteles bekannt und für alle Demokratien der westlichen Spielart selbstverständlich sein sollte.

## Mangelnde Gewaltenteilung

Doch bereits hier wartet die Wirklichkeit mit einer bösen Überraschung auf. Denn es ist durchgehend üblich, dass wenn ein Abgeordneter ins Kabinett berufen wird, er sein Parlamentsmandat beibehält. Er nimmt somit in eigener Person Anteil an der legislativen und der exekutiven Gewalt. Mehr noch: Sollte es einmal vorkommen, dass jemand nicht aus dem Parlament in eine Regierung geholt wird, so trägt die entsprechende Partei Sorge, dass der betreffende mit der nächsten Wahl ein Mandat erhält.

Die Trennung von gesetzgebender und ausübender Gewalt hat in Deutsch-

land aufgehört zu bestehen, als wäre von ihr nie die Rede gewesen. Ein Grundpfeiler der europäischen staatsrechtlichen Tradition, ein wesentliches Stück Freiheitsgarantie, ist geschleift wie ein unnützes Stück Mauerwerk. Was aber die Sache noch verschlimmert, ist der Umstand, dass dieser Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung nicht von deren Feinden, sondern von denen erfolgt, die auf sie vereidigt und verpflichtet sind, sie zu hüten.

Eine weitere ungehörige Üblichkeit im Parlamentswesen betrifft die Unabhängigkeit der Parlamentarier. Diese garantiert

## Das Grundgesetz verliert kein Wort über Fraktionen

der Grundgesetzartikel 38, der festlegt, dass die Abgeordneten „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind. Das bedeutet, ein Fraktionszwang ist verfassungswidrig. Trotzdem bestimmt er den parlamentarischen Alltag, wie durch gelegentliche Ausnahmen deutlich wird. Der Hinweis auf das Gewissen nämlich wird in einer schändlichen Weise dann missbraucht, wenn im Plenum der Fraktionszwang, den es doch gar nicht geben dürfte, offiziell aufgehoben wird, weil es sich bei dem zu beratenden Gegenstand um eine Gewissensfrage handele. Im Normalfall aber, so muss man schließen, wird das Gewissen durch die Fraktionsdisziplin ersetzt.

Dieser Umstand lenkt den Blick auf die Einrichtung von Fraktionen überhaupt. In ihnen sammelt sich die gesamte Macht des Parlaments. Sie sind mit erheblichen Geldmitteln ausgestattet, haben großen Einfluss auf das Wohl und Wehe der Angeordneten, die ihnen angehören, und lenken das Geschehen. Allerdings verliert das Grundgesetz kein einziges Wort über Fraktionen und weist diesen daher auch keinerlei Zuständigkeit oder Machtbefugnis zu.

Diese sind eine Einrichtung nachgeordneter rechtlicher Bedeutung und sind doch geeignet, die Gewaltenteilung auf eine weitere Art außer Kraft zu setzen. Denn durch das personelle Ineinander von Regierung und Parlament verliert

dieses völlig die Fähigkeit, seine verfassungsrechtlich verbrieften Aufgaben zu kontrollieren. Die Fraktionen handeln mit der Regierung aus, was geschehen soll, und die Abgeordneten ohne Charge heben die Hand zur Zustimmung, sobald das von ihnen erwartet wird.

## Keine Selbstheilungskräfte

Da vom Grundgesetzartikel 20 bereits die Rede war, noch eine Anmerkung dazu: Landauf, landab hat sich die Überzeugung durchgesetzt, in Deutschland gebe es auf Bundesebene keine Volksabstimmungen, so, wie das in den Ländern der Fall ist. Diese Lesart ist falsch – ob aus Unkenntnis oder bösem Willen, sei dahingestellt. Denn der Artikel 20 bestimmt unmissverständlich, dass die Staatsgewalt „vom Volke in Wahlen und Abstimmungen“ zum Ausdruck zu kommen habe. Doch eine solche Abstimmung hat es nie gegeben, auch nicht bei den großen existentiellen Fragen der Nation, der Wiedervereinigung, der Europapolitik mit der einhergehenden Erosion der Souveränität oder der Einführung des Euro. Zwar gab es einige Stimmen, die bei derlei Gelegenheiten nach einer Befragung des Souveräns gerufen haben, doch wurden diese kurzerhand zum Schweigen gebracht.

Nimmt man nun eine Quersumme aus den beschriebenen Umständen, so wird die Entstehung einer politischen Kaste deutlich, die ihre wesentliche Mühe auf Erhalt und Ausbau der eigenen Macht wendet, und die vergessen hat, von wem sie ihre Macht verliehen bekommen hat und dass dies nur mit dem Vorbehalt des Widerrufs geschehen ist. Da aber alle Parteien, vielleicht mit Ausnahme der AfD, in dieses Geflecht verstrickt sind, gibt es auch keine Hoffnung, dass hier eine Reinigung und Rückbesinnung von innen heraus erfolgen könnte. Denn der Abschied von der Macht ist keine denkbare Möglichkeit für ihre Inhaber.

Der renommierte Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim fällt ein bedenkliches Urteil: „Hinter der Fassade wurde ein System installiert, in dem völlig andere Regeln gelten als die des Grundgesetzes. Das ‚System‘ ist undemokratisch und korrupt. Es missbraucht die Macht und betrügt die Bürger skrupellos.“

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.



# Bonner Geheimniskrämerei

Von rechts unterwandert – Mit einer ambitionierten TV-Miniserie blickt das Erste zurück auf die Geheimdienste der Adenauer-Zeit

VON ANNE MARTIN

Es sind Bilder, die unselige Zeiten beschwören: Die Kamera zielt mitten ins Gewoge einer Karnevalsfeier, hält auf Pappnasen und Partyhüte. Auf der Bühne reißt der erfolgreiche Baustoffhändler Gerd Schmidt (Juergen Maurer) zum donnernenden Tusch des Orchesters den ausgestreckten rechten Arm hoch und brüllt aus voller Kehle dreifach „Alaaf“. Die Menge im Saal grölt frenetisch zurück: „Alaaf!“

Eine Szene, die wohl nicht von ungefähr an die Demagogie eines Joseph Goebbels erinnern soll – eine Szene mit Symbolwert. Das Gedankengut des Dritten Reichs wird in der jungen Bonner Republik in vielen Kreisen nur oberflächlich maskiert. Die Nürnberger Prozesse sind abgeschlossen, aber ehemalige ranghohe Nationalsozialisten finden sich an wichtigen Schaltstellen wieder, nicht zuletzt als Berater im Bundeskanzleramt.

Der aufwendig inszenierte Sechsteiler „Bonn – alte Freunde, neue Feinde“ (läuft am 17., 18., und 24. Januar, jeweils zwei Folgen ab 20.15 Uhr im Ersten) spielt im Jahr 1954. In einer Mischung aus Agententhriller und Familiendrama wird der Machtkampf zwischen aufklärenden und rückwärtsgewandten Kräften erzählt. Die wichtigsten Protagonisten existierten tatsächlich. Auf der einen Seite ist der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz Otto John (Sebastian Blomberg), beraten von seiner jüdischen Ehefrau Lucie (Inga Busch). John gehörte zu den Widerstandskämpfern des 20. Juni, sein Bruder wurde hingerichtet. Nach dem Krieg konzentrierte er sich auf die Ergreifung verkappter oder flüchtiger NS-Funktionäre.

Auf der Gegenseite steht der undurchsichtige Reinhard Gehlen (Martin Wuttke), ehemals Generalmajor der Wehrmacht, Leiter der Abteilung „Fremde



Anklage als Chefsache: Otto John (Sebastian Blomberg, r.) im Prozess gegen den Kriegsverbrecher Waidburg (Carl Achleitner)

Heere Ost“ und jetzt mit Unterstützung der US-Besatzungsmacht Chef der „Organisation Gehlen“, einem Geheimdienst.

Wie so viele in der jungen Bonner Republik unter Kanzler Konrad Adenauer pflegt auch Gehlen alte Seilschaften. So deckt er etwa den gesuchten Kriegsverbrecher Alois Brunner (André Eiermann), ebenfalls eine real existierende Figur. Der SS-Hauptsturmführer war als enger Vertrauter Adolf Eichmanns verantwortlich für die Deportation Tausender von Juden. Nach Kriegsende tarnte er sich als Lkw-Fahrer oder Bergmann.

Das spätere Schicksal von John wie Gehlen ist in den Geschichtsbüchern nachzulesen: John war von 1950 bis 1954

der erste Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. 1954 tauchte er plötzlich in der DDR auf, behauptete, vom KGB verschleppt worden zu sein. Nach seiner Rückkehr in den Westen wurde er wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und kämpfte vergeblich um seine Rehabilitation. Gehlen wiederum übernahm 1956 den neu gegründeten Bundesnachrichtendienst, den er bis 1968 leitete. Brunner, Jahrgang 1912, wurde nie gefasst und im Juli 2022 für tot erklärt.

## Eine Mata Hari im Schrank

Chefautorin und Regisseurin Claudia Garde inszeniert den Grabenkrieg zwischen den Geheimdiensten als Schurken-

stück, in dem die eine Partei der anderen immer um eine Nasenlänge voraus ist.

Zwischen den Fronten agiert der Spezialagent des Verfassungsschutzes Wolfgang Berns (Max Riemelt), der den flüchtigen SS-Mann Brunner in einem persönlichen Rachefeldzug aufspüren will und gleichzeitig auf der Jagd nach geheimen Fluchtrouten von NS-Schergen ist. Die Hatz auf Brunner, die dramatische Wendung während des Aufeinandertreffens, gehört zu den Höhepunkten der Serie.

Ebenfalls zwischen den Fronten laiviert Antonia „Toni“ Schmidt (Mercedes Müller), eine ehrgeizige junge Frau, die von ihrem Vater ins Vorzimmer von Gehlen empfohlen wird. Dort wird sie zu-

nächst als Fremdsprachen-Sekretärin arbeiten, um später in Mata-Hari-Manier geheime Kassiber aufzuspüren und – versteckt im Schrank – den Machenschaften Gehlens zu lauschen.

Dessen Taktik ist bei aller Geheimhaltung klar: Der Feind der jungen Republik steht in Russland, eine Wiedervereinigung ist in jener Zeit des Kalten Krieges politisch unerwünscht. Im Gegenteil: Heimlich wird unter dem Decknamen „Scipio“ eine Untergrundarmee aufgestellt, die den Kommunisten bei einem möglichen Angriff entgegenzutreten soll.

Krieg der Spione plus Jagd auf Alt-Nazis, verdrängte Schuld plus fatale Liebe: Diese komplexe Konfliktlage wird noch durch zahlreiche Nebenschauplätze verdichtet. Fast schon erwartbar ist die Romanze zwischen der schönen Vorzimmer-Spionin und dem einsamen Rächer Wolfgang Berns. Genauso erwartbar ist Tonis geplätzte Verlobung mit einem Fernsehändler, in dessen blitzenden Schaufenstern sich das aufstrebende Wirtschaftswunder spiegelt. Fast schon zu viel sind auch die mehrfachen Rückblenden in die Schützengraben des vergangenen Krieges, wo Stefan, der Stiefsohn des Baustoffhändlers, in einem Erdloch kauert und später als Deserteur erschossen wird.

Das Schicksal des getöteten Stiefsohnes, der einer früheren Liebe von Schmidts Ehefrau Else (Katharina Marie Schubert) entstammt, liegt wie eine zenterschwere Last auf dem Ehepaar. Zumal der tragische Tod des jungen Soldaten mit einem dunklen Geheimnis verwoben ist.

Der dramatisch zugespitzte Rückblick auf die Anfangsjahre der Bundesrepublik gehört mit seiner kühnen Verbindung aus Fiktion und Zeitgeschichte fraglos zu den herausragenden Produktionen des neuen Fernsehjahres. Im Anschluss an den ersten Teil sendet die ARD um 21.45 Uhr eine Dokumentation zum Thema „Alte Freunde, neue Feinde“.

## DRAMATIKER AUS KÖNIGSBERG

# Was am 24. Februar passierte

Schöpfer des „Schicksalsdramas“ – Vor 200 Jahren starb der ostpreußische Autor Zacharias Werner

In Theodor Fontanes historischer Erzählung „Schach von Wuthenow“ kommt der ostpreußische Dramatiker Zacharias Werner nicht gut weg. In ihrem Salon berichtet Josephine von Carayon: „Ja, Zacharias Werner war hier. Leider waren wir aus, und so sind wir denn um den uns zugeordneten Besuch gekommen. Ich hab es sehr bedauert.“ Daraufhin nahm der Herr von Bülow das Wort: „Sie sollten sich umgekehrt beglückwünschen, einer Enttäuschung entgangen zu sein.“ Er habe Werners 1806 entstandenes Stück „Martin Luther oder die Weihe der Kraft“ gelesen. Sein Fazit: „Er will Luther verherrlichen, und der Pferdefuß des Jesuitismus guckt überall unter dem schwarzen Dokortornel hervor.“

Dass Fontane den von Bülow als „pfäffischen Zacharias Werner“ bezeichneten Autor überhaupt erwähnt, zeugt von der Bedeutung, die der Romantiker im frühen 19. Jahrhundert einnahm. Von Kleist und Grillparzer abgesehen, war er in der von Lyrik und Prosaerzählungen dominierten Deutschen Romantik der einzige Bühnendramatiker von Rang. Das in Fontanes Erzählung zur Sprache gekommene „Lu-

ther“-Stück, das im Berliner Nationaltheater mit dem damaligen Schauspielstar August Wilhelm Iffland in der Titelrolle uraufgeführt wurde, war seinerzeit höchst populär. Eine seiner anderen Tragödien, „Attila, König der Hunnen“, diente Giuseppe Verdi als Vorlage für dessen – heute allerdings selten aufgeführte – Oper „Attila“.

Doch bis heute einzig in Erinnerung geblieben ist ein Drama, das „aus der Art geschlagen“ zu sein scheint: Mit seinem 1808 entstandenen Stück „Der vierundzwanzigste Februar“ thematisierte der 1768 in Königsberg als Sohn eines Geschichtsprofessors geborene Dramatiker ausnahmsweise keinen historischen Stoff, sondern das Schicksal einfacher Bergbauern. Tatsächlich schuf er damit das Genre des sogenannten Schicksalsdramas, da in dieser Tragödie ein Fluch derart auf einer Familie lastet, dass dort das Schicksal jeweils an einem 24. Februar zuschlägt.

Privat uraufgeführt wurde das Stück auf dem Anwesen der Madame de Staël, dem Schloss Coppet am Genfersee. Ihr damaliger Freund – und wahrscheinlich auch Liebhaber –, der Shakespeare-Über-

setzer August Wilhelm Schlegel, spielte eine der Hauptrollen. Das allein beweist, wie gut vernetzt Werner für damalige Verhältnisse war. Kontakt hielt er auch mit Goethe, der im Weimarer Hoftheater, dem Vorläufer des späteren Deutschen Nationaltheaters, für die erste öffentliche



Gezeichnet vom ostpreußischen Landsmann E. T. A. Hoffmann: Zacharias Werner

Aufführung des „Vierundzwanzigsten Februars“ sorgte.

Dass nicht nur Fontane, sondern auch die Zeitgenossen über den „pfäffischen“ Werner spotteten, lag auch an dessen missionarischem Eifer. Starben schon in seinen Geschichtsdramen viele seiner Helden den religiösen Märtyrertod, so setzte Werner persönlich noch einen drauf: Nach dem Aufenthalt auf Schloss Coppet reiste er nach Rom und versetzte seinem protestantischen Glauben den Todesstoß, indem er zum Katholizismus konvertierte. Später ließ er sich in Aschaffenburg zum Priester weihen und wanderte freischaffend als Prediger umher, vorzugsweise in Wien und Umgebung.

In Wien starb Werner schließlich am 17. Januar 1823. Die Nachwelt ließ kein gutes Haar an ihm. In den „Serapionsbrüdern“ seines Königsberger Freundes E. T. A. Hoffmann heißt es in einem Gespräch über ihn, dass „ihm wohl eben jene vollkommene Gesundheit des inneren Gemüts“ gemangelt habe. Und bei der Bücherverbrennung auf dem Wartburgfest wird sein „Luther“-Drama ein Opfer der Flammen werden. Harald Tews

## REITERSTANDBILD

# Von Sockeln umringt

Neuerdings hat sich eingebürgert, Denkmäler, die nicht mehr dem zeitgenössischen Geschmack entsprechen, in einen „historischen Kontext“ zu setzen. So sei auch das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg vor dem Schloss Charlottenburg in Berlin wegen der in Ketten gelegten Figuren, die an Sklaven denken lassen, kolonialistisch kontaminiert. Um es zeitgeistig anzupassen, hatte die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg einen Kunstwettbewerb ausgelobt, den der aus Ghana stammende und in Köln lebende Künstler Nando Nkrumah gewann. Für die Ausstellung „Schlösser. Preußen. Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus“, die vom 4. Juli bis 31. Oktober im Schloss läuft, wird der Kurfürst eine entsprechende anticolonialistische Kommentierung erhalten. Dann werden vier Sockel aus Holz das Reiterstandbild umringen. Damit soll die Beteiligung Brandenburgs am Versklavungshandel an der Küste Westafrikas thematisiert werden. H. Tews



## „ÄRZTEVERSCHWÖRUNG“

## Stalins letzter Schlag gegen die Juden

Vor 70 Jahren machte die „Prawda“ die angebliche Verschwörung erstmals öffentlich

VON WOLFGANG KAUFMANN

Josef Stalins Verhältnis zum Judentum war lange Zeit ambivalent. In „Marxismus und die nationale Frage“ erklärte er 1913, die Juden seien nur eine „Nation auf dem Papier“ und müssten sich assimilieren. Andererseits unterstützten die jüdischen Massen in Russland den Bolschewismus, was den Diktator später hoffen ließ, in der Sowjetunion eine proletarische Alternative zum Zionismus etablieren zu können. In diesem Zusammenhang erfolgte 1934, also ein Jahr nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Deutschland, die

Schaffung der Jüdischen Autonomen Oblast im Fernen Osten Russlands.

**Nützlich gegen Deutschland**

Nach dem Angriff des antisemitischen Dritten Reiches auf die Sowjetunion schienen die Juden die natürlichen Verbündeten der UdSSR zu sein. Mitglieder des im August 1941 gegründeten Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAK) richteten „Appelle an die Juden in der ganzen Welt“, den Bau von Panzern und Flugzeugen für die Rote Armee mit Geldspenden zu unterstützen, was im Westen auf große Resonanz stieß. Daher schien es nach 1945 so, als ob den sowjetischen Ju-

den nun goldene Zeiten bevorstünden, zumal Stalin in der Hoffnung, damit die Position der Briten im Nahen Osten nachhaltig zu untergraben, es auch billigte, dass in Palästina ein jüdischer Staat entstand. 1947 hofften die Juden in der UdSSR sogar auf die Errichtung einer eigenen Sowjetrepublik auf der Krim.

Im Verlaufe des Jahres 1948 kippte indes die Stimmung, weil der junge jüdische Staat sich nach Westen orientierte. Nun verdächtigte Stalin die führenden Vertreter des Judentums in seinem Lande Agenten der US-Geheimdienste zu sein, die auf einen „zionistisch-imperialistischen“ Umsturz hinarbeiten. Daraus resultierten im September 1948 zahlreiche Verhaftungen von Mitgliedern des JAK und weiteren jüdischen Intellektuellen. Dem folgte am 28. Januar 1949 ein Artikel im kommunistischen Zentralorgan „Prawda“ gegen „unkontrollierte, böswillige Kosmopoliten, Profitjäger ohne Wurzeln und ohne Gewissen ... Gewachsen auf der schimmlichen Hefe des Kosmopolitentums, der Dekadenz und des Formalismus der Bourgeoisie ... Nationalisten, hier nicht heimisch, ohne Mutterland“, womit unmissverständlich die Juden in der UdSSR gemeint waren. In der Zeit darauf kam es zu ersten Todesurteilen und Hinrichtungen. So wurden am 23. November 1950 der Schriftsteller Schmucl Persow und der Journalist Nachum Lewin erschossen.

Der größte Schlag gegen die geistige Elite der sowjetischen Juden erfolgte in der sogenannten Nacht der ermordeten Poeten vom 12. auf den 13. August 1952. Nach einem Geheimprozess starben insgesamt 13 Schriftsteller, Ärzte, Journalisten und Übersetzer, die allesamt dem Führungszirkel des JAK angehörten, im Erschießungskeller des Moskauer Lubjanka-Gefängnisses.

**Zusammenhang mit Israel**

Bereits seit dem November 1950 saß der prominente Kardiologe und Kreml-Arzt Jakow Etinger, ebenfalls Führungsmittglied des JAK, in Haft. Ihm wurde vorgeworfen, in eine vorsätzliche Fehlbehandlung des Leiters der Abteilung Information des Zentralkomitees der KPdSU, Alexander Schtscherbakow, verwickelt gewesen zu sein und dessen Tod mitverschuldet zu haben. Deshalb wurde er auf Veranlassung des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit Michail Rjumin ver-

hört und gefoltert, was schließlich im März 1951 zum Tode Etingers führte.

Daraufhin suchte Rjumin nach weiteren Beweisen für eine Verschwörung unter Medizinern gegen die Staats- und Parteiführung, nicht zuletzt um seinen Vorgesetzten Wiktor Abakumow, der Etinger für unschuldig hielt, zu stürzen. Dabei spielte ihm eine Denunziation der Ärztin Lydia Timaschuk, die am Kreml-Krankenhaus arbeitete, in die Hände.

Schließlich konnte Rjumin Stalin davon überzeugen, dass die jüdischen Ärzte um Etinger neben Schtscherbakow auch das Politbüromitglied Andrej Schdanow auf dem Gewissen hatten und zudem noch weitere führende Funktionäre und Militärs der Sowjetunion wie die Marschälle Alexander Wassilewskij, Leonid Goworow und Iwan Konew ermorden wollten. In der Folge kam es ab September 1952 zur Verhaftung von 37 zumeist jüdischen Medizinern, darunter die beiden Leibärzte Stalins Miron Wowski und Wladimir Winogradow.

**Stalins Tod bewirkte den Abbruch**

„Bösartige Spione und Mörder unter der Maske akademischer Ärzte“ lautete die Überschrift des Artikels, mit dem die „Prawda“ am 13. Januar 1953 erstmals über die „Ärzteverschwörung“ berichtete. „Die Mehrheit der Mitglieder dieser Terroristengruppe“, so das KPdSU-Parteiorgan, „waren von amerikanischen Geheimdiensten gekauft. Sie wurden von einer

Zweigstelle der amerikanischen Geheimdienste, einer internationalen jüdischen bourgeois-nationalistischen Organisation namens „Joint“ angeworben. Das schmutzige Gesicht dieser zionistischen Spionageorganisation, die ihre bösartigen Handlungen hinter der Maske der Wohltätigkeit verbarg, ist nun vollständig zum Vorschein gekommen. [...] Die Demaskierung einer Bande von Gift verabreichenden Ärzten stellt einen schweren Schlag gegen die internationale jüdisch-zionistische Organisation dar.“

Stalin plante einen großen Schauprozess gegen die inhaftierten Mediziner mit anschließender öffentlicher Erschießung oder Erhängung auf dem Roten Platz. Allerdings waren die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen, als der Diktator am 5. März 1953 nach mehreren Schlaganfällen verstarb. Möglicherweise hätte er diese überlebt, wenn Wowski und Winogradow zur Stelle gewesen wären.

Der Tod Stalins und die nachfolgende Entstalinisierung brachten einen Umschwung. Die Verhafteten kamen frei. Dafür wanderte nun Rjumin ins Gefängnis. Am 22. Juli 1954 wurde er für seinen Anteil an der Verfolgung erschossen.

Nachdem es am 9. Februar 1953 auf dem Gelände der sowjetischen Botschaft in Tel Aviv zu einer Explosion gekommen war, hatte die Sowjetunion ihre diplomatischen Beziehungen mit Israel abgebrochen. Im Juli nahm sie sie wieder auf.



Sein Verhältnis zum Judentum war lange Zeit ambivalent: Josef Stalin



Die Botschaft der 70 Jahre alten Karikatur im sowjetischen Satiremagazin „Krokodil“ ist klar: Hinter der Maske des wohlmeinenden Arztes verbirgt sich eine jüdische Fratze

## ASKANIJA-NOWA

## Tierische Leidtragende des Ukrainekrieges

Das unweit des Frontverlaufs liegende Naturschutzgebiet hat deutsche Wurzeln

In der Oblast Cherson am Schwarzen Meer vis-à-vis der Krim befindet sich das Naturschutzgebiet Askanija-Nowa. Zu diesem gehört neben einem Botanischen Garten und dem ukrainischen Forschungsinstitut für Steppenviehzucht ein akklimatisierter Zoo. Um Letzteren ist es schlecht bestellt. Es fehlt an Futter und Medikamenten, die Versorgungswege sind abgeschnitten, und die gesamten Besuchereinnahmen fallen weg.

In dem großen Steppenpark, dem Vermächtnis des genialen Tier- und Naturfreundes Friedrich Falz-Fein, sieht es etwas besser aus. Die dort lebenden Przewalski-Pferde, auch unter dem Namen Asiatische oder Mongolische Wildpferde bekannt, sind weitgehend autark, nur im Winter muss etwas zugefüttert werden. Pferde sind Überlebenskünstler,

sie haben bisher noch alle Zumutungen der Weltgeschichte überstanden.

Die Menschen dort sind schlimmer dran. Reservate und Naturparks können den Beschuss überstehen, aber die Menschen, die in den Nationalparks und Naturreservaten arbeiten, müssen bei Gefahr evakuiert werden. Ein Biosphärenreservat kann jedoch ohne Betreuer nicht existieren.

Askanija-Nowa ist ein wertvolles Reservat für die Ukraine und sein Ökosystem. Anderthalbtausend Huftiere und viele Vögel leben hier, nicht in freier Wildbahn, sondern nur unter halbwillden Bedingungen, sodass ihr Leben vollständig von der Arbeit des Personals abhängt. Die Huftiere müssen über Winter von einem Stall zum anderen gebracht werden. Ganz Askanija-Nowa wird schon seit fast

140 Jahren künstlich bewässert. Die Oase verdankt artesischen Brunnen ihre Existenz. Aber ohne Strom funktionieren sie nicht. Alle Tiere nehmen ihre Umgebung so wahr, als würden sie in freier Wildbahn leben, aber in Wirklichkeit trinken sie alle vom Menschen mittels Technik gefördertes Wasser. Wenn die Askanija-Nowa-Beschäftigten evakuiert würden oder der Strom ausfiele, würden auch die Tiere und die Natur leiden. Aus diesem Grund sind die meisten Arbeitnehmer noch dort. Durch die Rückeroberung der nördlich des Dnjepr gelegenen Teile der Oblast Cherson im Oktober durch die ukrainische Armee ist der Krieg allerdings wieder näher an den Naturpark herangerückt.

Wie der Name Askanija-Nowa (Neu-Askanien) bereits vermuten lässt, haben der Naturschutzpark und auch der gleich-

namige Ort in seinem Zentrum deutsche Wurzeln. 1828 wurde Ascania Nova durch Herzog Ferdinand von Anhalt-Köthen als Kolonie seines anhaltinischen Herzogtums gegründet. 1856 ging die Kolonie durch Kauf in den Besitz von Friedrich Fein über.

Dessen Urenkel, der 1863 in Askanija-Nowa geborene und 1915 nach einem Besuch des Zaren Nikolaus II. geadelte Baron Friedrich von Falz-Fein gilt als der Gründer des Naturschutzgebiets. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Cherson, dem Studium der Naturwissenschaften an der deutschsprachigen Universität Dorpat und dem Tod seines Stiefvaters übernahm er von diesem im Jahr 1890 den Betrieb des Familiengutes.

Auf dem Gut wurden zunächst vor allem Schafe und Pferde gezüchtet. Das

Haus Falz war Pferdelieferant für die russische Armee und deshalb sehr hoch angesehen im Zarenreich. In der Nähe des Landgutes war im 19. Jahrhundert die letzte Wildpferderasse Europas, der Tarpán, ausgestorben. Versuche, sie nachzuzüchten durch Kreuzungen – sogar mit Zebras wurde es versucht –, misslangen.

Falz-Fein begnügte sich nicht mehr mit Schafs- und Pferdezucht, sondern machte aus dem 66.000 Hektar großen Gut ein Naturschutzgebiet mit botanischem Garten und Tierpark, das schließlich eines der größten der Welt wurde. Heute ist es UNESCO-Naturschutzgebiet und beherbergt neben den bereits erwähnten Przewalski-Pferden noch immer viele exotische Tiere wie Saigag-Antilopen, Bisons, Zebras oder Strauße.

Bodo Bost





Bei der von Erich Böhme moderierten ntv-Sendung „Talk in Berlin“ am 9. April 2000 in Berlin: Markus Wolf und PAZ-Autorin Vera Lengsfeld

Foto: pa

OSCAR TIETZ

## Warenhaus-Pionier aus Posen

Vor allem die Älteren unter den Lesern werden noch die „Hertie“-Warenhäuser kennen. Der eine oder andere weiß auch, dass „Hertie“ eine Abkürzung von „Hermann Tietz“ ist. Schon weniger hingegen dürfte bekannt sein, dass nicht dieser Hermann Tietz der Gründer der Warenhauskette ist, sondern dessen Neffe Oscar Tietz.

Dieser spätere deutsche Kaufmann und Warenhaus-Unternehmer jüdischer Herkunft kam am 18. April 1858 in der zur preußischen Provinz Posen gehörenden Stadt Birnbaum [Międzybórz] als Sohn eines Fuhrmanns und dessen Ehefrau zur Welt. Er war ähnlich geschäftstüchtig wie sein neun Jahre älterer Bruder Leonhard, der Gründer der späteren Galeria Kaufhof GmbH, die 2019/20 mit der 1881 in Wismar gegründeten Karstadt Warenhaus GmbH zur Galeria Karstadt Kaufhof GmbH fusionierte. Drei Jahre nachdem der größere Bruder in Stralsund sein Textilgeschäft gegründet hatte, folgte der kleinere 1882 in Gera mit seinem „Garn-, Knopf-, Posamentier-, Weißwaren- und Wollwarengeschäft Hermann Tietz“. Die Namenswahl ist vor dem Hintergrund der finanziellen Unterstützung Oscars durch Hermann bei der Unternehmensgründung zu sehen.

Zu Oscar Tietz' Erfolgsmodell gehörte es, auf Umsatz und große Mengen zu setzen. Die Menge der umgesetzten Ware ermöglichte es ihm, mit Mengenrabatt einzukaufen oder gar selbst eine Produktion aufzubauen sowie mit geringen Gewinnmargen beim einzelnen Produkt zu arbeiten. Indem er direkt beim Hersteller kaufte oder die angebotene Ware selbst produzierte, umging er den Zwischenhandel mit

VON VERA LENGSELD

STASI

## Die zwei Leben des Markus Wolf

Vor 100 Jahren kam der Leiter der DDR-Auslandsspionage von 1952 bis 1986 in Hechingen zur Welt

Am 19. Januar jährt sich der Geburtstag des DDR-Auslandsspionagechefs Markus Wolf zum 100. Mal. Es wird vermutlich etliche Artikel und Sendungen dazu geben. Der Mann leitete von 1952 bis 1986 die zum Ministerium für Staatssicherheit gehörende Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Er war eine Legende, ein „Mann ohne Gesicht“, bis ihn der geflüchtete HVA-Mitarbeiter Werner Stiller auf einem Foto identifizierte, das Wolf bei einem Einkauf in Schweden zeigte. Danach wurden die Auslandsaufenthalte für Wolf schwieriger, aber nicht unmöglich. Die HVA verfügte über eine hervorragende Passfälscherwerkstatt. Nie ist ein Stasi-Spion wegen eines unprofessionellen Passes aufgefliegen. Deshalb galten sie als die besten der Welt.

Wolfs 4500 Mitarbeiter waren gut ausgebildet und verstanden sich als Elite. Sie agierten weltweit und saßen, besonders in der Bundesrepublik, in Spitzenpositionen. Das wurde einer erschrockenen Öffentlichkeit nachdrücklich vor Augen geführt, als der persönliche Referent von Kanzler Willy Brandt ab 1972, Günter Guillaume, enttarnt wurde, was zum Rücktritt von Brandt als Kanzler führte. Das war ein schwerer Rückschlag für die HVA. Die hatte 1972 dafür gesorgt, dass ein Misstrauensvotum, initiiert vom damaligen Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU), scheiterte. Zwei Unionsabgeordnete wurden mit je 50.000 D-Mark bestochen, um Barzel ihre Stimme zu versagen. Die DDR-Führung war daran interessiert, dass Brandt Kanzler blieb und die von ihm auf den Weg gebrachten Ostverträge nicht scheiterten.

### Erfolge in der Bundesrepublik

Wie tief die Staatssicherheit in die Geschichte der Bundesrepublik eingegriffen hat, wird wohl nie auch nur annähernd ans Tageslicht kommen. Als durch Zufall Beweise entdeckt wurden, dass der West-Berliner Polizist, der Benno Ohnesorg erschoss, Kriminalobermeister Heinz Kurras, ein Mitarbeiter der Staatssicherheit war, gab es Bemühungen, dies nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Zum Glück war das nicht von Erfolg gekrönt.

Die Tochter des von der Rote Armee Fraktion (RAF) ermordeten Bankiers Jürgen Ponto, Corinna Ponto, entdeckte in der Akte ihres Vaters Hinweise darauf, dass die HVA mindestens einen Führungsoffizier für die Betreuung der RAF abgestellt hatte. Als ihnen der Boden zu heiß wurde, hat die DDR RAF-Terroristen Unterschlupf geboten. Der Angriff auf den NATO-Oberbefehlshaber in Europa Alexander Haig wurde auf einem Übungsplatz in der DDR trainiert.

### Unterstützung der RAF

Es gab 10.000 Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit in der Bundesrepublik. Die saßen in den Wirtschaftsetagen, den Redaktionen, den Verwaltungen, dem Bundestag. Aber es gibt kein Interesse, diese Leute zu enttarnen, was möglich wäre, seit Kopien der sogenannten Rosenholz-Akten, die von der CIA im Winter 1989 aus der Stasizentrale in Berlin herausgeholt worden waren, um die Stasispione in den USA zu enttarnen, von der Regierung Clinton an Deutschland übergeben worden sind.

Ein Antrag der FDP während der schwarz-gelben Regierung Merkel, alle Bundestagsabgeordneten seit 1949 auf Stasimitarbeit zu überprüfen, wurde an die Ausschüsse überwiesen und nie bearbeitet. Jede Fraktion hatte peinliche Enthüllungen zu befürchten.

Enttarnt wurden lediglich einige „Romeos“, speziell ausgebildete Offiziere, die einsame Bonner Sekretärinnen umgarnten, zum Teil sogar heirateten, um an Informationen aus wichtigen Büros zu kommen.

HVA-Chef Wolf war keineswegs der Gentleman, als den er sich in seinem zweiten Leben ausgab. Er war selbst ak-

tiv. Er wurde zweimal rechtskräftig verurteilt: wegen Landesverrats und Bestechung zu sechs Jahren Gefängnis und wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und Körperverletzung zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung. Keine der Strafen musste Wolf antreten. Er war inzwischen ein gern gesehener Gast in Talkshows und tourte durch die Buchläden und Hörsäle Westdeutschlands.

Das zweite Leben des Markus Wolf hatte 1986 begonnen, als er überraschend seinen Dienst quittierte und zum Privater mutierte. Wenige Jahre zuvor war sein Bruder Konrad gestorben, der als Regisseur höchstes Ansehen in der DDR genoss, vor allem bei den Kritikern des SED-Regimes. Markus Wolf begann an einem Buch zu arbeiten. „Die Troika“, erschien 1989 und überraschte durch kritische Offenheit. Inwieweit sich Wolf auf nachgelassene Manuskripte seines Bruders stützte, bleibt umstritten.

### Privatier ab 1986

Dieses Buch sollte offensichtlich Wolfs Ruf als Reformier begründen. Er plante, es auch in Westdeutschland vorzustellen, was durch einen gegen ihn erlassenen Haftbefehl verhindert wurde.

Wolf trat als Redner auf der Großdemonstration am 4. November 1989 am Alexanderplatz auf, die maßgeblich von dem noch weitgehend unbekanntem Gregor Gysi als Gegenstück zu den Leipziger Montagsdemos mitorganisiert worden war. Wolf warb für eine Reform des Sozialismus und wurde dafür ausgebuht, wie Gysi, der Rechtssicherheit statt Staatssicherheit forderte. Beide avancierten später im Westen.

Wolf, offenbar im Sinne von Wladimir Iljitsch Lenins „Jede Köchin muss

den Staat regieren können“, profilierte sich als Kochbuchautor, sehr zum Entzücken der Linken.

### Ausgleichende Gerechtigkeit

Dass die Öffentlichkeit das Wohlwollen, das Wolf von manchen Medien entgegengebracht wurde, keineswegs teilte, erlebte ich in einer Talkshow, zu der mich der legendäre Talkmaster Erich Böhme eingeladen hatte. Wolf war sein Stargast in einer Sendung, in der es um den Spendenskandal von Helmut Kohl ging. Böhme versuchte zu Beginn in fast devoter Weise, Wolf dazu zu verleiten, sein angebliches Wissen über die Affäre zu offenbaren. Der ging nicht darauf ein, machte aber ein Pokerface, was andeuten sollte, dass er durchaus mehr wisse, als er zugeben wolle. Als ich dran war, sagte ich, dass ich klar machen wolle, was hier passiert: Einem wegen Freiheitsberaubung verurteilten Straftäter sollen Informationen gegen den Kanzler entlockt werden. Ehe mich Böhme wegen meiner Aufsässigkeit tadeln konnte, wurde ihm mitgeteilt, dass die Telefone in der Redaktion heiß liefen, weil die Anrufer mich unterstützen wollten. Nach der Sendung lud Böhme immer in die elegante Bibliothek des Hotels. Wolf wollte nicht mitkommen, wenn ich dabei bin. Er musste draußen bleiben.

Mit seiner letzten Ehefrau zog Wolf in das Berliner Nikolaiviertel, ein Vorzeigeprojekt der SED. Später fand auch die Gedenkbibliothek für die Opfer des Kommunismus dort ein Domizil. Ich habe es immer als ausgleichende Gerechtigkeit empfunden, dass Wolf bis zu seinem Tod gezwungen war, den Anblick der Gedenkbibliothek vor seinen Fenstern zu ertragen.



FOTO: WIKIMEDIA

Vor 100 Jahren gestorben: O. Tietz

dessen Gewinnmargen, sodass er dem Endkunden Waren teilweise zu den Verkaufspreisen des Zwischenhandels und damit zu den Einkaufspreisen seiner Konkurrenz anbieten konnte.

Zu den günstigen Preisen kam ein breites Warenangebot. Nicht ohne Grund ist Tietz als „Vater des deutschen Kaufhauses“ bezeichnet worden. Das in Frankreich, Großbritannien und den USA bereits erfolgreiche Konzept des Warenhauses holte er nach Deutschland. Auf diesem Gebiet leistete er in seinem Heimatland Pionierarbeit. 1894 eröffnete er in München das erste Warenhaus, den ersten Konsumtempel nach westlichem Vorbild mit großen Schaufenstern, elektrischem Licht und viel Werbung.

Die Errichtung vieler weiterer Warenhäuser in anderen deutschen Städten folgte. Bis zu seinem Tode am 17. Januar 1923 im schweizerischen Kloster hatte Oscar Tietz einen florierenden Warenhauskonzern aufgebaut. Manuel Ruoff



VON WOLFGANG KAUFMANN

Die klassische psychologische Kriegführung dient dem Zweck, das Militär oder die Zivilbevölkerung des Gegners zu manipulieren und zu schwächen. Eine solche „Cognitive Warfare“ betreibt auch die NATO, wobei diese inzwischen aber nicht mehr nur auf den Feind abzielt, denn der Kampf um die Köpfe der Menschen soll nun gleichermaßen auf dem eigenen Territorium stattfinden. Das geht aus verschiedenen NATO-Dokumenten hervor – beginnend mit dem Thesenpapier „NATO's Sixth Domain of Operations“ (Das sechste Einsatzgebiet der NATO) vom September 2020.

Das Papier entstand im Auftrag der Denkfabrik NATO Innovation Hubs (IHub) in Norfolk (Virginia). In dem Text ist unter anderem von einer „ständigen Erosion der Moral der Bevölkerung“ in den NATO-Staaten die Rede, welche dazu führe, dass sich die Öffentlichkeit in NATO-Staaten zunehmend „nach den Plänen ... unserer Widersacher verhält“. Deshalb müsse die NATO schnell handeln, um hier die Initiative zurückzugewinnen.

Wenig später, im Januar 2021, veröffentlichte IHub eine weitere Abhandlung namens „Kognitive Kriegführung“, in der es heißt: „Kognitive Kriegführung ist möglicherweise das fehlende Element, das den Übergang vom militärischen Sieg auf dem Schlachtfeld zu einem dauerhaften politischen Erfolg ermöglicht. Das Einsatzgebiet Mensch könnte durchaus das entscheidende sein ... Die ersten fünf Einsatzgebiete Land, Wasser, Luft, Weltraum und Cyberspace können taktische und operative Siege bringen, doch nur das Einsatzgebiet Mensch vermag den endgültigen und vollständigen Sieg herbeizuführen.“

Im Anschluss hieran veranstaltete die NATO im Juni 2021 ein wissenschaftliches Symposium zur psychologischen Kriegführung. Im Vorwort des später publizierten Tagungsbandes „Kognitive Kriegführung: Die Zukunft der kognitiven Dominanz“ betont der französische Luftwaffengeneral André Lanata, wie wichtig es sei, „die Schwächen der menschlichen Natur auszunutzen“ und in diesem Zusammenhang auch die Neurowissenschaften zur Waffe zu machen.

#### Verstand der Gegner „lesen“

Dabei solle zweigleisig verfahren werden, so der französische Vizeverteidigungsminister Éric Autellet in seinem nachfolgenden Beitrag: „Was unseren Feind betrifft, so müssen wir in der Lage sein, den Verstand unserer Gegner zu ‚lesen‘, um ihre Reaktionen vorweg zu ergründen. Wenn nötig, müssen wir in die Gehirne unserer Gegner ‚eindringen‘ können, um sie zu beeinflussen und dazu zu bringen, in unse-



„Schwächen der menschlichen Natur ausnutzen“: Das Denken der Bevölkerung soll künftig noch ausgeklügelter manipuliert werden

Foto: Shutterstock

#### PSYCHOLOGISCHE KRIEGFÜHRUNG

## Der Kampf um die Köpfe tritt in eine neue Dimension

Die NATO erprobt ganz neue, immer ausgefeiltere Strategien, um den Menschen erwünschte Sichtweisen einzupfropfen

rem Sinne zu handeln. Was unsere Freunde betrifft (und auch uns selbst), so müssen wir in der Lage sein, unsere Gehirne zu schützen und unsere kognitiven Fähigkeiten des Verstehens und der Entscheidungsfähigkeit zu verbessern.“

Dem folgte im Oktober 2021 die Ausschreibung eines Innovationswettbewerbs zum Thema „Kognitive Kriegführung neutralisieren“ durch das Canadian Special Operations Forces Command und die IHub, wobei der Innovationsmanager der Denkfabrik, François du Cluzel, diese Aufgabenstellung als „eines der heißesten Themen für die NATO im Moment“ bezeichnete. Zum Gewinner wurde im Dezember 2021 das US-Unternehmen Veriphix gekürt, das eine „Plattform für Verhaltensdynamik“ entwickelt hatte, deren Zweck darin besteht, „unterbewusste Motivationen zu messen und zu stärken, um Menschen zu Ideen, Produkten und Überzeugungen zu bewegen“. Den zweiten Platz belegte ein Team na-

mens Recognite mit seinem Verfahren zur Erkennung „schädlicher kognitiver Beeinflussung, um eine effektive Intervention zu initiieren“.

#### Furcht vor Missbrauch

Wie derartige psychologische Eingriffe aussehen können, zeigte sich beispielsweise nach Beginn des Ukrainekrieges. Das Parlament der EU, welche gemeinsam mit der NATO das „Europäisches Exzellenzzentrum für die Abwehr hybrider Gefahren“ in Helsinki unterhält, nahm am 9. März 2022 einen Beschlussentwurf seines „Sonderausschusses zur Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union“ an.

Damit wurde eine „Expertengruppe zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der digitalen Kompetenz durch Bildung und Ausbildung“ ins Leben gerufen, die sich „unter anderem auf kritisches Denken, die Ausbildung von Leh-

ren, Prebunking (vorbeugende Abwehr von „Fehlinformationen“, d. Red.), Entlarvung und Faktenüberprüfung sowie das Engagement von Schülern konzentrieren“ soll. Das geschah „in der Erwägung, dass Vorbeugung und proaktive Maßnahmen, einschließlich Prebunking, weitaus wirksamer sind als die anschließende Überprüfung von Fakten und Widerlegung von Behauptungen, die eine geringere Reichweite haben als die ursprüngliche Desinformation“.

Das zweifach erwähnte Prebunking ist das Gegenteil vom Debunking, dem klassischen Fakten-Check zur Kennzeichnung von Falschinformationen. Hier geht es darum, Personen dergestalt mental zu präparieren, dass sie bestimmte Nachrichten bereits für falsch halten, bevor sie überhaupt damit konfrontiert werden. Dabei ziehen Debunking-Experten wie Sander van der Linden von der University of Cambridge Parallelen zu Schutzimpfungen: Der Mensch erhält „eine abge-

schwächte (Mikro-)Dosis von Fehlinformationen, die eine präventive Widerlegung oder Vorverurteilung der erwarteten irreführenden Argumente oder Überzeugungstechniken enthält.“ Eine solche „Impfung“ können auch deutsche Schüler durch das von der East StratCom Task Force des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der NATO empfohlene Lernspiel „Fake it to Make it“ (Fälsche es, um es zu machen) erhalten. Dieses wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung übersetzt und für den Einsatz im Unterricht aufbereitet.

Allerdings stießen die genannten Entscheidungen der EU auch auf Kritik. So äußerte die irische EU-Parlamentsabgeordnete Clare Daly, man übertreibe die Gefahr einer Beeinflussung der eigenen Bevölkerung durch Russland und China, um „abweichende Meinungen ... zu stigmatisieren und Gründe für Einschränkungen der Meinungsfreiheit und anderer Grundrechte zu schaffen“.

#### SEEFAHRT

## Das neue Spielzeug der Milliardäre

Immer mehr Superreiche legen sich ein privates U-Boot zu – Zwei Hersteller in den USA und den Niederlanden konkurrieren

Dass ein Milliardär eine repräsentative Luxusjacht besitzt, gilt mittlerweile als Selbstverständlichkeit. Deshalb versuchen die ganz besonders Reichen seit einiger Zeit, sich von der Masse ihrer knapp 2700 „Kollegen“ abzusetzen, indem sie dem eigenen schwimmenden Statussymbol noch ein Tauchfahrzeug als Accessoire hinzufügen.

Kreiert wurde dieser Trend vom 2018 verstorbenen Microsoft-Mitbegründer Paul Allen. Der kaufte 2003 die Superjacht „Octopus“, welche mit dem Kleinst-U-Boot „Pagoo“ ausgerüstet war. Damit ging Allen auf die Suche nach prominenten Schiffswracks und erzielte dabei auch mehrere Erfolge. So

brachte er im August 2015 die Schiffsglocke des 1941 von dem deutschen Schlachtschiff „Bismarck“ versenkten britischen Schlachtkreuzers „Hood“ an die Wasseroberfläche. Im gleichen Jahr gelang es ihm zudem, das japanische Schlachtschiff „Musashi“ zu finden. Dieses gilt gemeinsam mit seinem Schwesterschiff „Yamato“ als größtes Schlachtschiff aller Zeiten und wurde im Oktober 1944 durch US-amerikanische Trägerflugzeuge auf den Grund der Sibuyan-See bei den Philippinen geschickt, wo es nun in 1100 Metern Tiefe liegt.

Noch sehr viel weiter nach unten konnte der US-Investor Victor Vesco-

vordringen, obwohl er „nur“ über ein Vermögen von rund 1,2 Milliarden Dollar verfügt. Der ehemalige Marineoffizier erreichte mit dem Tiefsee-U-Boot „Limiting Factor“ die tiefsten Stellen von fünf Ozeanen und hält auch den absoluten Tiefenweltrekord, seit er am 28. April 2019 im Marianengraben im westlichen Pazifik bis auf 10.928 Meter hinabtauchte. Außerdem entdeckte Vesco im Juni 2022 das Wrack des legendären US-Zerstörers „Samuel B. Roberts“, der 1944 nach einem Volltreffer des japanischen Schlachtschiffes „Kongō“ bis auf 6895 Meter Tiefe sank.

Das Tauchboot des Texaners war auf der Werft von Triton Submarines in Se-

bastian (Florida) gebaut worden, welche seit 2007 existiert und aktuell drei Personen gehört: dem Triton-Gründer Patrick Lahey, dem Hollywood-Regisseur James Cameron, der im Marianengraben ebenfalls schon bis auf 10.898 Meter Tiefe vorstieß, und Ray Dalio, welcher mit seinem Hedgefonds Bridgewater Associates 22 Milliarden Dollar gescheffelt haben soll und selbst vier kleine U-Boote für den standesgemäßen Zeitvertreib besitzt.

#### Für 2,5 bis 40 Millionen US-Dollar

Triton Submarines produziert mehrere Typen von zivilen Unterwasserfahrzeugen, nämlich touristische Tauchboote mit bis zu 66 Passagierplätzen, Profi-U-Boote

für wissenschaftliche und kommerzielle Zwecke sowie Tiefsee-U-Boote, sogenannte Bathyskaphen, deren Tauchtiefe so bemessen ist, dass sie theoretisch jedwedem Punkt auf dem Meeresgrund erreichen können.

Die Kaufpreise für die Vehikel bewegen sich dabei zwischen 2,5 und 40 Millionen US-Dollar. Allerdings hat Triton Submarines mit U-Boat Worx im niederländischen Breda einen erst zu nehmenden Konkurrenten, wenn es um Tauchtiefen von bis zu 3000 Metern geht. Der bietet zudem auch eine Beteiligung an Privat-U-Booten analog dem Carsharing an. Hierfür müssen Interessenten dann „lediglich“ 80.000 Euro hinblättern. W.K.





## ALLENSTEIN

# Virusinfektionen belasten das System

Pro Woche werden bis zu 3000 Kranke mit Grippe und grippeähnlichen Symptomen registriert

VON DAWID KAZANSKI

In südlichen Ostpreußen wird ein deutlicher Anstieg von Grippe- und grippeähnlichen Erkrankungen gemeldet. Die Situation verschlimmert sich von Woche zu Woche, und in den Krankenhäusern der Region befinden sich laut Janusz Dzisko, dem ermländisch-masurischen Gesundheitsinspektor, rund 100 Patienten mit Grippekomplikationen.

Die hohe Zahl der Krankenhausaufenthalte bestätigt, dass Grippe eine ernsthafte Erkrankung ist, die bei Nichtbeachtung zu lebensgefährlichen Komplikationen führen kann. Dzisko fügte hinzu, dass jede zweite von der Gesundheitsbehörde getestete Abstrichprobe positiv sei. „Am häufigsten findet man die Typ-A-Grippe, aber auch andere Grippetypen kommen vor. Kinder sind häufiger mit dem RSV infiziert, das grippeähnliche Symptome verursacht.“

In den letzten Wochen meldete die Gesundheitsbehörde des südlichen Ostpreußen 2500 bis 3000 Fälle von Grippe und grippeähnlichen Erkrankungen pro Woche. „Und man darf nicht vergessen, dass nicht alle Hausärzte Abstriche von den Patienten nehmen. Das tatsächliche Ausmaß der Grippe und grippeähnlicher Erkrankungen ist viel größer. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass es in den Krankenhäusern der Region viele Patienten gibt, die wegen Grippekomplikationen behandelt werden müssen“, alarmierte Dzisko.

### Dunkelziffer vermutlich noch höher

Die Symptome, über welche die Patienten am häufigsten klagen, sind Muskel- und Gelenkschmerzen, Halsschmerzen, Husten, hohes Fieber, allgemeine Abgeschla-



Eingang des Woiwodschaftskrankenhauses in Allenstein: Immer mehr Menschen mit Grippe-Erkrankungen müssen stationär behandelt werden

Foto: D.K.

genheit und Müdigkeit. „Krankheitsbedingte Fehlzeiten sind überall zu beobachten“, sagte Dzisko. Das belastet das Gesundheitssystem und wirkt sich negativ auf die Wirtschaft aus, da die Arbeitnehmer krankgeschrieben sind.

In den Allensteiner Schulen und Kindergärten sind in vielen Klassen und Gruppen nur knapp die Hälfte oder noch weniger Kinder anwesend. Ambulanzsta-

tionen und Arztpraxen werden regelrecht belagert, ebenso wie die Nachtambulanzen und Notdienste. Im Allensteiner Kinderkrankenhaus bieten die Ärzte rund um die Uhr medizinische Versorgung an, und es werden täglich etwa 100 Patienten mit Infektionen der oberen und unteren Atemwege behandelt.

Ein großer Teil der Infektionen kann ambulant behandelt werden. In vielen

Krankenhausabteilungen der Region wurden Hygienemaßnahmen eingeführt, und einige Patienten werden in speziell isolierten Bereichen für mit dem COVID-19-Virus infizierte Kranke untergebracht. Aufgrund des erhöhten Auftretens von Virusinfektionen wurde in einigen Krankenhausabteilungen ein Besuchsverbot verhängt.

### Hygienemaßnahmen wie bei Corona-Erkrankungen

Auch vor den Apotheken, die mit der Bestellung der von den Ärzten verschriebenen Medikamente nicht nachkommen, bilden sich Schlangen von Patienten. Der aktuelle Stand der Dinge könnte auch darauf zurückzuführen sein, dass Grippe- und Coronavirusimpfungen nicht mehr so beliebt sind wie in früheren Erkrankungssaisons.

In den beiden vorangegangenen Jahren lebte man auch unter einem strengen Hygieneregime, bei dem Masken, Händedesinfektion, Fernarbeit und -unterricht weit verbreitet waren, und die soziale Isolierung konnte die rasche Ausbreitung von Viren wirksam verhindern.

Experten befürchten, dass der Höhepunkt der Krankheitsfälle erst in der zweiten Januarhälfte erreicht wird. Um die Viruserkrankungen besser bekämpfen zu können, will das polnische Gesundheitsministerium daher eine große Anzahl sogenannter Kombitests anschaffen, die an Hausärzte verteilt werden sollen. Die Kombitests, mit denen zwei Arten von Influenza, das Coronavirus und das RS-Virus, nachgewiesen werden können, sollen in Hausarztpraxen kostenlos durchgeführt werden und ermöglichen den Ärzten eine genauere Diagnose und somit eine bessere Behandlung.

## KÖNIGSBERG

# Renaissance der Straßenbahn

Durch das Stadtzentrum verkehrt seit Jüngstem die Linie 3 – Autofahrer beklagen Staus auf den Straßen

Bis vor einigen Jahren war das Königsberger Straßenbahnnetz verwahrlost, und praktisch alle Strecken waren stillgelegt worden. Seit einiger Zeit haben die städtischen Behörden ihre Haltung gegenüber der Straßenbahn als Verkehrsmittel grundlegend geändert. Nach und nach bemühen sie sich darum, das umweltfreundliche Verkehrsmittel wieder auf die Straßen der Stadt zu bringen. Zuletzt hat die Straßenbahnlinie Nummer drei ihre Route wieder aufgenommen.

Diese Linie wurde seit 2015 nicht mehr betrieben. Einer der Gründe, die damals genannt wurden, war die Einführung des Einbahnverkehrs auf dem Hansaring [Leninskij Prospekt] vom Südbahnhof bis zum Unterhaberberg [ul. Bagrationa]. Die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs wurde erst 2020 wieder zum Thema. Zu diesem Zeitpunkt war die Straßenbahn-Infrastruktur bereits so baufällig, dass Dutzende Millionen Rubel für den Wiederaufbau bereitgestellt werden mussten.

Das städtische Verkehrsunternehmen behauptete, dass nur die baufälligsten Streckenabschnitte neu verlegt werden könnten. Die vollständige Erneuerung einschließlich der Erneuerung der Oberlei-

tung würde ein Vielfaches an Mitteln erfordern.

Für die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs war zusätzlich der Bau eines neuen Wendekreises in der Nähe des Parks Luisenwahl vonnöten. Dort wurden die vorhandenen Gleise repariert und ein Bahnsteig für die Fahrgäste eingerichtet.

Die Wiedereröffnung der Linie 3 musste mehrfach verschoben werden: Sie sollte

zunächst im Mai, dann im Juli und schließlich im August vergangenen Jahres ihren Betrieb aufnehmen. Die zum Jahresende fertiggestellte Strecke führt vom Südbahnhof über den Hansaring, die Kneiphöfische Langgasse, den Unterhaberberg, über den Wiesendamm und die Lindenstraße [Oktjabrskaja], die Altstädtische Langgasse [Moskowskij Prospekt] und die Wrangelstraße zum Hansaplatz sowie

über den Hansaring und die Hufenallee zurück zum Park Luisenwahl. Die Straßenbahn verkehrt im 15-Minuten-Takt. Die Strecke erforderte eine Verengung eines Teils des Steindamms. Der Abschnitt der Posener Straße von der Österreichischen Straße [Prospekt Kalinina] bis zur Kreuzung Alter Garten/Unterhaberberg wurde verengt, und es wurden begrenzende Poller und Betonzäune aufgestellt.

Daraufhin beschwerten sich die Autofahrer, dass sich dort zu den Stoßzeiten Staus bilden, die sich vom Südbahnhof ins Zentrum erstrecken. Einige Königsberger fragen sich, wozu eine neue Straßenbahnlinie eingeführt wurde, wenn es doch genügend Busse gibt, die viel schneller vom Südbahnhof zum Park Luisenwahl gelangen, da die Straßenbahn eine viel längere Strecke fährt. Daneben gibt es jedoch auch viele, die sich über die neue Straßenbahnlinie freuen.

In den ersten Tagen des Straßenbahnverkehrs kam es in der Nähe von Luisenwahl zu Schwierigkeiten: Auf den Gleisen parkende Autos machten es der Straßenbahn unmöglich, die Station rechtzeitig zu verlassen. Jurij Tschernyschew



Nicht allen eine Freude: Die neue Straßenbahnlinie 3

Foto: J.T.

## MELDUNGEN

# Angebote für Senioren

Sensburg/Elbing – Senioren in Sensburg können dank des Programms „Złota rączka“ (Goldenes Händchen), das die Gesellschaft für soziales Bauen KARO realisiert, auf kostenlose Unterstützung bei kleineren häuslichen Reparaturen rechnen. Fachliche Hilfe für Menschen ab 65 gibt es etwa bei Türklinken, Steckdosen oder schwierig zu wechselnden Glühbirnen. Fällt eine Reparatur größer aus, gibt es Tipps für Materialeinkauf und beim Finden von Fachleuten. Die Stadt Elbing sucht einen Betreiber, der das Funktionieren ihres Systems für Fernbetreuung sicherstellt, das von 50 Senioren genutzt wird. Das System überwacht den Gesundheitszustand von alleinlebenden Menschen über 65. Diese tragen ein Armband mit einem SOS-Knopf, mit dem sie schnell Kontakt zu Arzt oder Rettungsdienst aufnehmen können. Der Betreiber, der per Ausschreibung gesucht wird, muss den Dienst rund um die Uhr sicherstellen, so das städtische Gesundheitsamt. U.H.

# Mehr Buslinien in Allenstein

Allenstein – Im Jahr 2023 werden im südlichen Ostpreußen neue Buslinien eingerichtet. Die Verbesserung des Busnetzes ermöglicht der Regierungsfonds für die Entwicklung des Busverkehrs, der den Ausbau lokaler Verbindungen zum Ziel hat, so der Woiwode von Ermland-Masuren, Artur Chojceki. Es gehe dabei in Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften um die Verbesserung der Erreichbarkeit größerer städtischer Zentren für die Einwohner auch kleinster Ortschaften, so der Woiwode. Im Kreis Elbing sind dafür umgerechnet gut 1,3 Millionen Euro für insgesamt 61 Buslinien vorgesehen, die von vier Betreibern angeboten werden. Dabei werden alle neun Gemeinden des Kreises erfasst. Die Zuzahlung aus dem Fonds beträgt maximal etwa 65 Cent für einen Buskilometer, die Gemeinden sind verpflichtet, mindestens zehn Prozent der Kosten aus eigenen Mitteln zu tragen. U.H.

# Verewigte Diskussion

Angerburg – Vor dem Museum für Volkskultur in Angerburg stehen seit dem 14. Dezember zwei eifrig diskutierende würdige Herren aus Bildhauerbeton, der mit Bronzefeilstaub bedeckt ist. Das Werk des Künstlers Piotr Bogdaszewski aus Rudzanny stellt den polnischen König Stanislaus I. Leszczyński und den Angerburger Pastor Georg Andreas Helwing dar, die häufig Dispute über naturwissenschaftliche Fragen führten, mit denen sich Helwing befasste. Laut Jerzy Łapo vom Angerburger Museum geht es dabei um ein Ereignis von 1717, als sie mit einem Hecht, der mit einer Messingschelle beringt wurde, testeten, ob Grundwasser zwischen dem Mauersee und dem Rehsauer See fließt. Auch dieser Hecht ist am Kunstwerk verewigt, das die Diskussion und die durchgeführte Probe aufs Exempel nun bildhaft festhält. U.H.





#### ZUM 100. GEBURTSTAG

**Mertsch, Hildegard**, geb. **Rugulis**, aus Schwentwokarren, Kreis Memel, am 10. Januar

#### ZUM 99. GEBURTSTAG

**Bartuleit, Ernst**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar  
**Brosowske, Erich**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Januar  
**Plaga, Gerhard**, aus Lyck, am 16. Januar

#### ZUM 98. GEBURTSTAG

**Altmeyer, Heinz**, aus Lyck, am 14. Januar  
**Friebe, Ilse**, geb. **Mehr**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Januar  
**Klietz, Margarete**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 19. Januar  
**Raupach, Elisabeth**, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 17. Januar

#### ZUM 97. GEBURTSTAG

**Dreipelcher, Dr. Horst**, aus Lyck, am 19. Januar  
**Rohde, Kurt**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 19. Januar  
**Trakowski, Gretchen**, geb. **Pape**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Januar

#### ZUM 96. GEBURTSTAG

**Bandilla, Rosemarie**, geb. **Rompel**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Gisewski, Werner**, aus Abrahamsheide, Kreis Mohrunen, am 16. Januar  
**Horn, Otto**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. Januar  
**Raphael, Betty**, geb. **Pollehn**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 15. Januar

#### ZUM 95. GEBURTSTAG

**Ehlers, Ingrid**, geb. **General**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 17. Januar  
**Gablowski, Ilse**, aus Zielkeim, Kreis Fischhausen, am 24. Januar  
**Lang, Waltraut**, geb. **Zahlmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 17. Januar  
**Pohl, Margarete**, geb. **Kalaszewski**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. Januar

#### ZUM 94. GEBURTSTAG

**Konstanty, Adalbert**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar  
**Kudczinski, Hansjürgen**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. Januar  
**Pelludat, Christel**, geb. **Kalex**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar  
**Pusch, Gerda**, geb. **Polenz**, aus Weischkitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

#### ZUM 93. GEBURTSTAG

**Albat, Heinz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Januar  
**Gayk, Marie**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 18. Januar  
**Gödecke, Gerda**, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 13. Januar  
**Kahl, Horst**, aus Ortelsburg, am 15. Januar  
**Kirner, Magdalene**, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Januar  
**Lausch, Erika**, geb. **Pukall**, aus Mohrunen, am 15. Januar  
**Martens, Gerda**, geb. **Herrmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Januar  
**Möller, Hannelore**, geb. **Serrek**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 14. Januar

**Schulz, Willy**, aus Wehlau, am 14. Januar  
**Strasdeit, Heinz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 17. Januar  
**Warda, Edith**, geb. **Diederich**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 21, am 19. Januar

#### ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bohne, Waltraut**, geb. **Piechotta**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Brockmann, Frieda**, geb. **Kargoll**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Danneberg, Erwin**, aus Koppelbude, Kreis Fischhausen, am 13. Januar  
**Hipel, Günter**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 18. Januar  
**Holz, Anni**, geb. **Wittenberg**, aus Sanglienen, Kreis Fischhausen, am 18. Januar  
**Kibbel, Waltraud**, geb. **Herrmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Januar  
**Koch, Erna**, geb. **Karohs**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 17. Januar  
**Loial, Alfred**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 14. Januar  
**Lopian, Alfred**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 14. Januar  
**Prigge, Maria**, geb. **Modregger**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 19. Januar  
**Rautenberg, Horst**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 15. Januar  
**Rinio, Horst**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 14. Januar  
**Rösler, Bruno**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Januar  
**Trimpop, Ruth**, geb. **Schwill**, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 19. Januar

#### ZUM 91. GEBURTSTAG

**Begett, Herbert**, aus Fischhausen, am 21. Januar  
**Berg, Gerhard**, aus Eisselbitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar  
**Henke, Eva-Maria**, geb. **Frohnert**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 13. Januar  
**Janz, Gerhard**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 16. Januar  
**Kiko, Ursula**, geb. **Wehmeier**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Lork, Max**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Januar

**Meier, Ruth**, geb. **Neumann**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 13. Januar

**Müller, Ingeborg**, geb. **Scheffler**, aus Wehlau, am 17. Januar  
**Reichardt, Irmgard**, geb. **Rogait**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 17. Januar  
**Rohrmoser, Ingrid**, geb. **Bernard**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Januar  
**Sandau, Reinhard**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 19. Januar  
**Scharmberg, Käthe**, geb. **Lappe**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Januar  
**Schmidt, Erika**, geb. **Schrödter**, aus Schwenkendorf, Kreis Mohrunen, am 13. Januar  
**Schnieder, Gerda**, geb. **Scheffler**, aus Buchwalde, Kreis Mohrunen, am 15. Januar  
**Tenzler, Inge**, geb. **Radek**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 18. Januar  
**Wickert, Renate**, geb. **Buchholz**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 17. Januar  
**Wiemann, Elfriede**, aus Neidenburg, am 18. Januar

#### ZUM 90. GEBURTSTAG

**Breuhammer, Margarete**, geb. **Lange**, aus Wehlau, am 19. Januar  
**Cordes, Irmgard**, geb. **Kohn**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 18. Januar  
**Genz, Rosalie**, geb. **Zelinski**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 17. Januar  
**Hegemann, Klara**, geb. **Geiser**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 18. Januar  
**Keesen, Hannelore**, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar  
**Jüngling, Hans-Joachim**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Januar  
**Scherello, Gustav**, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. Januar  
**Sobottka, Horst**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 17. Januar  
**Zimmer, Johann**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Januar

#### ZUM 85. GEBURTSTAG

**Bartz, Gisela**, geb. **Baltrusch**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 18. Januar  
**Behi, Helga**, geb. **Augustin**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 16. Januar  
**Behrendt, Hartmut**, aus Lyck, am 19. Januar  
**Burgschat, Arno**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Januar  
**Dittmann, Helga**, geb. **Fehr**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 17. Januar  
**Dombrowski, Werner**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 19. Januar

### Ostpreussisches Landesmuseum



**Romantische Augen-Blicke**, Führung und Präsentation im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Gisela Aye und Eike Eckert, Dienstag, 17. Januar, 14.30 Uhr, Museumseintritt zusätzlich 3,- Euro, inklusive Tee, Kaffee und Gebäck, Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de

Die noch bis Ende Januar laufende Kabinettsausstellung „Romantische Augen-Blicke“ bietet eine feine und seltene Präsentation deutschbaltischer Kunst des 19. Jahrhunderts. Sie erfahren etwas über die biographischen Gemeinsamkeiten der Künstler und Künstlerinnen, wie ihre Ausbildungsstätten im Rus-

sischen Reich, aber auch ihre Auslandsreisen nach Italien oder ihre späteren Lehrtätigkeiten im europäischen Ausland. In der anschließenden Präsentation werden die Zusammenhänge sichtbar gemacht, besonders die russischen Bezüge nach St. Petersburg und Moskau, aber auch die zu Kunstzentren in Deutschland wie Berlin, Dresden, München und darüber hinaus nach Paris und Rom.

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de, Öffnungszeiten bis 31. März: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 17 Uhr.

**Gorke, Josef**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 14. Januar  
**Kaleschke, Siegbert**, aus Lyck, am 14. Januar

**Kattenberg, Dietmar**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 18. Januar

**Kollien, Brigitte**, geb. **Anders**, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 15. Januar

**Kossmann, Käthe**, geb. **Marquardt**, aus Schwaldendorf, Kreis Mohrunen, am 18. Januar

**Kremer, Botho**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 14. Januar

**Krüger, Erich**, aus Lyck, am 19. Januar

**Lange, Waltraut**, geb. **Pohle**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 16. Januar

**Lubinus, Edeltraut**, geb. **Niewiesk**, aus Schuttaschen, Kreis Neidenburg, am 16. Januar

**Marks, Siegbert**, aus Weissensee, Kreis Wehlau, am 17. Januar

**Mlinarzyk, Ernst**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Januar

**Nickel, Alfred**, aus Lyck, am 15. Januar

**Philippowski, Hildegard**, geb. **Rohde**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. Januar

**Quäck, Dr. Joachim**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 17. Januar

**Sander, Brunhilde**, geb. **Grönert**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. Januar

**Schmiedel, Gerda**, geb. **Widder**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 18. Januar

**Schwenck, Christel**, geb. **Zabinski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 16. Januar

**Wagner, Waltraut**, geb. **Lohrer**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 16. Januar

#### ZUM 80. GEBURTSTAG

**Barsuhn, Werner**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 18. Januar

**Chmielewski, Hans Joachim**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 17. Januar

**Krause, Margita**, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

**Lohmann, Christel**, geb. **Krafzel**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 17. Januar

**Lojewski, Oskar**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar

**Merkel, Britta**, geb. **Kowalick**, aus Lyck, Steinstraße 17, am 17. Januar

**Pestkowski, Dieter**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 13. Januar

**Pienkos, Klaus-Dieter**, aus Hamedrudau, Kreis Ortelsburg, am 16. Januar

**Posdziech, Christel**, geb. **Brzezinski**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar

**Stolzenwald, Sigrid**, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Januar

**Strobel, Gerda**, geb. **Kurlig**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar

**Symelka, Heinz**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar

#### ZUM 75. GEBURTSTAG

**Nagel, Christine**, aus Springborn Försterei, Kreis Neidenburg, am 19. Januar

**Padlat, Doris**, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 14. Januar

**Wolf, Gerhard**, aus Lewitten, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Januar

#### Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

#### Zusendungen für die Ausgabe 3/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 4/2023 (Erstverkaufstag 27. Januar) bis spätestens **Dienstag, den 17. Januar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

#### Glückwünsche an:

Angela Selke  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: selke@paz.de

#### Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreussischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer  
 Dr. Sebastian Husen  
 Buchtstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

#### Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

18. und 19. März: **Arbeitstagsung der Kreisvertreter** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

15. und 16. April: **Arbeitstagsung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt

24. Juni: **Ostpreussisches Sommerfest** in Wuttrienen

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt

7. Oktober: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Rostock

9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitiker Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

10. November: **Arbeitstagsung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

11. und 12. November: **Ost-**

**preussische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



**Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.**



**Bremen**  
**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann,  
**Geschäftsstelle:** Parkstraße 4,  
 28209 Bremen, Telefon (0421)  
 3469718

**Zusammenschluss**  
**Bremerhaven** – Die Pommersche Landsmannschaft in Bremerhaven beschloss auf ihrer Jahreshauptversammlung am 19. Oktober 2022 einstimmig den Zusammenschluss mit der Landsmannschaft Ost- / Westpreußen und Heimatkreis Elbing, ebenfalls in Bremerhaven, zum Jahresende, über den schon seit Längerem zwischen beiden Landsmannschaften gesprochen worden war. Man hat vereinbart, die neue Gruppe Landsmannschaft Ost- / Westpreußen, Pommern und Heimatkreis Elbing zu nennen.

Organisatorische Einzelheiten werden Anfang des kommenden Jahres besprochen und geklärt.

Die Fusion ist erforderlich geworden, weil die Pommern altersbedingt nur noch eine geringe Anzahl an Mitgliedern haben, die zudem noch teilweise in Seniorenheimen leben oder krankheitsbedingt nicht an den eigenen Veranstaltungen teilnehmen können.

Barbara Sandmann  
 Vorsitzende PL Bremerhaven



**Nordrhein-Westfalen**  
**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

**Ostpreußenrunde**  
**Wuppertal** - Sonnabend, 21. Januar, 14 Uhr, Kolkmannhaus, Hofaue 51, Wuppertal-Elberfeld: Ostpreußenrunde. Kommen Sie zu einer geselligen Runde, bei Kaffee und Kuchen. Gäste sind stets willkommen.



**Schleswig-Holstein**  
**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Preußentag**  
**Landesgruppe** – Sonntag, 15. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat, Wilhelminenstraße 47-49, 24103 Kiel: Preußentag mit folgendem Programm: 1. Begrüßung durch Edmund Ferner; 2. Mitteilungen durch Dieter Wenskat über die Ostpreußische Landesvertretung 2022 in Wuppertal und zum Stand der Landsmannschaft; 3. Vortrag von Anemete von Vogel „Aus dem Leben von Agnes Miegel“ sowie Lesung aus einem ihrer Werke; 4. Zwischendurch etwas Heiteres zum Schmunzeln von Jochen Gawehns; 5. Mittagspause; 6. Vortrag von Christoph Jahn „Unter dem Sand des Samlands: Archäologische Forschung in Ostpreußen“; 7. Verschiedenes; 8. Kaffeepause; 9. Ausklang.

Hans-A. Eckloff



**Fischhausen**  
**Kreisvertreter:** Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby.  
**Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heiderun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahltkamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

**Kalender**  
**Pinneberg** – Der Kalender „Unser schönes Samland“ für 2023 bietet gegen eine Spende von zwölf Euro interessante Motive von der Heimat. Bestellung an die Geschäftsstelle, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de.

ANZEIGE

**Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln**

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

**Wirken Sie mit an der Stiftung.**

Films Fugger Privatbank  
 IBAN: DE50 7203 0004 1001 8349 83  
 BIC: FUBKDE33

**»Zukunft für Ostpreußen!«**

**Kahlberger Winterbrief von Kate Stellmacher**

Die **Arbeitsbriefe** der Landsmannschaft Ostpreußen enthalten große Schätze. Hier ein gekürzter Auszug aus „Frisches Haff – Frische Nehrung“:

Links von Tolkemit erhoben sich unsere beiden Geheimräte – die Pappeln – noch ein wenig schlanker und steifer als zur Sommerzeit. Alle bunten Farben sind ausgelöscht im Uferkranz. Nur schwarz und dunkelgrün, bläulicher Schimmer und braun und weiß. Doch welch ein Leben in Licht und Schatten! Wie die Fülle in einer Klingerschen Radierung.

Im Haffen die Schiffe, Mast an Mast, Kiel neben Kiel; scharf in den Vordergrund gezeichnet. Dunkles Riesenspielzeug vor den weißen Hügeln ...

Nun sind wir am Land. Nein, dicht davor erst an der Mole. Die Luft am südlichen

Haffrande weht weicher, milder, um ein paar Grade stets, als die am nördlichen, dem Kahlberger. Denn dort am Kahlberger Rande hindert die Düne das Vordringen der lauen Meeresluft von Norden. Dagegen hat der kalte Landwind, der im

Winter von Süden am schärfsten über die Eisfläche streicht, freies Spiel bis zur Nehrung. Hier – in Tolkemit – schützt der Höhenzug; und über den Nehrungsstreifen hinweg kommt von Norden die eigenartig milde Welle des Meeresatems

bis zum Fuß der baltischen Hügel.

Jetzt beklopfte der Petermann das Eis über dem Reiß und rund herum mit Sorgfalt und Sachverständnis. Man kann sich auf ihn verlassen. Wenn er überfährt und sich über die Spalte wagt – er und sein Pferd, das ebenso verständnisvolle Eis-Pferd – dann kann man sicher mit ihnen fahren und mit ihnen es wagen. Dann geschieht uns allen nichts. Eine eigene Sache bleibt es mit den Segelschritten seiner Konkurrenz. Wundervoll ist es, mit ihnen zu fliegen; und treffen kann man eine prachtvolle Zehnminutenüberfahrt wie einen Hauptgewinn in der Lotterie. Aber der Wind und der Schnee und die Eisbarrikaden spielen mit; spielen wie sie wollen. Es bleibt immer ein Zufallssport, wenn auch ein frischer und prächtiger.



Eissegler: Tolkemiter Berufsegelschlitten auf dem Kurischen Haff

FOTO: OSTPREUSSISCHES BILDARCHIV

ANZEIGE

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Bank: \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
 Preußische Allgemeine Zeitung  
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



**Abonnieren Sie die PAZ**  
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Unser ostpreußisches Schlemmerpaket**



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



BUCHKRITIK

In zweiter Auflage

Grundlagenwerk über den Lastenausgleich

VON KONRAD BADENHEUER

Die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat ist nicht vorstellbar ohne den Lastenausgleich. In einem großen Gesetzespaket wurde damit ab 1950 versucht, die sozialen Folgen von Vertreibung und Bombenkrieg, aber auch von Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ/DDR) und sogar von Härten der Währungsreform von 1948 zu mildern. Gemessen an seinem Volumen und seiner Bedeutung für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte war die wissenschaftliche Erforschung des Lastenausgleichs lange ausgesprochen dürftig. Erst mit dem Grundlagenwerk von Manfred Kittel „Stiefkinder des Wirtschaftswunders?“ Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975)“ im Jahre 2020 hat sich das entscheidend geändert. Die Preußische Allgemeine Zeitung hat dieses 671-seitige Werk bei seinem Erscheinen auf einer ganzen Seite 3 gewürdigt.

Der Autor war Gründungsdirektor der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

In der Tat konnte der Regensburger Historiker in diesem imposanten Buch einige alte Vorurteile über den Lastenausgleich ausräumen, beginnend bei der schlichten Höhe der Entschädigung: Nur kleinste Immobilien bis zu 4800 Reichsmark wurden annähernd zum realen Wert entschädigt, bei mittleren und größeren Verlusten sank der Entschädigungssatz rapide auf am Ende nur noch 6,5 Prozent – und zwar wohlgernekt vom Einheitswert vor

dem Krieg. Gemessen am Verkehrswert lag die Kompensation dann bei vielleicht noch drei oder vier Prozent. Angesichts der enormen Wohlstandsgewinne in der Zeit des Wirtschaftswunders der 1950er und 1960er Jahre ist das derart wenig, dass schon gefragt werden muss, warum eine Wählergruppe von rund 20 Prozent der Bevölkerung nicht bedeutend mehr durchsetzen konnte. Mit dem entsprechenden politischen Willen wäre es machbar gewesen, wie Kittel treffend am Beispiel der Karelier, ein finno-ugrisches Volk, zeigt.

Diese haben nach ihrer endgültigen, zweiten Vertreibung im Jahre 1943 eben nicht nur soziale Zuwendungen erhalten, sondern einen echten Eigentumsausgleich, bei dem am Ende Einheimische und Vertriebene materiell fast gleichgestellt waren. Warum Ähnliches in Deutschland nicht annähernd gelungen ist, kann man in Kittels Buch kopfschüttelnd nachlesen. Das Werk ist nun in zweiter Auflage erschienen. Das ist bei solchen Büchern eine Seltenheit, vor allem wenn sie 68 Euro kosten, wie es hier der Fall war. Die Neuauflage kostet erfreulicherweise weniger.

Manfred Kittel: „Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975), 2. Auflage“, Droste Verlag, Düsseldorf 2022, klebegebundene Broschur, 372 Seiten, 39,80 Euro



Dittchenbühne

Dittchenbühne lädt zum „Finnischen Abend“, am Donnerstag, 19. Januar, findet ab 19 Uhr der traditionelle „Finnische Abend“ des Elmschorners „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ statt.

Auf dem Programm steht in diesem Jahr im Saal der Dittchenbühne ein interessanter Vortrag über ein geschichtlich-sprachliches Phänomen: „Finns go America: Wie Finnisch im 19. und 20. Jahrhundert auf Englisch traf“. Die Referentin ist Johanna Hansen, Lektorin für finnische Sprache

und Kultur am Institut für Finnougristik/Uralistik der Universität Hamburg. Die Küche der Dittchenbühne sorgt für einen finnischen Imbiss und wünscht „Hyvää ruokahalua!“ – also „Guten Appetit!“.

Tickets und weitere Informationen unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de oder Telefon (04121) 89710.

Forum Baltikum – Dittchenbühne – Hermann-Sudermann-Allee 50 – 25335 Elmshorn www.dittchenbuehne.de



Weht an der Dittchenbühne: Finnische Fahne

Oberschlesisches Landesmuseum

Programm – Künstlerführung mit Bernard Langerock durch die Sonderausstellung „Arbeitersiedlungen entlang der Seidenstraße“, 15. Januar, 15 Uhr, Autorinlesung von und mit Karolina Kuszyk, 20. Januar, 18.30 Uhr, Mitmach-Workshops: Zuckermalerei, 21. Januar, 14 Uhr, und Handlettering, 19. März, 15 Uhr, eine Matinée zu Ehren der deutschen Komponistin Felicitas Kukuck in Kooperation mit dem Ratinger Kammerchor, 22. Januar, 11 Uhr, die Vernissage der Einzelausstellung mit Acrylmalerei von Mauga Houba-Hausherr, 29. Januar, 14 Uhr, Führungen in deutscher und polnischer Sprache anlässlich des Internationalen Tages der Muttersprache, 21. Februar, 16 Uhr, Vortrag des Friedens- und Konfliktforschers Thorsten Gromes zu Friedensstrategien für ethno-nationalistische Konflikte, 26. Februar, 15 Uhr, sowie öffentliche Kuratorführungen durch „Grenzgänger. Alltag in einem geteilten Land“ in Zusammenarbeit mit der VHS Ratingen. Das erste Quartal 2023 endet mit der Eröffnung der Wanderausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland unter dem Titel „Deutsche aus Russland – Gestern und Heute“, die sich mit dem Schicksalsweg, der Geschichte und den Kriegsfolgen der Russlanddeutschen befasst. Oberschlesisches Landesmuseum Bahnhofstraße 62 40883 Ratingen (Hösel)

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

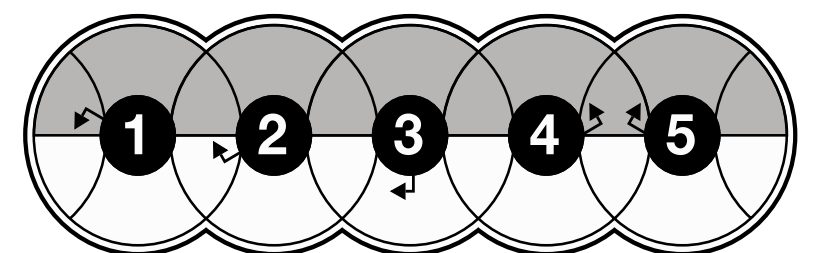
Diagonalrätsel

6x6 grid for a diagonal puzzle with numbers 1-6.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen einen Stelzvogel und seinen Namen in der Fabel. 1 Staat im südlichen Afrika 2 Musik: Übungsstück (französisch) 3 eine Zahl 4 Hafenstadt in Libyen 5 vereister Schnee 6 Glückstaumel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Heißgetränk. 1 früher: Seeräuber, Pirat, 2 Gebäudestütze, 3 unter Wasser setzen, 4 leichter Pferdezaum, 5 Jugendliche bzw. Jugendlicher (englisch; ugs.)





ADALBERT BEZZENBERGER

# Ein Leben zwischen Sprachwissenschaft und Archäologie

Über die internationale Tagung zum 100. Todestag des Wahlkönigsbergers

VON HEIDE EILBRACHT UND  
CHRISTIANE SCHILLER

Zu den herausragenden historischen Persönlichkeiten in Ostpreußen gehört ohne Zweifel Professor Adalbert Bezzenberger – Sprachwissenschaftler, Archäologe, Universitätsgelehrter und Rektor der Albertina. 1851 in Hessen geboren, kam er mit knapp 30 Jahren im Frühjahr 1880 nach Königsberg. Die Stadt wurde seine neue Heimat. Bezzenberger blieb ihr bis zu seinem Tod am 31. Oktober 1922 verbunden. Zur 100. Wiederkehr des Todestages hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* bereits einen Artikel veröffentlicht, in dem die Königsberger Stationen und die Lebensleistungen Bezzenbergers ausführlich dargestellt werden (PAZ Nr. 43 vom 28. Oktober 2022: Adalbert Bezzenberger. Der Begründer der baltischen Philologie. Von Evgeni Dvoretzky und Nikolaj Tschekurkin).

Auch die akademische Fachwelt hat sich diesem Jubiläum angenommen. Vom 11. bis zum 13. Oktober fand in Berlin eine internationale Tagung zu Ehren Bezzenbergers statt. Unter dem Titel „Inter disciplinas. Der Archäologe und Sprachwissenschaftler Adalbert Bezzenberger (1851-1922)“ kamen mehr als 50 Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland, den Republiken Litauen, Polen, Lettland und anderen Ländern zusammen, um in Vorträgen und Diskussionen dem Lebensweg und den beiden großen wissenschaftlichen Leidenschaften des Jubilars nachzugehen. Bewusst griff die Gestaltung der Tagung dieses sehr besondere Vermächtnis Bezzenbergers auf, das schon den Zeitgenossen eine eindrucksvolle Würdigung wert war: „Nicht häufig ist es, daß an dem Grabhügel, der die irdischen Reste eines bedeutenden Gelehrten schirmt, zwei wissenschaftliche Disziplinen, die wohl in den letzten Endzielen einig, doch in ihrer Arbeitsweise weit auseinandergehen, sich in gemeinsamer stolzer Trauer vereinigen (...). Es war das erste Mal und wird, soweit



Schon Zeitgenossen würdigten den Wissenschaftler vieler Disziplinen: Adalbert Bezzenberger (1851-1922)

wir vorausblicken können, wohl das letzte Mal gewesen sein, daß ein Sprachwissenschaftler, der eine führende Stellung in seinem Fache einnahm, auch in der Vorgeschichte sich einen so klangvollen Namen erwarb, daß diese ihn uneingeschränkt als einen der Ihrigen anerkannte und sein Dahinscheiden als einen herben Verlust beklagt.“ So schreiben es Trautmann und Ebert in der „Zeitschrift für vergleichende Sprachforschung auf dem Gebiet der Indogermanischen Sprachen“ aus dem Jahr 1923.

## Baltistik als Wissenschaft

Bevor Bezzenberger auf die Professur für Sanskrit an der Albertina in Königsberg berufen wurde, hatte er sich bereits durch seine Studien zum Altpreußischen, Litauischen und Lettischen einen Namen gemacht. Diese Studien zu den baltischen Sprachen und insbesondere die von politischer Seite gewünschte Kenntnis des Litauischen gaben schließlich den Ausschlag für die Berufung des damals 29-Jährigen. Von Königsberg aus setzte er seine Sprachstudien fort. Er bereiste den nördlichen

Landstrich Ostpreußens, wo das preußische Litauisch noch lebendig war, verbrachte den Sommer 1883 in damals zu Russland gehörenden lettischsprachigen Gouvernements Livland und Kurland, um sich schließlich intensiv mit dem Nehrungskurischen, einer auf der Kurischen Nehrung gesprochenen dem Lettischen eng verwandten Sprache zu beschäftigen. Die Ergebnisse dieser Forschungsreisen hat er in seinen Schriften „Litauische Forschungen“ (1882), „Lettische Dialektstudien“ (1885) sowie „Über die Sprache der preußischen Letten“ (1888) festgehalten. Bezzenberger, der als Begründer der Baltistik als wissenschaftlicher Disziplin gilt, hat damit grundlegende Werke für sein Fach geschaffen, aus denen auch heute noch häufig zitiert wird. Auf der Tagung setzten sich neun Sprachwissenschaftler, darunter sowohl Baltistinnen als auch auf dem Gebiet der Baltistik arbeitende Indogermanisten, in ihren Vorträgen mit diesem, thematisch breit gefächerten wissenschaftlichen Erbe Bezzenbergers auseinander.

Von archäologischer Seite wurden in ebenfalls neun Vorträgen die vielfältigen, bis heute bedeutsamen fachlichen Leistungen Bezzenbergers dargestellt. Ende des 19. Jahrhunderts war die Prähistorie noch eine sehr junge Disziplin und Bezzenberger an vielen Stellen ein Pionier für das Fach. So vertrat er die damals schon moderne Ansicht, dass die Durchführung von Ausgrabungen, die „Arbeit mit dem Spaten“, angesichts drohender Zerstörungen der reichen vorgeschichtlichen Fundplätze überaus wichtig sei: Eine Vernachlässigung einer Bodenuntersuchung ist nie wieder gut zu machen, lautete die Maxime Bezzenbergers. Entsprechend umfangreich ist die Liste der archäologischen Fundplätze, die er seit 1887 in ganz Ostpreußen durchführte. Auch in methodischer Hinsicht betrat Bezzenberger wenig bekanntes Neuland, indem er die große Bedeutung chemischer Untersuchungen für die Erforschung archäologischer Funde aus Metall erkannte und förderte. Seine

1904 erschienene Publikation zu den „Analysen vorgeschichtlicher Bronzen Ostpreußens“ ist ein bis heute relevantes Zeugnis dieser Aktivitäten. Und trotz aller Leidenschaft für die archäologische Forschung entzog er sich auch den damit verbundenen Pflichten nicht. 1891 übernahm er von seinem unerwartet verstorbenen Vorgänger Georg Bujack das Amt des Vorsitzenden der Altertumsgesellschaft Prussia und damit der Leitung des Prussia-Museums. Beide Aufgaben hat er über ein Vierteljahrhundert sehr erfolgreich ausgefüllt, bis 1916, wenige Jahre vor seinem Tod.

## Altertumsgesellschaft Prussia

Die Tagung wurde von der „Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz“ in den Räumen der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin durchgeführt. Als eine der großen deutschen Wissenschaftseinrichtungen befasst sich die Mainzer Akademie in ihren Projekten unter anderem mit der Archäologie in Ostpreußen beziehungsweise mit der Namens- und Sprachforschung. In Kooperation mit der heutigen PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte, Archäologie und Landeskunde Ost- und Westpreußens e.V. bot die Veranstaltung der Mainzer Akademie damit den geeigneten Rahmen für die gemeinsame Würdigung des Sprachwissenschaftlers und Archäologen Adalbert Bezzenberger. Die hohe Wertschätzung, die der Ostpreuße Bezzenberger bis heute in der Region genießt, wurde durch die feierliche Eröffnung der Tagung in den Räumen der Litauischen Botschaft und die Grußworte des Botschafters unterstrichen.

● **Dr. Heidemarie Eilbracht** und **PD Dr. Christiane Schiller** waren die Initiatorinnen und Organisatorinnen der Tagung. Schiller ist Gastdozentin für Litauische Sprache an der Humboldt-Universität zu Berlin, Eilbracht ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Museum für Vor- und Frühgeschichte.

## IM INTERNET

# Die Erste Teilung Polens

Der YouTube-Kanal des Kulturforums zeigt die Veranstaltung vom 1. November zum Niedergang einer europäischen Großmacht

Mit der Vereinigung Polens und Litauens zu einem gemeinsamen Staatswesen entstand 1569 eine der bedeutendsten politischen Mächte und einer der größten Territorialstaaten Europas, dessen beide Teile schon seit dem 14. Jahrhundert durch eine Personalunion miteinander verbunden waren. Die Grenzen der in der Union von Lublin proklamierten Adelsrepublik, der Rzeczpospolita, reichten zeitweise von Danzig bis zur Krim und vom heutigen Estland bis in die heutige Slowakei. Der polnisch-litauische Zusammenschluss sollte beide Länder innen- und außenpolitisch stärken. Doch zahlreiche Kriege, innenpolitische Konflikte und wirtschaftliche Krisen führten in den folgenden zwei Jahrhunderten zu einer massiven inneren Schwächung und in der Folge zu einem Bedeutungsverlust des Doppelstaates auf der internationalen Bühne sowie zu einer fatalen Annäherung seiner Kontrahenten.

Im Jahr 1772 annektierten Preußen, Russland und Österreich große Teile des polnischen Territoriums, Gebiete im Süden, Osten und Westen, auf die sie teilweise seit Langem begehrt hatten. In Folge der Zweiten und schließlich der Dritten Teilung ver-

schwand Polen als selbstständiger Staat für 123 Jahre komplett von der europäischen Landkarte. Der Verlust eigener Staatlichkeit und der Zwang zur Unterordnung unter fremde Herrschaft waren für die polnisch-litauischen Eliten ein Trauma, das die Nationen für das gesamte 19. Jahrhundert prägen sollte. Bis heute sind die Teilungen wie der Unabhängigkeitskampf fester Bestandteil der polnischen Erinnerungskultur und prägen das Verhältnis Polens zu seinen Nachbarn.

Die Veranstaltung vom 1. November ist auf dem YouTube-Kanal des Deutschen Kulturforums östliches Europa (DKF) zu sehen mit folgendem Programm:

Nach den Grußworten von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Christoph Marksches, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin (Videobotschaft), und Dr. Harald Roth, Direktor des Deutschen Kulturforums östliches Europa, Potsdam, werden Inputs gegeben. PD Dr. Agnieszka Pufelska, Historikerin, Nordost-Institut an der Universität Hamburg, Lüneburg, setzt einen Input zum Thema „Die drei schwarzen Adler und die Erste Teilung Polens von 1772“, „Die zerrissene Nation. Konsequenzen der Teilungen für Polen und Deutschland



Titelbild der Veranstaltung: Ausschnitt aus John Lodges „The Polish Plumb-Cake“ aus dem Jahr 1774 Foto: Library of Congress/Wikimedia Commons, Grafik: DKF, Anna Dejewska-Herzberg/Saskia Aberle

bis in die Gegenwart“ lautet der Inputtitel von Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Darmstadt. Adam Krzemiński, Journalist und Publizist, Warschau, betitelt seinen Input mit „1772–2022: Imperium oder Res publica?“ Es schließt sich eine Podiumsd-

diskussion an, die von Prof. Dr. Felix Ackermann, Fernuniversität Hagen, moderiert wird.

Der Themenabend fand als Kooperation zwischen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, dem Bundesinstitut für Kultur und Geschichte

der Deutschen im östlichen Europa, dem Deutschen Polen-Institut und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften statt und ist unter Internet: [www.youtube.com/@deutscheskulturforumostlic2331](http://www.youtube.com/@deutscheskulturforumostlic2331) anzusehen. DKF



## MASSAKER AN DEUTSCHEN

## Eindrucksvolles Werk mit zwei Lücken

Der Historiker Andreas Kalckhoff dokumentiert die Verbrechen in Saaz und Postelberg nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

VON KONRAD BADENHEUER

Anfang Juni 1945 wurden in den westböhmisches Städten Saaz und Postelberg in nur drei Tagen etwa 800 Deutsche ermordet. Damit gehören diese Massenerschießungen zu den schlimmsten Verbrechen bei der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie zählen gleichzeitig auch zu den am besten dokumentierten dieser Verbrechen, denn schon im Jahre 1947 hat die noch nicht völlig kommunistisch beherrschte Tschechoslowakei eine Serie von Vernehmungen durchführen lassen, um diese Verbrechen aufzuklären. Außerdem wurden die Toten exhumiert und eingäschert, was ebenfalls genau dokumentiert wurde. Die damaligen Ermittlungen haben zwar keinen Täter hinter Gitter gebracht, jedoch ist das Geschehen genau nachvollziehbar. Man kennt die Schuldigen mit Namen und kann sogar ansatzweise die „Befehlsketten“ bis hinauf in die verantwortlichen Ministerien in Prag nachvollziehen.

Das Verdienst, diese Verbrechen erstmals akribisch dokumentiert zu haben, gebührt einigen der vertriebenen Saazern und Postelbergern selbst. Im Jahre 1995 haben sie zum 50. Jahrestag der Ereignisse als „Sonderausgabe des Heimatbriefs Saazerland“ eine von Erich Hentschel zusammengestellte Dokumentation vorgelegt, die zu den exaktesten gehört, die bis heute über ein Vertreibungsverbrechen vorgelegt worden sind. Freilich konnten die tschechischen Quellen zu diesem Zeitpunkt erst ansatzweise ausgewertet werden.

Diese Lücke wurde nun geschlossen von dem umfangreichen, komplett zweisprachigen Werk des Historikers Andreas Kalckhoff „Was geschah in Saaz und Postelberg im Juni 1945“. Das Buch lässt auf 530 großformatigen Seiten nun so gut wie keine Frage mehr offen: Nicht nur zum damaligen Geschehen, sondern auch zum späteren Umgang auf allen Seiten mit den



Ein Ort des Schreckens: Kaserne von Postelberg

Foto: Lysippos

Ereignissen – von den Überlebenden, die an den schockierenden Erfahrungen für den Rest ihres Lebens zu tragen hatten und haben, über die heutigen, tschechischen Bewohner von Saaz und Postelberg bis hin zu den Regierungen in Prag und Bonn respektive Berlin. Das Buch ist lesenswert und verdienstvoll, auch wenn der Erkenntnisgewinn gegenüber der Dokumentation von 1995 gemessen am enormen Aufwand dann doch überschaubar ist. Schon damals waren die Haupttäter namentlich bekannt; nun werden viele Randfiguren zusätzlich benannt und die Grade der jeweiligen Mitverantwortung sind noch klarer.

Zwei kritische Anmerkungen seien erlaubt. Das Eine ist der Hinweis auf eine Lücke. Die Massaker in den Tagen ab dem 2. Juni 1945 haben nämlich – höchstwahrscheinlich – den Anlass gegeben zu einem Tagebucheintrag Ernst Jüngers, der am 11. Juni notiert hat: „Am Abend meldete der [britische] Rundfunk, daß die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus dem Sudetenland im vollen Gange ist. Darunter sind ohne Zweifel Millionen Unschuldige,

denen eines Tages ein Kläger erwachsen wird. Es gehörte bereits zu den Mißgriffen des Versailler Diktats, sie unter Fremdherrschaft zu stellen; jetzt sollen sie dafür büßen, daß sich das als unsinnig erwies. Unschuldig zahlen sie auch dafür, daß ein schlechter Anwalt sich ihrer gerechten Sache bemächtigte. Das weiß jeder, der diese Menschen kennt und die Art, in der sie unterdrückt wurden. Man hört auch hier von grauenhaften Ausmordungen. Flüchtlinge erzählen Einzelheiten, die alles unterbieten, was ich in unserer an solchen Schrecken doch überreichen Zeit seit 1917 vernommen habe, und die ich dem Papier nicht anvertraue, ja löschen möchte aus meinem Innersten. Ich nehme an, daß die große Mehrzahl der Tschechen sie mit ohnmächtigem Grauen betrachtet hat. Man weiß ja, eine wie kleine Schicht von Tätern in labilen Lagen zur Veranstaltung bestialischer Schauspiele genügt. Die Nachricht kam durch den Londoner Sender, dessen Empörung über die bei uns zulande begangenen Greuel ich während der letzten Jahre oftmals billigte. Was soll man

aber von dem Behagen denken, das offenkundig über der Mitteilung dieser neuen Scheußlichkeiten waltete? Während die Stimme des feisten Frühstückers mir das Herz umdrehte, sah ich das namenlose Elend auf den Grenzstraßen. Ich möchte wohl wissen, was Männer, die ich achte, darüber denken, wie etwa Gide. Einäugige Humanität ist widriger als Barbarei. ...“ Eine Neuauflage dieses Buches könnte der Frage nachgehen, ob die „grauenhaften Ausmordungen“, denen Jünger hier ein literarisches Denkmal gesetzt hat, konkret die Massaker von Saaz und Postelberg waren. Die entsprechenden Berichte des „Londoner Senders“ – ist die BBC gemeint? – sollten sich finden und auf diese Frage hin untersuchen lassen. Und wer war der „feiste Frühstück“, dessen Behagen Jünger hier aufs Korn genommen hat?

Der andere Hinweis ist, dass die kurze Einschätzung eines Völkerrechtlers das Buch sehr bereichert hätte. Er könnte erklären, warum die dokumentierten Vorgänge mit Sicherheit den Tatbestand eines internationalen Verbrechens und zugleich

eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit („crime against mankind“) erfüllen.

Diese sind mitsamt den dabei verübten Enteignungen und anderen, sonst der Verjährung unterliegenden Rechtsbrüchen, unverjährbar. Ein Völkerrechtler könnte ferner darlegen, unter welcher – nach Ansicht des Rezensenten erfüllten – weiteren Voraussetzung diese Vorgänge als Völkermord zu qualifizieren sind. Dass dieses Wissen dem Autor fehlt, belegt sein Vorwort. Darin spielt er Wahrheit und Gerechtigkeit gegeneinander aus, indem er bedauert, dass so wörtlich „die in der ‚Landsmannschaft‘ organisierten Sudetendeutschen ihre Klage als Anklage vorgebracht haben. Sie haben sich nicht begnügt, ihr Schicksal zu beklagen, wozu sie alles Recht hatten. Sie wollten ... den tschechischen Staat ... zur Rechenschaft ziehen.“

Da fragt man sich zum Einen, warum hier das Wort „Landsmannschaft“ in Anführungszeichen steht, und zum Anderen, wie viele Jahre nach Ansicht des Autors ins Land gehen müssen, bis auch die dieser Tage geflohenen Ukrainer zwar noch „alles Recht“ haben werden, ihr Schicksal zu beklagen, aber doch bitte davon Abstand nehmen mögen, den russischen Staat „zur Rechenschaft ziehen“ zu wollen. Konkret moniert Kalckhoff das Wort „Völkermord“ in der Argumentation mancher Saazer und merkt an: „Historiker hüben und drüben sehen das mehrheitlich anders.“

Das tun sie in der Tat, aber was hier als herbe Belehrung der Opfer daherkommt, ist doch nur das unfreiwillige Eingeständnis einer Informationslücke, die in einer Folgeauflage dieses Buches geschlossen werden sollte.



**Andreas Kalckhoff:** „Was geschah in Saaz und Postelberg im Juni 1945“, Verlag Tschirner & Kosová, Leipzig 2022, gebunden, 530 Seiten, 49,80 Euro

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Ein Vordenker, der auch mit 85 Jahren noch lenkt

Der erfolgreiche Diplomingenieur Josef Gonschior zog die Deutsche Minderheit der reinen Wissenschaft vor

Die neuste Ausgabe der kulturhistorischen Hefte des Eichendorff-Begegnungszentrums im oberschlesischen Lubowitz [Lubowice], „Śląsk w Europie. Schlesien in Europa. Slezsko v Evropě“, ist Josef Gonschior zu seinem 85. Geburtstag gewidmet.

Oberschlesien hat dem Ratiborer Aktivisten der deutschen Volksgruppe und langjährigem Geschäftsführer der Organisation der Deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Schlesien viel zu verdanken. Ohne Gonschior gäbe es in Ratibor, dem Sitz der Deutschen der Woiwodschaft Schlesien, keine deutschsprachige Radiosendung, keinen deutschen Klassenzug im Lyzeum, kein deutsches Lehrerkolleg, keinen Begegnungsort und keine deutschen Gottesdienste in der Diözese Gleiwitz.

Ihm war von Anfang an bewusst, dass mit Deutschkursen allein die seit Kriegsende aus der Öffentlichkeit verbannte deutsche Sprache in der Region nicht wiederzubeleben war. „Noch vor der Registrierung des Verbandes 1990 hatte der damalige Vorsitzende Blasius Hanczuch den Gedanken gehabt, eine eigene Zeitung herauszugeben. So erschien im November 1988 die erste Ausgabe des ‚Kulturbulletins‘. Das Bulletin war damals noch eine

geheime Monatszeitschrift“, erinnert sich Gonschior. Die Schrift heißt heute „Oberschlesische Stimme“ und erscheint im Zweiwöchentakt als Beilage des „Wochenblatt.pl“.

Der Sohn des Tischlers und Poliers Josef Julius Gonschior kam am 27. Dezember 1937 in Ratibor zur Welt. 1945 floh er mit seiner Mutter aus Ratibor in die Nähe von Altötting in Oberbayern. 1946 kehrten Mutter und Sohn ins nun polnisch verwaltete Ratibor zurück, und er musste als Achtjähriger Polnisch lernen. Gonschior bewahrte die deutsche Sprache, weil er viel las und verbotenerweise deutsches Radio hörte. 1955 meisterte er sein polnisches Abitur mit Auszeichnung, studierte an der Technischen Hochschule zu Gleiwitz anorganische Chemie und schloss sein Studium 1960 als Diplomingenieur ab.

In der Ratiborerin Renate Jendrosch fand er eine Ehefrau, die im sprachlich-kulturellen Wirken mitzog. Sie gab ihm Kraft, auch ohne Parteibuch zum Leiter eines Forschungslabors zu werden, zahlreiche Erfindungen und Patentanmeldungen zu verbuchen und 1982 an der Technischen Hochschule zu Breslau zu promovieren. Doch er wusste, die deutsche Volksgruppe brauchte ihn mehr als die polnische Wis-



Unzertrennlich: Renate und Josef Gonschior

Foto: Wagner

senschaft, und so machte Gonschior 1992 bis 2000 die Geschäftsstelle der Deutschen Minderheit in Ratibor zu seinem Arbeitsplatz. Zum zehnten Kilometer von Ratibor entfernten Lubowitz hat Gonschior eine tiefgreifende Beziehung, denn dort fand am 20. Juli 1990, kurz nach der Anerkennung der Deutschen Minderheit eine Kundgebung statt, die Gonschior bis heute tief beeindruckt. An der Schlossruine der Geburtsstätte Joseph von Eichendorffs versammelten sich 20.000 Deutsche, um

Otto von Habsburg und zwei berühmte Ratiborer, Herbert Hupka und das sogenannte „Maschinengewehr Gottes“, Pater Johannes Leppich zu begrüßen.

Zu beiden Altratiborern hatte Gonschior eine besondere Beziehung. Hupka (1915–2006), der einstige Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, bezeichnete Gonschior als geistigen Kopf der Deutschen Minderheit. Dieser bewunderte Pater Leppich (1915–1992), für dessen unerschrockenes, kühnes Auftreten und des-

sen Humor. Gonschior schaffte es, Lep-pichs „gesamten Nachlass, zusammengefasst in Büchern und Tonaufnahmen, sowie seine persönlichen Gegenstände“ nach Oberschlesien zu holen, wo sie im Heimatmuseum von Blasius Hanczuch in Benkowitz [Bieńkowitz] ausgestellt sind. Seit etwa 1995 betreut Gonschior einen der drei noch bestehenden Bibelkreise der Lep-pich'schen „Aktion 365“ in Ratibor.

Mit Gonschiors enormen historischem wie auch minderheitsjuristischem Wissen und seiner Tatkraft steht er auch mit 85 Jahren der Deutschen Minderheit zur Seite. „Als Referent steckt er so manchen jungen Redner in die Tasche, aber er steht nicht mehr so gerne vor Publikum wegen – wie er sagt – seiner Schwerhörigkeit“, sagt Paul Ryborz, Leiter des Eichendorff-Begegnungszentrums in Lubowitz, der erst vor Kurzem Gonschior als Referenten zu Gast hatte. „Ehefrau Renate ist sein Ohr und immer an seiner Seite“, sagt Ryborz. Sie ist auch der gute Geist im Hause Gonschior, das immer offen für Besucher ist. Und wer ohne Anmeldung an der Tür klingelt, wird, wenn es gerade keinen Kuchen gibt, mit Broten und selbst gemachter Marmelade zum Kaffee empfangen.

Chris W. Wagner



## LOST PLACES

## Verschwunden ja – aber nicht vergessen!

Von Deutsch Karstnitz in Hinterpommern blieb nur die interessante Geschichte

VON BRIGITTE STRAMM

Derzeit gibt es zahlreiche Berichte über sogenannte „Lost Places“, sowohl in Publikationen als auch im Fernsehen – und zwar weltweit. Wir brauchen nicht zu suchen, auch in Hinterpommern gibt es zahlreiche Objekte dieser Art. Dabei handelt es sich zumeist um Plätze mit einst interessanter oft großer Geschichte, wie Gutshäuser und Herrensitze.

Oftmals wurden diese Objekte schon gleich nach der Besetzung 1945 zerstört, mutwillig angesteckt oder abgetragen. Andere wurden später einer neuen Nutzung unterzogen, die den Zustand über die vielen Jahre nicht besser werden ließ, bis sie zum Schluss zu Ruinen verkamen. Denn die Ideologie der neuen Machthaber nach 1945 passte gar nicht zu den historischen Bauten, die einst von „Privilegierten“ erbaut und bewohnt wurden. Es sind durch diese brutale Handlungsweise Werte von ungeahntem Ausmaß verloren gegangen, deren historische Bedeutung nur noch in Büchern und anderen Publikationen nachzulesen ist.

Natürlich gibt es auch positive Beispiele, wie das Bismarckschloss in Varzin, den Besitz der von Kamekes in Streckentin, heute Hotel „Bernsteinpalast“, und Schloss Podewils in Krangen, heute Schlosshotel.

Jetzt erwecken die Überreste als sogenannte „Lost Places“ überall Interesse. So manch jungem Besucher, der vor den Ruinen steht, wird sich mit Sicherheit nicht erschließen, warum die Altvorderen es so weit haben kommen lassen. Das Puttkamer-Schloss in Deutsch Karstnitz ist so ein Objekt und dank der Eintragungen auf der Stolper Seite kann man die interessante Geschichte nachlesen.

Das Schloss wurde einst als mehrflügeliges Wasserschloss angelegt, das auf einer Insel stand, die der Karstnitzbach zusammen mit einem künstlichen Kanal bildete. Mehrere Generationen der Familie von Puttkamer lebten hier als Herren über den 966 Hektar großen Gutsbesitz. Daniel Dietrich von Hebron zu Damnitz

Gattin Sophie Dorothea und Staatsminister Wilhelm Heinrich von Thulemeyer nebst Gattin darstellten. Im Jahr 1910 besuchte die deutsche Kaiserin Auguste Viktoria Groß Karstnitz, das Schloss prangte in reichstem Schmuck. Die Kaiserin war vor Ort, weil sie für ein neues Kreiskrankenhaus für Tuberkulosekranke in

unternahmen aber zu wenig, um das Gebäude zu sanieren und einem neuen Nutzungszweck zuzuführen. Im Jahr 2009 zerstörte ein Feuer große Teile des Schlosses. Im Mai 2012 wurde durch ein weiteres Feuer auch der Rest zerstört, das einen Wiederaufbau unmöglich machte, somit war das Schicksal des Schlosses besiegelt.

zeigt viele Fotos und Beschreibungen dieser Orte. Die Autoren argumentieren, dass es sich lohnt, einen Ausflug durch Pommern zu unternehmen, zu den zerstörten, vernachlässigten und unzugänglichen Orten, die aber keineswegs vergessen sind und jetzt wenigstens eine späte Würdigung erfahren.



Das Wasserschloss: Deutsch Karstnitz zirka 1915

Foto: Archiv

verkaufte Karstnitz 1686 an Georg Lorenz von Puttkamer als neues Lehen auch für seine Nachkommen, und es blieb 259 Jahre in ihrem Besitz. Nächster Gutsherr wurde Bogislaw Ulrich von Puttkamer, Landrat zu Stolp, der das Gut 1714 von seinem Vater übernahm.

Wilhelm Ulrich ließ das Schloss 1828 um den vorderen Flügel erweitern. Im Inneren gab es eine wertvolle Ausstattung mit Porzellanen und Porträts, darunter vier des berühmten Hofmalers der Zeit, Antoine Pesne, die Friedrich Wilhelm I.,

Deutsch Karstnitz den Grundstein legte. Der letzte Familientag der von Puttkamers fand hier im Sommer 1939 statt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Vertreibung der Deutschen ging das Schloss in das Eigentum des polnischen Staates über. Zuerst war hier eine Schule, dann eine landwirtschaftliche Beratungsstelle untergebracht. In den 1950er Jahren wurde das Schloss unter Denkmalschutz gestellt. Es war in einem halbwegs passablen Zustand. Unterschiedliche Investoren übernahmen das Anwesen nach 1990,



Das blieb übrig: Trauriger Rest des Wasserschlosses

Foto Marcin Tymiński

Bei beiden Feuern wurde übrigens Brandstiftung als Ursache genannt.

Die Danziger Marcin Tymiński und Michał Piotrowski haben sich auf die Suche nach solchen „Vergessenen Orten“ gemacht und haben auch Deutsch Karstnitz [Karczniczka] besucht. Über 250 zerstörte Herrenhäusern, Burgen, Paläste, Bunker und Fabriken haben sie in ihrem Buch „Vergessene Orte – Pommern“ beschrieben. Die zweibändige Publikation

Die Bücher von Marcin Tymiński und Michał Piotrowski sind leider nur in polnischer Sprache erschienen: „Zapomniane miejsca pomorskie. Część północna“ – Vergessene Orte in Pommern, Nordteil – und „Zapomniane miejsca pomorskie. Część południowa“ – Vergessene Orte in Pommern, Südteil. Eine weitere Veröffentlichung ist in Arbeit. Informationen über Deutsch Karstnitz siehe: [www.stolp.de](http://www.stolp.de)

## DANZIG

## Danziger Deutsche Minderheit

Vereinigt – deutsche Verbände aus dem Norden bei einem Adventstreffen

Am Sonnabend, dem 10. Dezember 2022, fand im „Amber“ Hotel in Danzig-Schidlitz die Weihnachtsfeier der Danziger Deutschen Minderheit (DDM) statt. Anwesend waren nicht nur die Mitglieder der DDM, sondern auch die zahlreichen eingeladenen Gäste aus nah und fern.

Zum festlichen Treffen erschienen die Vizekonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Birgit von Hellfeld mit ihrem Mann, und Sebastian Niedźwiedziński, Pfarrer der methodistischen Gemeinde in Danzig, sowie Gäste

aus den deutschen Vereinen in Graudenz, Schivelbein, Gdingen, Bromberg, Heiderode, Wiele und Grabau.

Nachdem die ersten Weihnachtsgeschenke die Herzen und Gemüter erwärmt hatten, ergriff die Vizekonsulin das Wort und überbrachte die besten Grüße und Wünsche der Generalkonsulin Cornelia Pieper. Im Namen des Vorstandes der DDM sprach Christoph Jachimowicz ein Grußwort und hielt zur Freude der Teilnehmer einen interessanten Vortrag über über die Advents- und Weihnachtssitten

und Bräuche in Ostpreußen. Schimmelreiter, die Zaubersprüche aus der Landschaft zwischen Memel und Weichsel, die Bedeutung der zwölf Rauhnächte erzählen von Bräuchen aus längst vergangener Zeit und schienen den Zuhörern zum Greifen nahe.

Man hat auch erfahren, was der Bär, der Storch, das Pferd, die Eule, der Elch und die Elster für die ostpreußische Bauernwelt einst bedeuteten und welchen Bezug sie für das Weihnachten hatten. Es ist stets interessant, in die Welt der Vorfahren eintauchen zu können.

Anschließend erteilte Pfarrer Niedźwiedziński einen Segen für die Advent- und Weihnachtszeit. Zum Schluss des offiziellen Teils der Festlichkeit wurde ein zehnmütiges Video mit dem Grußwort des Vorsitzenden des VDZ (Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen), Rafał Bartek, an die DDM und die Teilnehmer der Veranstaltung des gezeigt.

Nun ging man zum gemütlichen Teil über: Bei Glühwein und verschiedenen Leckerbissen der westpreussischen und kaschubischen Küche ertönten Weihnachts- und evangelische Kirchenlieder. Bis in die Nacht hinein dauerten die freundschaftlichen Gesprächsrunden und erfassten alle Themen des Vereins- und Familienlebens der Teilnehmer.

Christoph Jachimowicz



Gemeinsame Weihnachtsfeier im Hotel „Amber“ in Schidlitz

Foto: DDM

## BUCHEMPFEHLUNG

## Dora, altes Haus!

Ein pommerscher Lebensweg

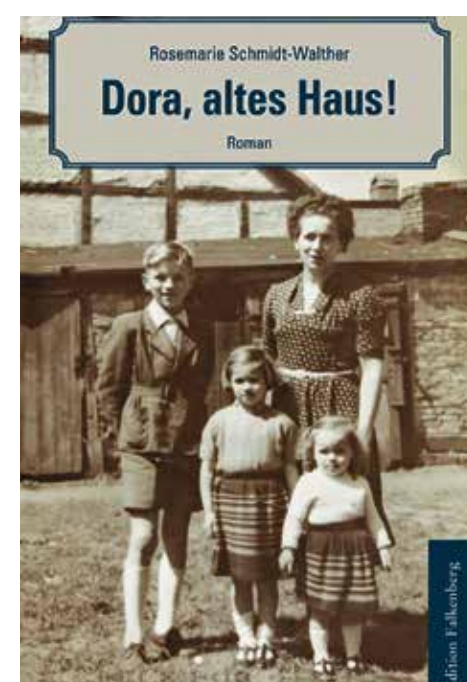
„Ich glaube, je älter man wird, desto mehr Gedanken macht man sich um die Vergangenheit“ – das war die Motivation für die Stralsunderin Rosemarie Schmidt-Walther, den Lebensweg ihrer Mutter Dora aufzuzeichnen. Eigenes Erleben, Erzählungen, auch der Geschwister, ließen das doch schwierige Leben der Mutter, die 1920 geboren wurde, in eine Zeit hinein, die nur zwei Jahre nach dem Ersten Weltkrieg als chaotisch zu bezeichnen ist, Revue passieren.

Dora war ein ungewolltes Kind, das bei Verwandten in der pommerschen Provinz aufwächst. Bescheiden, brav und fleißig entwickelt sie sich zu einem hübschen Mädchen. Zur Konfirmation bekommt sie ihr erstes Kompliment vom Onkel, der sie später bitter enttäuschen sollte. Sie wünschte, ihre Mutter könnte sie so sehen, in ihrem schönen Konfirmationskleid, doch ihr wurde erzählt, diese würde sich unerreichbar im Ausland aufhalten.

Arbeit bestimmt Doras Leben, immer wieder musste sie sich behaupten und durchsetzen. Ihre späteren wechselnden Beziehungen bescheren zumeist nur ein kurzes Glück, woran auch die Umstände der Zeit schuld waren. Sie bekommt drei Kinder, denen sie gab, was sie nie hatte.

Das Buch ist ein Spiegel der Zeit. Dora erlebt als Kind die 1920er Jahre, das Dritte Reich, den Zweiten Weltkrieg, die Nachkriegszeit und das Leben im sozialisti-

schen Teil Deutschlands bis hin zur sogenannten Wende und zum Jahr 2008, in dem sie starb. Trotzdem verliert sie auch in schwierigsten Zeiten nie den Humor. Rosemarie Schmidt-Walther nennt dieses Buch „eine Hommage an meine Mutter“, ein literarisches Denkmal für eine starke Frau. „Ich möchte allen jüngeren Menschen sagen: Fragt eure Mütter und Väter nach ihren Lebensgeschichten, fragt sie, solange das noch möglich ist.“ BS



„Dora, altes Haus!“, Edition Falkenberg, 219 Seiten, ISBN: 978-3-95494-299-2



# „Zeitreise zurück in den Kalten Krieg“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Einen wirklich großen Mann erkennt man an drei Dingen: Großzügigkeit im Entwurf, Menschlichkeit in der Ausführung und Mäßigung im Erfolg“ (Otto von Bismarck)

**Heiko Rübener, Rügen**  
zum Thema: Der getilgte Friedensstifter (Nr. 51)



**Ausgabe Nr. 1**

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**EIN GROSSER THEOLOGE**  
ZU: KIRCHENLEHRER GANZ IM DIENST DER WAHRHEIT (NR. 1)

Dieser Nachruf hebt sich wohltuend ab von der Hetze und Häme, die man teilweise in deutschen Foren findet. Ich habe den damaligen Präfekten der Glaubenskongregation während meiner Studienzeit in Rom in den 80er Jahren persönlich erleben dürfen und eine theologische Prägung erlebt, für die ich bis heute dankbar bin. Benedikt XVI. war ein großer Theologe und ein großer Mensch. RIP.

*Winfried Abele, Turgi/Schweiz*

**ES GEHT UM MACHT**  
ZU: IN DER SELBSTGESTELLTEN FALLE (NR. 52) UND: IWF SIEHT DEUTSCHLAND IN MEHRERE KRISEN SCHLITTERN (NR. 52)

Seit Beginn des sinnlosen Krieges um fossile Energie wurde kein einziges Kraftwerk in Deutschland auf erneuerbare Systeme umgestellt. Andere Länder haben einen hohen Anteil an erneuerbarer Energie. Die „Letzte Generation“ müsste sich eigentlich gar nicht festkleben, wenn die Juristen ihre Arbeit machen würden, denn die Gesetze sind längst da, sie wurden nur nicht umgesetzt. Jetzt wird fossile Energie von der anderen Seite der Welt gekauft, das ist besonders teuer.

Glücklich sind die energiestarken Orte, von denen es weltweit bereits einige gibt. Da ist der Strom günstig. Dieser Krieg ist bald teurer, als alle Länder mit erneuerbaren Kraftwerken auszustatten. Es geht also um Macht, nicht um Vernunft oder um Energie. Richtig ist, dass hier eine Zeitreise zurück in den Kalten Krieg stattfindet. Ob das an dem Alter der Politiker liegt?

Die USA übernehmen sich gerade mit mehr als 50 Milliarden Dollar an Rüstungsausgaben in der Ukraine, und dann haben die USA alle plötzlich gegen sich, die deutschen Kinder der „Faschisten“-Generation wollen nämlich die Siegermächte loswerden. Das wird noch interes-

sant werden. Die Kommunisten wollen weltweit den Sozialismus ausrollen, die islamische Welt möchte auch die Einmischung der USA loswerden, dafür mischt sich China jetzt dort ein. In Mali haben sich alle Länder mit Milizen eingemischt, warum eigentlich? Es geht um Macht.

Welche Interessen Frankreich und England haben, weiß ich nicht, die beobachten jedenfalls Deutschland mit gebotenem Misstrauen. England wird vielleicht irgendwann ein Ernährungsproblem haben, wenn da ein paar Ernten hintereinander ausfallen, wie es schon einmal passiert ist. Das hatte die Iren seinerzeit gezwungen, auszuwandern nach vier verregneten Sommern. Es sieht nicht danach aus, dass Europa dann helfen kann. Es wäre vernünftiger, sich ein weltweites Ernährungs- und Klimakonzept zu überlegen, anstatt so einen sinnlosen Kampf um Macht aufzuführen.

*Dorit Selge, Hamburg*

**ZUSTÄNDE WIE IM LIBANON**  
ZU: DER INTERNATIONALE WÄHRUNGSFONDS SIEHT DEUTSCHLAND IN MEHRERE KRISEN SCHLITTERN (NR. 52)

Es ist nicht schwer, Deutschlands Zukunft der kommenden zwei oder drei Jahrzehnte vorherzusagen: Es wird wohl für die meisten Bewohner im Großen und Ganzen von der Lebensqualität her auf eine Mischung zwischen dem heutigen Argentinien und dem aktuellen Libanon hinauslaufen. Auch diese waren in ihren guten Zeiten wohlhabende und friedliche Länder.

*Henry Bleckert, Berlin*

**MIGRATIONSPOLITIK AUF DEN PRÜFSTAND**  
ZU: MÄNNER, DIE LEIDEN (NR. 1)

Eine „Entwicklung“ gegenüber der berechtigten Silvesternacht 2015 ist erkennbar. Denn dieses Mal dauerte es nur einen Tag, bis die Täter der Ausschreitungen benannt wurden: in der Mehrheit integri-

onsunwillige Migranten. Deutschland besitzt ein Integrationsproblem, das der Politik noch gewaltig auf die Füße fallen wird und einen sozialen Sprengstoff in sich birgt, wenn nicht umgehend gegengesteuert wird. Man hat den Eindruck, dass in den vergangenen Jahren eine staatsfeindliche Kaste und eine migrantisches Autonomie entstanden sind, für die der schwache deutsche Staat und seine Bürger nur willige Opfer sind.

Wieder führt das politische Establishment Ersatzdiskussionen und betreibt Schönfärberei, statt der Wahrheit in die Augen zu sehen. Ein junges männliches migrantisches Subproletariat bewaffnet sich mit Steinen, Stangen, Feuerlöschern und Schlimmerem, um damit auf Polizei, Feuerwehrleute und Sanitäter loszugehen. Und Rot-Grün diskutiert über ein Böllerverbot für alle, anstatt diejenigen, die andere schützen, zu beschützen.

Der Staat hält regelmäßig seine schützende Hand über diese Chaoten, nur um sich nicht dem Verdacht der Diskriminierung auszusetzen. Die Grünen wollen sogar die arabische Clan-Kriminalität neu definieren, um eine „Stigmatisierung“ zu verhindern. Dieses Prozedere gleicht dem Verhalten von Eltern, die ihr Kind verziehen, ihm alles durchgehen lassen und sich anschließend über ihr Erziehungsergebnis wundern. Häufig wird dann dieses eigene Erziehungsversagen den Schulen in die Schuhe geschoben.

Das Problem ist mitnichten nur auf die Metropole Berlin konzentriert. Die Integration ist in der bisherigen Form gescheitert. Die Asyl- und Migrationspolitik muss daher komplett auf den Prüfstand.

Menschen, die mit guten Absichten nach Deutschland kommen, um sich hier ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, müssen gefördert und von (typisch deutschen) bürokratischen Hemmnissen befreit werden.

Leute, die unsere Regeln missachten, diesen Staat verachten und bei ihren Straftaten auf Menschenleben wenig Rücksicht nehmen, verstehen nur eine Sprache: kompromisslose Härte. Vor allem in Form einer konsequenten Abschie-

bung. Es fällt einem zunehmend schwer zu glauben, dass sie Schutz vor Krieg, Gewalt und Verfolgung gesucht haben. Sie agieren im Schutzmantel einer vermeintlichen Fremdenfeindlichkeit, die den Einheimischen unermüdlich eingeredet wird. Die Sozialleistungen des Staates nehmen sie ohne weiteres in Anspruch, verachten ihn aber ansonsten.

Heute wären politische Hardliner wie die früheren Innenminister Otto Schily und Günther Beckstein notwendiger denn je. Der Staat muss den friedliebenden Bürgern in puncto Wahrung des Rechtsfriedens endlich wieder seine Kompetenz unter Beweis stellen. Das ist seine Pflicht. Ansonsten mündet die Integrationskrise in eine Krise des Rechtsstaates.

*Alfred Kastner, Weiden*

**WETTLAUF UM DEN ZERFALL**  
ZU: ERST DER ZUSAMMENBRUCH, DANN EIN MARSHALL-PLAN? (NR. 52)

Wer gewinnt den Wettlauf um den schnellsten Zerfall? Die USA? Die EU? Russland? War echt spannend, werden die Überlebenden sagen.

*Jörg Rückert, Herberlingen*

**WIR VORZEIGEDEMOKRATEN**  
ZU: SELBST MEHRFACHTÄTER SOLLEN BLEIBEN (NR. 50)

Hier geht es nicht nur um Berlin und um Bürger aus Moldau. Das hier dargestellte Problem betrifft das gesamte Land und alle straffällig gewordenen Gäste. Sie haben umgehend unser Land zu verlassen. Aber in Deutschland wird nur darüber nachgedacht, dass diese Menschen in ihrem Heimatland Schaden erleiden können. Wer in seinem Heimatland ein Verbrechen begangen hat, wird nach dortiger Rechtsprechung verurteilt. Auch bei diesem Thema haben wir nicht das Recht, ständig mit erhobenem Zeigefinger als Vorzeigedemokraten durch die Welt zu laufen.

*Heinz-Peter Kröske, Hameln*

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

A 2-02-B



**Abonnieren Sie die PAZ**  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## VERLASSENE ORTE

## Gruseln in Brandenburg

Ob die Beelitz-Heilstätten oder das Schloss Dammsmühle – verfallene Areale und Ruinen locken eine spezielle Kundschaft an

VON BETTINA MÜLLER

Das ehemalige VEB Kraftfuttermischwerk in Fürstenberg an der Havel ist ein Hingucker. Schon von Weitem sieht man einen seltsamen klobigen Turm, aus dem Antennen zu wachsen scheinen, man kann mit diesem Ensemble zunächst nicht viel anfangen. Dann nähert man sich dem riesigen Areal direkt am Röblinsee, das seit 1992 in einen Dornröschenschlaf gefallen ist. „Betreten verboten“, mahnt eines der üblichen Kennzeichen der verlassenen Orte, die heute auch wegen einer gleichnamigen Doku-Serie den englischen Ausdruck „Lost Places“ tragen. Verloren und geheimnisvoll, aber nicht vergessen – dafür ist dieses Beispiel im nördlichen Brandenburg einfach zu prägnant.

Ein ganz kurzer Moment der Versuchung, vielleicht doch irgendwie auf das Gelände zu gelangen, doch dann überwiegt die Vernunft. Man hält kurz inne und lässt die Atmosphäre auf sich wirken, und das kann durchaus meditativ sein. Die Natur bahnt sich überall den Weg, durch die Gemäuer und das Gelände.

Ruinen und Verfall haben eine solche magische Anziehungskraft, aus der heraus eine Art Katastrophentourismus entstanden ist. Helle Farben, ein strahlendes Weiß, all das würde diesen Orten den Zauber nehmen, den er auf dafür anfällige Charaktere offenbar ausübt. Keiner weiß so recht, wie dieser Tourismuszweig eigentlich entstanden ist. Belegbare Angaben über die Anzahl der Deutschen, die diesem Hobby frönen, gibt es wohl nicht.

Es ist zudem kein spezifisch deutsches Phänomen, sondern ein weltweites, die Auswahl an Fotobänden und Reiseführern zum Thema wird immer größer. Veranstalter, wie die Berliner Agentur „go2know“ bieten sogar mehrtägige Fototouren zu verschiedenen verlassenen Objekten an. Dort geben die Teilnehmer sich dann kollektiv dem leichten Gruseln hin, aber immer auch mit dem Ziel, das Ganze visuell zu dokumentieren.

Vor allem Berlin und Brandenburg bieten dem Duster-Touristen, der sich auch



Darin will keiner mehr wohnen: Verfallene Villa des SS-Wachpersonals von Ravensbrück bei Fürstenberg an der Havel Foto: Müller

immer ein wenig gruseln will, dafür reichhaltige Möglichkeiten. Da wären die „Klassiker“, wie der verlassene „Spreepark-Berlin“, die verfallene Radarstation auf dem Teufelsberg oder die längst legendären Beelitz-Heilstätten bei Berlin.

#### Der Reiz des Verbotenen

Dabei sind die Motive für eine solche Freizeitgestaltung wohl sehr vielfältig. Und recht profan geht es dabei mitunter auch zu. Denn manch einer sucht tatsächlich nur den Kick, den Reiz des Verbotenen. Andere wiederum haben ganz andere Ansprüche, wollen möglichst atmosphärische Fotos machen, um sie den staunenden Fans im Internet zu präsentieren.

Die Orte, die Geschichten, die sie nicht zuletzt auch erzählen, faszinieren sie, und so begeben sie sich tapfer auf die Reise in die Vergangenheit, um die einsti-

ge Atmosphäre ein wenig zu spüren. Zu stillgelegten Fabriken, alten verlassenen Villen und Gebäuden der untergegangenen Industriekultur, von der es in Berlin ebenfalls reichhaltige Zeugnisse gibt. Zu vergessenen DDR-Ruinen, Gefängnissen oder auch alten Friedhöfen.

Möglich ist auch, dass dem Thema Parapsychologie zugeneigte Reisende nach Beweisen für eine Existenz nach dem Tod suchen oder nach Geistern Ausschau halten. Des Abends von dem Ausflug heimgekehrt, schauen sie dann Sendungen, in denen Geisterjäger in alten Gemäuern suchend herumschleichen.

Auch das ist ein Trend, der aus den angelsächsischen Ländern herübergeschwappt ist, vor allem aus England, dem traditionellen Land der Mythen und Legenden. Dort, wo man dem Thema von jeher nicht abgeneigt ist und seinen Weih-

achtsabend schon mal mit Geistergeschichten von M. R. James verbringt, die auch als „Ghost Stories for Christmas“ verfilmt wurden.

Die Gründe, sich auf die Reise nach verlassenen Orten zu begeben, sind so vielfältig wie die Menschen selber und die Orte, an die sie pilgern. Das Ganze ist auch eine Art Selbstbedienungsladen, aus dem sich jeder Interessierte genau das herausuchen kann, was zu ihm passt, weil das Thema viele Bereiche touchiert: Fotografie, Architektur, Kunst, Kultur, Theologie, Parapsychologie, Reise und sogar Kriminalgeschichte, wenn verlassene Orte aufgesucht werden, an denen ein Verbrechen geschah.

#### Ein Geist im Schloss Dammsmühle?

Mitunter kann es aber auch eine sehr persönliche Sache sein, nämlich eine gewisse

Sinnsuche: die Suche nach dem Unbekannten und das Stellen von Fragen mithilfe eben dieser verlassenen Orte. Dazu gehört die Frage, ob es ein Leben nach dem Tod gibt. Und beinharte Skeptiker, die mit Spuk, Geistern und Mystik nichts am Hut haben, mögen vielleicht sogar selber ein wenig ins Grübeln kommen und sich fragen: „Könnte da vielleicht doch etwas dran sein? Spuken in den Beelitz-Heilstätten tatsächlich noch die Seelen der Menschen, die dort in der ehemaligen Lungenheilstätte gestorben sind, die dort gelitten haben, die vielleicht qualvoll zu Tode gekommen sind?“

Tatsächlich kann die geheimnisvolle Atmosphäre eines solchen Ortes Spuren im Erleben hinterlassen. Stand da oben im Schloss Dammsmühle nicht eben jemand hinter dem Fenster und schaute hinaus? Und huschte da nicht gerade eine weiße Gestalt durch die dunklen Bäume? War das etwa die legendäre weiße Frau, die im Berliner Raum im Volksglauben verwurzelt ist?

Um die Frage, warum die ganze Angelegenheit in der letzten Zeit so besonders populär geworden ist, müssen sich aber wohl Psychologen und Soziologen kümmern. Vielleicht ist es auch einfach nur ein Trend, der wieder vergehen wird, die Suche nach dem Geheimnisvollen, die Reise in die Vergangenheit zu den Orten, an denen einst das Leben pulsierte, die Industrie boomte und die nun ein trauriges und ungewisses Dasein fristen.

Mitunter liegen sie seit der friedlichen Revolution von 1989 brach und sind nur noch Ruinen. Aber eben mit einer geheimnisvollen Aura. Es gibt jedoch Orte, an denen der vermeintliche Zauber des Verfalls völlig versagt.

Ebenfalls in Fürstenberg an der Havel stehen etwas außerhalb des Stadtkerns noch heute verfallene Villen, in denen hochrangiges SS-Wach-Personal des nahe gelegenen Konzentrationslagers Ravensbrück residierte, während unweit der Luxusherbergen die Menschen reihenweise starben. Und da ist nun Schluss mit lustig, der Zauber verloren und die Atmosphäre einfach nur noch grauenhaft.

## ORNITHOLOGIE

## Trauriger Wiesenclown

Das Braunkehlchen ist in Deutschland und Österreich Vogel des Jahres 2023 – Bestand nimmt rasant ab

Der weiße Streifen über den Augen, den Braunkehlchen jedes Alters tragen, brachte diesem kleinen, nur 13 bis 14 Zentimeter großen Piepmatz den Beinamen „Wiesenclown“ ein. Doch, wenn man sich die Bestandszahlen von 19.500 bis 35.000 Brutpaaren in Deutschland anschaut, hört der Clowns-Spaß auf. Allein gegenüber den 1990er Jahren ist der Bestand damit um über die Hälfte geschrumpft. „Saxicola rubetra“, so der ornithologische Fachbegriff der Braunkehlchen, gehört daher zu den stark gefährdeten Arten und der Bestandstrend ist extrem abnehmend.

Um den europaweit gefährdeten Tieren die nötige Aufmerksamkeit zu verschaffen, fielen bei der diesjährigen dritten öffentlichen Wahl vom Naturschutzbund (NABU) und dem Landesbund für Vogel- und Naturschutz (LBV) in Bayern 43,47 Prozent der Stimmen auf diese Vogelart. Der Lebensraum des Vögelchens mit braunoranger Brust und Kehle, woher auch sein Name rührt, besteht aus feuchten Wiesen, Brachen und Feldrändern sowie Blühstreifen, die durch intensive

Landwirtschaft allesamt immer seltener werden.

Braunkehlchen ernähren sich von Insekten, Würmern, Spinnen, aber verschmähen auch Beeren nicht. Interessant

ist die Überlebensstrategie der Vögel, sich vor Feinden zu schützen. „Wenn ein Greifvogel am Himmel auftaucht, nimmt das Braunkehlchen eine ‚Pfählstellung‘ ein und versucht so, sich unsichtbar zu

machen“, lässt NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller wissen. Es handelt sich dabei um eine Tarnhaltung, bei der die Vögel mit senkrecht nach oben gestrecktem Schnabel bewegungslos verharren und so aussehen, als seien sie Teil des sie umgebenden Pflanzengestrüpps.

Den Titel „Vogel des Jahres“, den die Vogelart bereits 1987 schon einmal verliehen bekam, erhielt das Braunkehlchen „in Abwesenheit“, denn die Zugvögel fliegen schon im September in Richtung Süden. Südlich der Sahara, über 5000 Kilometer von uns entfernt, überwintern sie, um im Frühling den langen Weg nach Deutschland erneut zurückzulegen.

Mangels blütenreicher Wiesen finden sie als Bodenbrüter immer weniger Plätze zum Nestbau. NABU-Experte Miller rät den Verbrauchern, auf regionale Produkte zurückzugreifen, die auch ökologisch hergestellt werden. Da aber auch das Insektenangebot stark abnimmt, ist es nicht nur um die Braunkehlchen, sondern auch um andere Insektenfresser hierzulande schlecht bestellt. Silvia Friedrich



Erfolgreiche Jagd: Ein Braunkehlchen hat sich ein Insekt ergattern können

## SCHLOSS RAMMENAU

## Eine neue Schlossherrin

Das Barockschloss Rammenau nahe Bischofswerda in der Oberlausitz erstrahlt seit Ende des Lockdowns in neuem Glanz. Noch nie war die vollständig erhaltene Rittergutanlage baulich in einem besseren Zustand. Im Jahr 2021, inmitten der Corona-Hochzeit und pünktlich zum 300. Geburtstag des Schlosses, war die Sanierung fertig geworden, mit der bereits in den 1990er Jahren begonnen worden war. Und mit der Kunsthistorikerin Sabine Peinelt-Schmidt gibt es seit Anfang Januar eine neue „Schlossherrin“. Auf die neue Leiterin wartet bereits eine anspruchsvolle Aufgabe: Sie wird die in die Jahre gekommene Dauerausstellung zur Schlossgeschichte im Untergeschoss frisch überarbeiten und nach aktuellen Maßstäben neu konzipieren müssen. Das Schloss ist in der Wintersaison von Mittwoch bis Montag von 10 bis 16 Uhr und das Gartensaal-Café von Freitag bis Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet. Internet: www.barockschloss-rammenau.com tws



## ● FÜR SIE GELESEN

Von einem,  
der auszog ...

Vor dem Hintergrund des wieder auf-flackernden Kosovo-Konflikts gewinnt Mechthild Hennekes Roman „Ach, mein Kosovo!“, der im Jahr 1998 spielt, an Aktualität. Die Autorin hat zwischen 1999 und 2008 im Kosovo gelebt, wo sie für die Vereinten Nationen und die OSZE tätig war. Die Romanhandlung orientiert sich an realen Begegnungen und Erlebnissen.

Henneke erzählt die Geschichte eines jungen Mannes, den seine Familie zum Studieren nach Deutschland geschickt hatte, um ihn vor dem serbischen Militärdienst in Sicherheit zu bringen. Der Romanheld Taras Galani führt in Deutschland ein behütetes Leben. Nach einer Krankenpfleger-Ausbildung studiert er erfolgreich Medizin, die Familie seiner deutschen Freundin akzeptiert ihn, und einer gemeinsamen Zukunft steht nichts im Wege. Und doch lässt ihm der Krieg in seiner Heimat keine Ruhe. Er beschließt, sich der albanischen paramilitärischen Organisation UÇK anzuschließen, die für die Unabhängigkeit Kosovos kämpfte.

Taras, der ohne militärische Ausbildung in einen brutalen Krieg zieht, tauscht schnell das Gewehr gegen die Sanitätertasche. Während er Verwundete unter erbärmlichen Bedingungen zusammenflückt, steigen Zweifel über den Sinn der Operation in ihm auf. Zerrissen zwischen zwei Welten wird er schnell erwachsen. Bis zum Ende der Kampfhandlungen bleibt er in seiner Heimat. **MRK**



**Mechthild Henneke:** „Ach, mein Kosovo!“, Palm Art Press, Berlin 2021, gebunden, 367 Seiten, 25 Euro

Roman mit  
frischem Witz

Nina, eine Apothekenhelferin, gründet mit ihrer Freundin Franzl, einer Schulsekretärin, den Club der Spinnerinnen, in dem nur Frauen mit einer Macke Mitglied werden dürfen. Sechs Frauen sind es mittlerweile, und alle sind auf der Suche nach einem neuen Kick. Gemeinsam dringen sie eines Tages in ein Haus ein und suchen ihren Spaß. Irgendwann artet der Spaß jedoch aus, und ein Problem in Form eines Mannes muss aus dem Weg geschafft werden. Leider stellt sich heraus, dass er der Ex-Ehemann einer Clubfreundin ist.

Ingrid Noll schreibt ihren Roman „Tea Time“ mit frischem Witz, aber sonst bleibt er eher oberflächlich. Tiefgründige Emotionen fehlen, und zusätzliche Beschreibungen werden nicht geschildert.

Noll, die 1935 in Shanghai geboren wurde, hat Germanistik und Kunstgeschichte studiert und erhielt 2005 den Friedrich-Glauser-Ehrenpreis für ihre Werke. **Angela Selke**



**Ingrid Noll:** „Tea Time“, Diogenes Verlag, Zürich 2022, gebunden, 318 Seiten, 25 Euro

## RELIGION

Du bist ein Gott,  
der mich sieht

Ein Lesebuch zur Jahreslosung enthält Geschichten, in denen Kirchenleute von der Begegnung mit Gott erzählen



FOTO: SHUTTERSTOCK

**43 kurze Episoden** aus dem Leben unterschiedlicher Menschen im deutschsprachigen Raum, Geschichten und Gebete umfasst dieses Lesebuch zur Jahreslosung. Genesis 16,13 schildert die Szene, in der Hagar, von

Abraham schwanger, vor ihrer Herrin Sara geflohen ist. Die unbedeutende Magd wird von Gott gesehen und kehrt um. Das gebundene Buch ist in einem handlichen Format und mit einer deutlichen Schrift gedruckt. **CRS**



**Christoph Morgner (Hrsg.):** „Du bist ein Gott, der mich sieht. Das Lesebuch zur Jahreslosung 2023“, Brunnen Verlag, Gießen 2022, 188 Seiten, 12 Euro

## POLITIK

## Was will Friedrich Merz?

Auch nach der Lektüre von „Der Unbeugsame“ bleiben Person und Profil noch im Vagen

VON ANSGAR LANGE

**K**lappern gehört zum Handwerk. Das gilt auch für die Buchbranche. Und so strahlt ein faltenfreier, lächelnder und mit „Nerd“-Brille versehener Friedrich Merz die Leser auf dem Buchumschlag an. Der Titel könnte auch zu einer Clint-Eastwood-Biographie passen: „Der Unbeugsame“. Und auf der Rückseite des von Jutta Falke-Ischinger und Daniel Goffart verfassten Werks steht, dass es sich um das „spektakulärste Comeback in der Geschichte des Bundestages handelt“.

Merz ist Sauerländer. Und Sauerländer neigen nicht zu Übertreibungen. Ein Sauerländer würde also sagen: „Ging es nicht eine Nummer kleiner?“ Doch die Befürchtung, es handele sich um eine distanzlose Werbeaktion zwischen zwei Buchdeckeln, ist zum großen Teil unberechtigt. Das 300 Seiten starke, mit flotter journalistischer Feder geschriebene Werk ist keine Biographie im eigentlichen Sinn. Das ist schade. Denn gerade die Schilderungen der frühen Jahre des gebürtigen Briloners und der großbürgerlichen Herkunft und Familie lesen sich spannend.

**Widerstandsfähiger Sauerländer**

Die Autoren behaupten, dass seine Jugend- und Schulzeit im Sauerland und sein Familienleben mit Ehefrau Charlotte, den Kindern und Enkeln Friedrich Merz so widerstandsfähig machten. Diese Herkunft und familiären Hintergründe hätten Merz die Kraft gegeben, seinen langen und mühevollen Weg durch die Parteigliederungen durchzustehen. Doch gilt der Titel „Der Unbeugsame“ auch für die politischen Überzeugungen von Merz? Oder haben sich diese nicht sehr abgeschliffen, seitdem er die Macht in Partei und Fraktion übernommen hat?



Als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU: Friedrich Merz im Frühjahr 2000

Der Porträtierte ist unzweifelhaft konservativ sozialisiert worden: Ländliche Herkunft, Junge Union, Jurastudium, katholische Studentenverbindung, die Gattin ist ebenfalls Juristin und heute als Direktorin des Arnberger Amtsgerichts tätig. „Das Sauerland ist und bleibt Fundament für alle weiteren Schritte“, schreiben die beiden Autoren, die ihn gar zum „Erben Adenauers aus dem Sauerland“ adeln.

Der 67-jährige Merz gehörte von 1989 bis 1994 dem Europäischen Parlament an. Danach war er rund 15 Jahre Bundestagsabgeordneter für den Hochsauerlandkreis. Nach der Bundestagswahl 2002 beanspruchte die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel den Fraktionsvorsitz für sich. Merz musste sich mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitz begnügen und verdrängte nach seinem Ausscheiden aus der Politik erst einmal viel Geld als Wirtschaftsanwalt und Lobbyist.

„Die eigentliche Arbeit mussten immer andere machen“, zitieren die Autoren einen Anwalt aus einer deutschen Topkanzlei, der öfter mit Merz zu tun hatte. Auch

die Rechtskenntnisse von Merz hätten sich für den Vertreter einer Topkanzlei durchaus „in engen Grenzen gehalten“, so der Jurist. Diese Passagen zeigen, dass Falke-Ischinger und Goffart durchaus auch kritische Töne anschlagen. Doch ein hervorragendes internationales und nationales Netzwerk, ein bis zur Arroganz reichendes, sehr starkes Selbstbewusstsein, seine rhetorische Brillanz glichen diese möglichen Defizite sicher aus.

Merz wurde in privilegierte Verhältnisse geboren. Sein Großvater Josef Paul Sauvigny war von 1917 bis 1937 Bürgermeister der Stadt Brilon, sein inzwischen aus der CDU ausgetretener Vater Joachim Merz Direktor des Amtsgerichts Brilon. Doch sein beruflicher und politischer Erfolg sind Friedrich Merz nicht in den Schoß gefallen. Er wurde hart erkämpft. Das unterscheidet ihn fundamental von einer heutigen Generation von Berufspolitikern, die oft keine abgeschlossene Ausbildung aufweisen können.

Merz spaltet die Gemüter. Für die einen ist er der Gottseibeins, ein abgehobe-

ner Millionär und „alter weißer Mann“, der Sauerland-Trump. Dieses Feindbild ist so dumm, dass man es gar nicht näher analysieren sollte. Für die anderen ist er eine Projektionsfläche ihrer konservativen Hoffnung. Diesen Merz-Fans hat es der Sauerländer zu verdanken, dass ihm sein politisches Comeback gelang. Doch inzwischen muss man wohl eine dritte Gruppe hinzurechnen: die Enttäuschten.

**Hoffnungsträger und Enttäuscher**

Denn seitdem Merz Fraktion und Partei führt, ist von einem konservativen Profil der CDU nicht so viel zu spüren. Die Autoren zeigen große Sympathien für die Frauenquote, die Merz schließlich durchsetzte, um das Thema abzuräumen. Doch während ihm mit dem Bierdeckel, auf den eine Steuererklärung passen sollte, einst ein sehr einprägsames Bild für seine Finanz- und Wirtschaftspolitik gelang, ist ihm dies seit 2021 nicht wieder gelungen.

Merz wolle die Partei mit einer technikoffenen Klimapolitik, einer besseren Bildungs- und Europapolitik und anderen Ansätzen neu ausrichten. Doch der Markenkern der CDU ist für viele nicht mehr erkennbar. Beim Bürgergeld konnte Merz erstmals innenpolitisch punkten, weil die CDU eigene Standpunkte vertreten und auch durchgesetzt hat. Ansonsten stellt Merz noch zu viele Fragen und gibt zu wenig Antworten.



**Jutta Falke-Ischinger/ Daniel Goffart:** „Der Unbeugsame. Friedrich Merz, die Union und der Kampf um die Macht“, Langen Müller Verlag, München 2022, gebunden, 319 Seiten, 25 Euro



## KÄMPFENDE WISENTE

## Ein Geschenk an die Stadt Königsberg

August Gauls bekannte Skulptur wurde vor mehr als 100 Jahren vor dem Amtsgericht aufgestellt

VON NIKOLAJ TSCHEBURKIN UND  
EVGENY DVORETSKI

Am 12. November 1912 wurde in Königsberg ein wertvolles und einzigartiges Geschenk des preußischen Kulturministeriums enthüllt: die Skulpturengruppe „Kämpfende Wisente“. Sie wurde Teil der Brunnenkomposition in der Hufenallee [Prospekt Mira]. Geschaffen hat sie der berühmte Berliner Bildhauer August Gaul.

Der Künstler im Übergang vom Historismus zur Moderne wurde am 22. Oktober 1869 in Groß Auheim bei Hanau als Sohn des Steinmetzen Philipp Gaul und dessen Ehefrau Katharina geboren. Ab seinem 13. Lebensjahr absolvierte er eine Lehre als Modelleur und Ziseleur in einer Silberwarenfabrik. Ab 1884 studierte Gaul an der Königlich Preußischen Zeichenakademie in Hanau, wo er zum Steinmetz und Graveur ausgebildet wurde. Er setzte seine Ausbildung an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums Berlin fort. Ab 1895 wurde Gaul Meisterschüler im Atelier von Reinhold Begas (1831–1911), dem führenden Vertreter des Neobarocks in der Berliner Bildhauerschule. Ab 1897 absolvierte Gaul für einige Zeit ein Praktikum in Rom, durch das seine Arbeit einige Veränderungen erfuhr. Nach seiner Rückkehr aus Rom im Jahr 1898 eröffnete Gaul ein eigenes Atelier.

Er wurde schnell berühmt und erhielt Aufträge aus ganz Europa. Gauls Skulpturen wurden regelmäßig auf internationalen Ausstellungen gezeigt, unter anderem auf der Pariser Weltausstellung 1900. Fünf Jahre später war der Bildhauer bereits Mitglied der Preußischen Akademie der Künste. Seine Ideen hatten einen großen Einfluss auf die Mitglieder des progressiven Kunstvereins Berliner Secession, dessen Gründungsmitglied er war. Es handelte sich um eine Vereinigung von Berliner Malern und Bildhauern, welche die vorherrschende akademische Kunst der Zeit ablehnten. 1902 stand Gaul an der Spitze der Secession. Er unterrichtete auch an der Berliner Akademie der Künste. Als man ihn bat, Senator an der Berliner Akademie der Künste zu werden, lehnte er jedoch mit der Begründung ab, er könne auch ohne den offiziellen Titel schaffen und lehren.

## Spezialist für Tierskulpturen

Gauls Werk ist interessant, weil es ihm immer gelungen ist, die Kraft des Tieres in seinen Skulpturen wiederzugeben, seine innere Stärke, die Spannung in seiner Bewegung. Ein großer Teil dieses Talents ist auf die ständige Beobachtung des Verhaltens der Tiere im Zoo zurückzuführen, in dem der Bildhauer sehr viel Zeit damit verbrachte, jedes noch so kleine Detail der Tiere zu skizzieren. Er suchte in seinen Skulpturen nicht die allegorische

Ein begnadeter Bildhauer: August Gaul  
Foto: Porträt von Alois Metz

Vor dem ehemaligen Landgericht: Die restaurierten Wisente

Foto: A. Savin/Wiki Commons

Darstellungsweise. Er war ein geschickter Handwerker in der Herstellung von Tierfiguren, und schuf mehr als 150 plastische Werke. Der Bildhauer starb am 18. Oktober 1921 in Berlin.

Ein Freund Gauls war der französische Künstler Henri Matisse (1869–1954). Ihre erste Begegnung fand in der Kunsthalle von Paul Cassirer (1871–1926) in Berlin statt, in der Anfang 1905 Bilder von Matisse ausgestellt wurden. Zu dieser Zeit arbeitete Gaul an einer Skulpturengruppe mit zwei kämpfenden Wisenten. Zu seinem Bedauern und zum Leidwesen des Kunden kam die Arbeit jedoch zum Stillstand. Matisse's Scharfsinn entdeckte den Fehler und gab Gaul den Anstoß, seine Arbeit fortzusetzen. Gaul konnte das verlorene Gleichgewicht der Gruppe wiederherstellen und zwei Wisente zu einem mit acht Beinen verschmelzen. So gewann die Gruppe Stabilität. Gaul blieb Matisse, von dem er immer mit Bewunderung sprach, immer dankbar.

Gaul fertigte 1902 die ersten Skizzen für die Gruppe der kämpfenden Wisente an. Im Jahr 1905 wurde die Skizze der Figur vom preußischen Kultusministerium genehmigt. Die Skulptur wurde 1911 in der Bild- und Bronze gießerei von Hermann Noack in Berlin in Bronze gegossen. Ursprünglich war geplant, das Kunstwerk auf dem Gelände des Fürstbischöflichen Schlosses Münster zu errichten. Münster lehnte jedoch ab, und die Bronze figur wurde nach Königsberg gegeben. Die Provinzhauptstadt Ostpreußens nahm das Werk des berühmten Tierbildhauers dankbar an. Am Anfang der Hufenallee wurde ein 1,5 Meter hoher Steinsockel für die Aufstellung der Skulptur verwendet.

Die Figuren der beiden kräftigen, mit den Köpfen nach unten gestreckten männlichen Wisente sind lebensgroß. Vor dem Sockel befindet sich ein rechteckiges Becken mit einem Springbrunnen. Zwei Löcher im Sockel, die mit Muscheln bedeckt sind, lassen Wasser in das Becken einfließen.

Hinter der Brunnengruppe der Kämpfenden Wisente wurde 1913 mit dem Bau des im neobarocken Architekturstil errichteten ostpreußischen Oberlandesgerichtsgebäudes begonnen. Die Verzierungen an der Fassade und am Portal des Haupteingangs stammen von dem Königsberger Bildhauer Hermann Thiele aus dem Jahr 1914. Das Gerichtsgebäude wur-

de im Jahr 1917 eröffnet. Die Gegenüberstellung der Figuren der kämpfenden Wisente wurde von den Königsbergern als Symbol für einen „Staatsanwalt und Verteidiger“ gedeutet. Die Königsberger Dichterin Charlotte Wüstendörfer schrieb einen humoristischen Vierzeiler: „Und so wird zu jeder Frist/Uns vor's Aug' geführt/Deutlich, dass ein Rindvieh ist/Wer da prozessiert.“

Dietrich Zlomke (1929–2014), gebürtiger Ostpreuße, Architekt, Sammler und Mitbegründer des Hermann-Brachert-Museums, erzählte einmal, dass die Jugendlichen von Königsberg ihren eigenen Brauch im Zusammenhang mit den Kämpfenden Wisenten entwickelt hatten. Jugendliche aus dem Amateurfunkclub wetteiferten darin, sich an den waagrecht stehenden Schwänzen der Bronzefiguren hochzuziehen und ihre Kräfte zu messen nach dem Motto: „Wer schafft es am häufigsten“.

## Zweimaliger Umzug nach 1945

Nach der Erstürmung Königsbergs durch die Rote Armee im April 1945 wurde die berühmte Skulptur von ihrem Sockel entfernt und in das Landesfinanzamt an der Alten Pillauer Landstraße transportiert, in dem eine militärische Einheit untergebracht war. Bald darauf räumte das Militär das Gebäude und die zivile Verwaltung des Königsberger Gebiets – die Gebietsverwaltung und das Gebietskomitee der

Kommunistischen Partei – zogen ein. Heute dient das Gebäude der Königsberger Gebietsregierung.

Die Kämpfenden Wisente wurden in den Königsberger Tiergarten umquartiert. 1950 wurden sie dort auf der Hauptallee platziert. Im Jahr 1967 brachte man die Bronze figur schließlich an ihren historischen Standort zurück, der Sockel und der Brunnen wurden restauriert. Seit 1959 war im ehemaligen Landgerichtsgebäude in Ostpreußen das Technische Institut untergebracht, das 1996 in „Staatliche Technische Universität Kaliningrad“ umbenannt wurde.

## Heute ein beliebter Treffpunkt

Das Denkmal war nicht nur bei Ostpreußen beliebt – auch die Russen lieben es. Die Kämpfenden Wisente werden im Volksmund „Stiere“ genannt, und der Platz in der Nähe des Brunnens wird kurzerhand als „Bei den Stieren“ bezeichnet. In der „Ballade über die Heimat“, die 1987 im Selbstverlag veröffentlicht wurde, widmete Andrej Pregolin, ein lokaler Barde, lustige Zeilen der Skulptur und den etwas frivolen Bräuchen der heutigen Jugendlichen.

Nun, jede Nation hat ihre eigenen Bräuche, aber die Stadt und ihre Geschichte sind gemeinsam. Sie spiegelt sich auch in den Denkmälern und Kunstwerken wider und verbindet uns, die wir früher und heute an den Ufern des Pregels leben oder gelebt haben.

Königsberger Tiergarten in den 1950er Jahren: Fast zwei Jahrzehnte stand die Skulptur auf der Hauptallee  
Foto: Tscheburkin

## ZEITGESCHICHTE

## Kriege folgen ihrer eigenen Logik

Herbert Kremp (1928–2020), Chefredakteur der „Rheinischen Post“ und der „Welt“, hat die Fakten zu den Anfängen des Zweiten Weltkriegs als gegeben hingenommen. Er gibt keine Frontberichte. Ihm ging es um anderes: In einer strategischen Analyse die Beweggründe der handelnden Politiker, „bestimmt vom konsekutiven Zwang des Krieges“, aufzuzeichnen. Kremp zieht russische Quellen heran, da sich nach seiner Meinung die bisherigen Darstellungen vorwiegend auf westliche Quellen beziehen. Er geht sein Thema in drei großen Teilen an: Der Sprung ins Dunkle, Krieg und die Schichtung des Konflikts. Manches wird im Anhang noch konkreter wie bei „Putsch und Krieg“. Dort wird auch deutlich, wie die Generalität Hitler widersprach und darauf hinwies, dass Deutschland für einen Rundumkonflikt nicht gerüstet sei. Ältere Generäle wussten, dass junge Offiziere sich einem Putsch entgegenstellen würden.

Hitlers „Raumausdehnung durch Gewalt“ fiel in eine Zeit, in der auch andere Politiker Großmachtpläne schmiedeten. Wie Kremp schreibt, wollte Churchill eine Konföderation aller englischsprachigen Völker, Mussolini eine Erneuerung des Römischen Reichs, Japan eine Neuordnung Asiens und Roosevelt eine Pax Americana.

Kremp bescheinigt Hitler zwar eine intuitive strategische Begabung, mit der er aber bereits 1940 Schiffbruch erlitt. Ein „strategischer Infarkt“ beraubte ihn während des Frankreichfeldzuges der Souveränität über das weitere Kriegsgeschehen. Den zweiten Infarkt erlitt er bei dem Gedanken, England zu erobern. 1941, so Kremp, hätte Hitler noch eine Friedenspolitik zur Neuordnung Europas einleiten können. Aber es gab „Hitlers Unsicherheit und Churchills Stehvermögen“. „Setzen Sie Europa in Flammen“ befahl der Brite dem Chef der Abteilung für politische Kriegsführung Hugh Dalton. Churchill, schreibt Kremp, zwang Hitler zur Fortführung des Krieges.

Kremp's zweiter Teil „Krieg“ müsste „Krieg im Osten“ heißen, denn darum geht es. Auch im Kreml waren Angriffspläne erarbeitet worden. Einer von ihnen, der nicht ausgeführt wurde, sah vor, schnell auf Ostpreußen und das Warschauer Gebiet vorzustoßen. Hitler führte aber keinen Präventivkrieg, sondern kam Stalin nur zuvor. Kremp führt dafür viele Zeugen an, darunter den einstigen sowjetischen Botschafter in Bonn, Valentin Falin: „Der Grundgedanke lautete, den Angriff nicht abzuwarten, sondern ihm, wenn möglich, zuvorzukommen.“

Herbert Kremp zieht am Schluss seines lesenswerten und historisch oft weit ausholenden, detailreichen Buches das Fazit: „Kriege folgen der optionalen Logik. Der einzige Krieg, den Hitler frei wählen konnte, war der gegen Polen.“ Dann war Hitler der Dialektik des Krieges unterworfen, deren Herr er nicht mehr war.

Man darf gespannt sein, ob die Fachhistoriker sich mit Kremp auseinandersetzen werden, der einerseits komplizierte Vorgänge entwirren und neu be-

Herbert Kremp:  
„Morgen Grauen. Von den Anfängen des Zweiten Weltkriegs“, Olzog Edition-Lau Verlag, Reinbek 2022, gebunden, 705 Seiten, 38 Euro



## ● AUFGESCHNAPPT

Glaukt man der dominierenden Darstellung in den Medien, dann hat sich Greta Thunberg längst als moralische Autorität in den Herzen der Deutschen etabliert. Laut einer Umfrage des Instituts Civey, die um die Jahreswende durchgeführt wurde, sehen die Deutschen die schwedische Klimaaktivistin jedoch weit kritischer, als man es annehmen mag. Die Frage lautete: „Ist Greta Thunberg Ihrer Meinung nach ein Vorbild im Klimaschutz?“ Nur 18,4 Prozent antworteten darauf mit „Ja, auf jeden Fall“. 12,3 Prozent rangen sich noch ein „Eher ja“ ab. 15,8 Prozent halten sie demnach „eher“ nicht für ein Vorbild und satte 44,5 Prozent wollten in Thunberg „auf keinen Fall“ ein Vorbild erkennen. Die 20-Jährige gilt als Gründerin der „Fridays for Future“-Bewegung, die sich zunächst vor allem an schulpflichtige Kinder wandte. Von Anfang an schwang der Verdacht mit, dass viele Kinder vor allem deshalb gern an den Freitags-Demos teilnahmen, weil sie so ungestraft – ja, unter großem Beifall – den Unterricht schwänzen konnten. H.H.



Die Zwei von der Tankstelle

## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Die „Frankfurter Allgemeine“ (4. Januar) zitiert den französischen Erfolgsautor Michel Houellebecq, der zur Immigrantinnen-Frage sagte:

„Der Wunsch der französischen Bevölkerung, wie man sie nennt, ist nicht, dass sich die Muslime anpassen, sondern dass sie aufhören, sie zu bestehlen und anzugreifen, dass insgesamt deren Gewalt abnimmt, dass sie die Leute und das Gesetz respektieren. Oder, das wäre die andere Lösung, dass sie weggehen.“

Soziale Benachteiligung? Rassistische Diskriminierung? Ulrich Reitz sieht die Wurzeln für die Gewaltexzesse orientalischer Immigrantinnen ganz woanders, wie er auf „Focus online“ (5. Januar) schreibt:

„Hinter der Gewalt islamischer Jungmänner steht als allererstes einmal ein gewaltiges Erziehungsversagen – der Väter, vor allem aber der Mütter. Die in betroffenen Familien ihre Töchter gerne für den Haushalt und ihre Söhne gerne zum herrschenden Familienoberhaupt erziehen. Eine Dominanz-Rolle, die manche von ihnen dann eben gewalttätig gegenüber Uniformträgern von Polizei, Feuerwehr und Einsatzärzten ausleben wollen.“

Sabine Mertens führt in Hamburg Deutschlands erste Volksinitiative gegen Gendersprache an. Der „Bild“-Zeitung (10. Januar) sagte sie zu ihren Beweggründen:

„Gendersprache von oben verordnet. Das ist wie bei Friedrich Schiller im Wilhelm Tell: Da sollen die Menschen einen Hut grüßen. Eine Unterwerfungsgeste.“

Für Wolfram Weimer ist der Rücktritt von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) mehr als überfällig. Im Magazin „The European“ (4. Januar) klagt er:

„Lambrecht wird im eigenen Ministerium wegen ihrer fachlichen Inkompetenz nur mühsam ertragen, wegen ihres ruppigen Umgangs mit Mitarbeitern sogar verachtet. Vom einfachen Soldaten bis zur Generalität herrscht weiträumige Respektlosigkeit einer Ministerin gegenüber, die im Bundestag nicht einmal weiß, was ein Panzer ist, dafür aber mehr weibliche Generale einfordert und in der Truppe überall rechtsradikale Umtriebe wäht.“

Alex Bauer erklärt in der Schweizer „Weltwoche“ (9. Januar), warum auf den Sturm auf das brasilianische Parlament diesmal viel härter reagiert wird als bei ähnlichen Aktionen 2006, 2013 und 2017:

„Der große Unterschied: Bislang waren es immer linke Aktivisten, welche das Parlament stürmten. Mit den Genossen suchte man den Dialog. Gegen rechts ist dagegen Eskalation und Repression angesagt.“

## ● WORT DER WOCHE

„Ständig referiert irgendwer in diesem Land über die sozialen Ursachen ethnisch-kultureller Konflikte. Nie aber referiert jemand über die ethnisch-kulturellen Ursachen sozialer Probleme.“

Michael Klonovsky in seinem Internet-Tagebuch „Acta Diurna“ am 9. Januar

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Einen Versuch war es wert

Wie die verzweifelte Forschung nach „rechten“ Tätern scheiterte, und was einen Schlepper antreibt

VON HANS HECKEL

Hoppla! Da sind wir dann plötzlich überholt worden: Kaum war die jüngste Nummer der PAZ fertig, gab die Berliner Polizei die Nationalitäten der Silvester-Randalierer doch noch preis. Ein Drittel waren demnach „Deutsche“. Oder? Na, zumindest haben sie einen deutschen Pass. Als die Hauptstadt-CDU nach den Vornamen jener „Deutschen“ fragte, hagelte es den üblichen Rassismusrufen (siehe Seite 5). Berlins Polizei kann über die ethnische Zugehörigkeit der Pass-Besitzer nichts sagen, weil ihr die Politik verboten hat, derlei statistisch zu erfassen.

So kann man ein Problem auch loswerden – einfach aus der Tabelle streichen. Das Prinzip, wie man einen unangenehmen Sachverhalt vor der Öffentlichkeit verbergen kann, hat der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, einmal recht salopp auf den Punkt gebracht: Wenn ein Polizeichef wolle, dass die Drogenkriminalität in seinem Zuständigkeitsbereich statistisch auf Null gehe, müsse er nur alle seine Leute aus der Drogenfahndung abziehen und die Kollegen in die Verkehrskontrolle stecken. Schon gibt es keine erfassten Drogenfälle mehr.

Das Dumme ist nur, dass die Bürger auf der Straße dann immer noch die Dealer und deren Kunden herumlungern sehen und sich in bestimmte Parks gar nicht mehr hineintrauen. Genau diese Schwierigkeit stellt sich auch angesichts der Jahreswende-Krawalle. Überall kursierten diese verdammten Videos, auf den nichts und niemand zu sehen war, der dem landläufigen Bild von einem Deutschen entspricht. Auch keiner, der nach einem vietnamesischen, skandinavischen oder kanadischen Immigrantinnen aussah.

So geht das aber nicht! Hier geraten schließlich sämtliche sorgsam eingetrickerten Zuordnungen von Tätern und Opfern, Freund und Feind ins Rutschen. Also begann die emsige Suche nach deutschen, am besten „rechtsradikalen“ Tätern. Der Erfolg blieb trotz aller Bemühungen überschaubar. Niedersachsens Ministerpräsident Boris Pistorius wagte sich am weitesten vor und landete prompt auf der Nase. „Was passiert hier eigentlich, wenn es fast ausschließlich junge Männer sind und zum Teil aus dem rechts-extremen Milieu, aber auch aus migrantischem Milieu? Dann haben wir eine Entwicklung, die höchst bedenklich ist.“

Zunächst mal: Wäre es weniger „bedenklich“, wenn die Rotte der Randalierer „geschlechtergerecht“ aufgeteilt gewesen wäre, also „männlich, weiblich, divers“ zu je einem Drittel? Aber darum ging es gar nicht: Mit „rechtsextrem, aber auch migrantisch“ war der Schwerpunkt auf die erwünschte Seite verlegt. Nur leider gab es für diese eigentümliche Darstellung so dermaßen gar keine Anhaltspunkte, dass der SPD-Politiker seinen Unsinn selber wieder einkassieren musste, mit dem er die Immigrantinnen hinter einem „aber auch“ in die zweite Täterreihe schieben wollte. Doch einen Versuch war es wert, das müssen wir dem Herrn Minister immerhin zugutehalten.

Am Ende bleibt nur noch, die Ausschreitungen geschickt „einzuordnen“, um die wahre Schuld trotz aller gegenläufigen Evidenz doch wieder den Deutschen zuzuschreiben. Es ist selbstredend die Erfahrung von Diskriminierung, Ausgrenzung und „alltäglichem Rassismus“, mit dem die „deutsche Mehrheitsgesellschaft“ die armen Zuwanderer unablässig überschüttet, welche nun zu den Exzessen geführt habe.

Da kommen mir zwei Fragen: Am Bus- und U-Bahnhof nahe meiner Wohnung ist die „Mehrheitsgesellschaft“ längst zur kleinen Minderheit geschrumpft. Wie schaffen es die paar deutschen Nasen nur, alle anderen ständig „auszugrenzen“? Und wenn sie es hinkriegen, merken die Immigrantinnen das überhaupt? Wenn ja, wie denn?

## Sehnsucht nach Diskriminierung?

Die zweite Frage lautet, warum Deutschland solch ein besonders beliebter Magnet für Auswanderer insbesondere aus Afrika und dem Orient ist, wenn die armen Leute hier durch die Hölle des Rassismus gehen müssen? Per Smartphone sind die schon in ihrer Heimat blendend darüber informiert, was sie hier erwartet. Sie verlassen also ihre Länder, scheuen weder Kosten oder gar Lebensgefahr im Mittelmeer, um hierher zu kommen.

Ach, lassen wir das. Sind eh alles rhetorische Fragen. Was nichts anderes heißt, als: Wir suchen an der falschen Stelle nach des Rätsels Lösung. Fakt ist: Nie wurde mehr für Einwanderer getan als heute in Deutschland. Gigantische Milliardensummen werden für „Integration“ und soziale Alimentierung ausgegeben, Heerscharen von Betreuern und Beauftragten sorgen sich um die Neuankommlinge. Unser Entgegenkommen geht

„Die Enthomogenisierung der Gesellschaft schreitet voran. Ich unterstütze das mit meiner Arbeit ... Ein Teil davon ist, Migration zu fördern“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

mittlerweile soweit, dass besonders Zartfühlende gefordert hatten, auf die Silvesterböller zu verzichten aus Rücksicht auf die Gefühle von Menschen, die aus Kriegsgebieten zu uns gekommen sind, Stichwort „Retraumatisierung“. Da erinnern wir uns gern an den jungen Syrer, der einem Reporter mitten im ohrenbetäubenden Krach der Berliner Silvesterausschreitungen in die Kamera rief, was für Emotionen das Getöse bei ihm auslöse: „Heimatgefühl!“ schrie er und lachte dabei triumphierend.

Sehen die deutschen „Flüchtlingshelfer“, die politischen und medialen Wahrheitsoptimierer den Wald vor lauter Bäumen nicht? Was treibt sie an? Axel Steier, prominenter „Seenetretter“ von der „Mission Lifeline“, hat uns da ein paar aufschlussreiche Einblicke eröffnet. Auf Twitter schrieb er am 17. Dezember, was sein Antrieb sei: „Es wird irgendwann keine Weißbrote mehr geben, weil Ihre Nachkommen in 50-100 Jahren sich ... für ein\*n Partner\*in entscheidet, der nicht weiss ist. Die Enthomogenisierung der Gesellschaft schreitet voran. Ich unterstütze das mit meiner Arbeit. Nennt sich Evolution. Man kann es durch soziale Maßnahmen beschleunigen. Ein Teil davon ist, Migration zu fördern.“ Am 7. Januar fügt er an: „Wir machen weiter bis es richtig bunt ist!“

Wieder haben sich Leute der historischen Aufgabe verschrieben, die ethnische Zusammensetzung ganzer Populationen durch politisch erzwungene Eingriffe grundlegend zu verändern – oder zu „optimieren“, wie die Betreffenden das wohl ausdrücken würden. Woran Sie das erinnert, überlasse ich Ihnen. Mir ist auch so schon schlecht.

War sonst noch was? Ach ja, Lützerath. Da ging es diese Woche ja hoch her. NRW-Innenminister Herbert Reul mahnte uns aber zur Fairness: „Die meisten, die da demonstrieren, sind vernünftige Menschen, die ein echtes Anliegen haben.“ Für diese Aussage ist die Zustimmung von Politik und Medien ganz gewiss sicher. Selbst linken Gewalttätern gesteht man ja heute zu, eigentlich etwas Gutes im Herzen zu tragen. So differenziert hatte der CDU-Politiker übrigens ebenso über die Demonstranten gesprochen, die gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße gegangen waren. Damals indes mochte ihm kaum jemand folgen. War dort auch nur ein einziger schräger Vogel dabei, wurden gleich alle in Mithaftung genommen. So ändern sich die Maßstäbe je nach politischer Opportunität.